



Plenarprotokoll

134. Sitzung

Freitag, 18. November 2016

Situation der NOB auf der Strecke Hamburg-Westerland	11192	Änderungsantrag der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/4883	
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, PIRATEN und FDP Drucksache 18/4891		Christopher Vogt [FDP].....	11193
Uli König [PIRATEN].....	11192	Dr. Axel Bernstein [CDU].....	11196
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	11193	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	11198
Digitale Agenda für Schleswig-Hol- stein	11193	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11199
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4850		Sven Krumbeck [PIRATEN].....	11201
		Lars Harms [SSW].....	11202
		Torsten Albig, Ministerpräsident...	11203

Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/4850 und des Änderungsantrags Drucksache 18/4883 an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.....	11205	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	11226
Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung herstellen	11205	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4820 2. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/4886.	11227
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4841		Infrastrukturgesellschaft Verkehr ablehnen	11228
Flemming Meyer [SSW].....	11206	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4822	
Karsten Jasper [CDU].....	11207	Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4880	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	11208, 11213, 11214	Interessen der Beschäftigten im Veränderungsprozess der Straßenbauverwaltung sicherstellen	11228
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11209	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4885	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	11210	Infrastrukturgesellschaft des Landes gründen und regional aufstellen	11228
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	11212	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4892	
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	11215	Christopher Vogt [FDP].....	11228
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/4841.....	11216	Hans-Jörn Arp [CDU].....	11229
Baustellenkoordinator für Norddeutschland	11216	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	11230
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4820		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11232
Länderübergreifende Baustellenkoordination stärken	11216	Uli König [PIRATEN].....	11233
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4886		Flemming Meyer [SSW].....	11235
Christopher Vogt [FDP].....	11216	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	11236
Hartmut Hamerich [CDU].....	11217	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4822 2. Ablehnung des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/4880.	11237
Kai Vogel [SPD].....	11219, 11221		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11222		
Uli König [PIRATEN].....	11224		
Flemming Meyer [SSW].....	11225		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	11225		

Beschluss: 3. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 18/4885		Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN	
4. Ablehnung des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/4892.	11237	Drucksache 18/4891	
Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.04.2016 bis 30.6.2016	11237	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/4798		Drucksache 18/4896	
Uli König [PIRATEN], Berichterstatter.....	11237	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	11252, 11264
Beschluss: Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 18/4798 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	11239	Uli König [PIRATEN].....	11253
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	11239	Hans-Jörn Arp [CDU].....	11255
Bericht zur Evaluierung des Gesetzes über die Sicherung von Tarifreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge	11239	Kai Vogel [SPD].....	11256
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4800		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11258
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	11239	Oliver Kumbartzky [FDP].....	11259, 11262
Johannes Callsen [CDU].....	11240, 11249	Lars Harms [SSW].....	11262
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	11241, 11250	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11263
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11244	Beschluss: 1. Berichtsanhänge in den Drucksachen 18/4891 Nummer 1 und 18/4896 Nummer 1 durch Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
Christopher Vogt [FDP].....	11246	2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4891 Nummer 2	
Uli König [PIRATEN].....	11247	3. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/4896 Nummer 2.....	11266
Lars Harms [SSW].....	11248, 11251	Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags	11266
Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung Drucksache 18/4800 an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	11251	Drucksache 18/4862	
Situation der NOB auf der Strecke Hamburg-Westerland	11251	Beschluss: Annahme der Sammeldrucksache 18/4862.....	11266

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die heutige Sitzung. Als erkrankt sind gemeldet die Abgeordneten Heike Franzen, Ines Strehlau und Wolfgang Kubicki. Wir wünschen ihnen gute Besserung!

(Beifall)

Wegen auswärtiger wichtiger Termine auf Bundesebene ist Herr Minister Studt ganztägig entschuldigt.

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Plön und des Gymnasiums Altenholz. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Seit wenigen Minuten liegt auf Ihren Plätzen:

Situation der NOB auf der Strecke Hamburg-Westerland

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, PIRATEN und FDP
Drucksache 18/4891

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?

(Uli König [PIRATEN]: Ja!)

- Dann hören wir jetzt die Begründung für den Dringlichkeitsantrag durch den Abgeordneten König.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fasse mich kurz. Das Eisenbahnbundesamt hat etwa 90 Wagen der NOB aus dem Verkehr gezogen. Das heißt, dass der Ersatz etwa acht Monate dauern wird.

Aktuell fahren Pendlerzüge, die sonst mit sechs bis zehn Wagen ausgestattet sind, nur noch mit einem Doppelwagen. Leute kommen nicht zur Arbeit.

Deswegen ist es dringend, dass wir uns heute einen Bericht von Minister Meyer geben lassen und einen Überblick über die Situation bekommen. Mir wurde schon von Opposition und Koalition signalisiert, dass sie der **Dringlichkeit** zustimmen. Dafür bedanke ich mich.

(Beifall PIRATEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere begründende Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 18/4891 abstimmen. Dabei gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Dann wird dieser Antrag in die heutigen Beratungen aufgenommen. Nach Verständigung der Parlamentarischen Geschäftsführer wird er dem bestehenden Tagesordnungspunkt 29 mit der Nummer 29 B nachgeordnet.

Ich bitte die Fraktionen, die Rednerinnen und Redner dem Präsidium bekannt zu machen. Die Redezeit beträgt 5 Minuten je Fraktion plus die üblichen persönlichen Anmerkungen. Bitte teilen Sie uns mit, wer sprechen soll, damit wir das ordentlich aufrufen können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Digitale Agenda für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4850

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4883

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich teile mit, dass im Rahmen dieser Debatte die FDP-Fraktion eine Redezeit von 10 Minuten und alle anderen Fraktionen eine Redezeit von 5 Minuten bekommen, wie es im Ältestenrat vereinbart wurde.

Wir starten mit der antragstellenden Fraktion. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt für die FDP.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **digitale Wandel** ist schon lange keine Zukunftsmusik mehr. Er verändert nahezu alle Lebensbereiche und damit auch alle Politikbereiche bereits seit Jahren. Er wird dies in den nächsten Jahren ganz sicher mit weiter zunehmender Geschwindigkeit tun. Das hat erhebliche **Auswirkungen** auf unsere Gesellschaft, und das bringt natürlich auch sehr viele politische Herausforderungen mit sich. Es muss also darum gehen, wie man Bürgerrechte schützt und wie man die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen und

Generationen und natürlich auch unseren Wohlstand sichern kann.

Natürlich beschäftigen sich alle politischen Kräfte schon seit geraumer Zeit mehr oder weniger intensiv mit dieser Entwicklung. Unser Ziel ist es jedenfalls, **Schleswig-Holstein** zu einer **digitalen Vorzeigeregion** in Europa zu machen. Bis dahin gibt es noch sehr viel zu tun. Das ist aber aus unserer Sicht möglich.

Wir sollten zum Beispiel nach Estland schauen. Dort hat man bereits sehr früh begriffen, dass die Digitalisierung die große Chance zur Modernisierung des Landes ist. Bei uns gibt es da noch sehr viel Luft nach oben. Allerdings brauchen wir uns aus meiner Sicht nicht zu verstecken. Schleswig-Holstein hat es immerhin im Jahr 2009 schon geschafft, dass eine ganze Landesregierung auseinandergetwittert wurde. Das ist doch schon eine Leistung.

(Beifall FDP - Lachen Beate Raudies [SPD])

- Dass ich die Kollegin Raudies am Freitagmorgen begeistern kann, ist das größte Geschenk überhaupt.

(Heiterkeit - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ihr werdet schon noch Freunde! - Beate Raudies [SPD]: Das dauert mindestens noch eine Legislaturperiode!)

- Frau Raudies, schön dass Sie auch da sind!

Auch die aktuelle Landesregierung hat die Herausforderungen, die mit der Digitalisierung verbunden sind, offenbar auf dem Schirm. Meine Fraktion ist der Meinung, dass wir in diesem Hohen Hause dieser Entwicklung nicht weiter im Schneckentempo hinterherkriechen sollten.

Wir sind auch der Auffassung, dass es dem Parlament Ende des Jahres 2016 gut zu Gesicht stünde, bei der **digitalen Agenda** nicht weiter auf eine Regierungsvorlage zu warten, sondern sich mit **Vorschlägen** aus der **Mitte des Parlaments** auseinanderzusetzen.

Aus diesem Grund haben wir Ihnen heute einen entsprechenden Antrag vorgelegt, der im Wesentlichen die Kurzversion eines Positionspapiers darstellt, das wir in den letzten Monaten erarbeitet haben. Ich bekenne ganz offen, dass das eine gewisse Herausforderung für uns war. Die Digitalisierung ist zwar kein Neuland für uns, aber das Thema ist schon sehr komplex, um es mit Fraktionsmitteln sinnvoll aufzubereiten.

Wenn in Deutschland politisch über die Digitalisierung diskutiert wird, geht es meistens um die Äng-

(Christopher Vogt)

ste, die damit verbunden sind: um die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust, um die Angst vor Entmenschlichung oder auch um die Angst vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Ich glaube und meine Fraktion glaubt, dass das eine suboptimale Herangehensweise ist. Natürlich hat jede große Entwicklung nicht nur Vorteile, sondern sie hat auch Nachteile. Aber es bringt doch nichts, wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen. Ich will Sie jetzt nicht zu „German Mut“ auffordern und die Beta-Republik ausrufen.

(Beifall FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aber die Vorteile überwiegen, wenn man offensiv mit dem Thema umgeht!)

Wir haben insgesamt neun politische **Handlungsfelder** identifiziert, und ich möchte einige Beispiele nennen, bei denen wir zu dem Schluss gekommen sind, dass der Staat beziehungsweise die Politik handeln sollte.

Zunächst sollte es um einige **grundsätzliche Dinge** gehen. Der Staat muss Netzneutralität gewährleisten. Er muss Bürgerrechte schützen. Er sollte Daten nur bei konkreten Anlässen speichern. Wir plädieren für eine Klarstellung beim Recht auf das Vergessenwerden und für eine bessere Regelung beim digitalen Nachlass, wenn Menschen versterben. Die sogenannte Störerhaftung muss aus unserer Sicht endlich vollständig abgeschafft werden,

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

denn ansonsten wird es in Deutschland nicht gelingen, ein auch nur annähernd flächendeckendes WLAN-Netz zu spinnen.

Der Staat muss seine **Verwaltung** in höherem Tempo als bisher digitalisieren. Die Kommunikation mit dem Bürger sollte zukünftig weitestgehend papierlos möglich sein, und die Einrichtungen und Liegenschaften in der Zuständigkeit des Landes sollten **offenes WLAN** anbieten, um einen Impuls an der Stelle zu bieten.

Wir sprechen uns für **Transparenzportale** aus, auf denen Verwaltungsdaten, die keine personenbezogenen Daten oder Betriebsgeheimnisse beinhalten, den Bürgern und Unternehmen öffentlich zugänglich gemacht werden.

Wir sprechen uns auch für eine verstärkte **Präsenz der Landesbehörden im Internet**, insbesondere in den sozialen Medien, aus, um die Bürger auf diesem Wege besser zu erreichen.

Die Digitalisierung ist auch eine Herausforderung für die öffentliche Sicherheit. Wir brauchen ein effektives **Cyber-Abwehrzentrum** auf Bundesebene. Neue Verschlüsselungstechnologien sind zu entwickeln. Die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten bei der Landespolizei sind an die gestiegenen Anforderungen digitaler Kriminalitätsbekämpfung anzupassen.

Auch in Bezug auf die **Ausstattung von Dienststellen und Dienstfahrzeugen** mit schnellem Internetzugang und entsprechenden digitalen Endgeräten haben wir großen Nachholbedarf. Darüber haben wir im Plenum in den vergangenen Monaten schon mehrmals lebhaft debattiert.

Der **Bildungsbereich** wird sich durch die Digitalisierung in den nächsten Jahren radikal verändern. Es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn man angesichts dessen von „Revolution“ spricht. Allerdings ist an den meisten schleswig-holsteinischen Schulen davon noch relativ wenig zu spüren. Viele Schulen befinden sich im wahrsten Sinne des Wortes noch in der Kreidezeit. Ich will Ihnen erschreckende Statistiken, die ich dazu in den vergangenen Tagen herausgesucht habe, ersparen. Es bedarf vor allem der Digitalisierung von Lehrmaterialien und der Einrichtung einer landesweiten E-Learning-Plattform. Das geplante milliardenschwere Investitionsprogramm des Bundes begrüßen wir ausdrücklich; meine Partei hat es seit Langem gefordert. Es wäre aber auch sinnvoll, wenn den Schulen das Personal zur Bewältigung der neuen Herausforderungen zur Verfügung gestellt würde. Das, was wir dazu bisher gehört haben, ist ein bisschen dünn.

(Beifall FDP)

Die größte Herausforderung wird es sein, möglichst viele **Lehrkräfte** für die digitale Vermittlung von Lerninhalten fitzumachen. Wir plädieren dafür, dass bereits in der Grundschule die Vermittlung digitaler Medienkompetenz und - natürlich altersgerecht - die Vermittlung von Programmiersprachen auf dem Lehrplan stehen. Letzteres wird in Zukunft von der Bedeutung her der Vermittlung der ersten Fremdsprache gleichkommen.

Die **Hochschulen** des Landes sollten finanziell in die Lage versetzt werden, die Zahl der Online-Studiengänge sowie der online abrufbaren Vorlesungen und Seminare deutlich zu erhöhen.

Auch unsere **Wirtschaft** wird sich spürbar verändern. Die Digitalisierung ist eine große Herausforderung für unsere Wirtschaftsordnung. Apple, aber insbesondere Google und Facebook zeigen uns, dass es deutlich schwerer geworden ist, die Domi-

(Christopher Vogt)

nanz einzelner Konzerne einzugrenzen. Wir profitieren von scheinbar kostenlosen Angeboten, zahlen aber tatsächlich mit unseren Daten, die zu einer Art neuer Weltwährung geworden sind. Viele Menschen haben das noch nicht erkannt.

(Martin Habersaat [SPD]: Das musste uns einmal jemand sagen!)

- Herr Kollege Habersaat, es ist schön, dass auch Sie sich fachkundig zu Wort melden. Das ist immer sehr wertvoll für alle Beteiligten.

Im Land brauchen wir eine an die Herausforderungen der Digitalisierung angepasste **Strategie** zur Gründung beziehungsweise Ansiedlung von **Unternehmen**. Wir fordern die Einrichtung von One-Stop-Shops als echte zentrale Ansprechpartner für Unternehmensgründer. Die Fort- und Weiterbildung wird sich angesichts der Digitalisierung entsprechend weiterentwickeln.

Die gesetzliche Stärkung **flexibler Arbeitszeitmodelle** sowie des Rechts auf Tätigkeit im Home-Office sollten wir ebenfalls im Auge haben. Die Niederlande sind insoweit vorbildlich.

Die Digitalisierung kann vielen Arbeitnehmern das Leben erheblich erleichtern, wenn die Herausforderungen in den Unternehmen und auch gesetzgeberisch richtig angepackt werden. Die großen deutschen Gewerkschaften, die sich dazu zu Wort melden, und die Arbeitsministerin, Frau Nahles, haben das noch nicht richtig erkannt. Das ist zumindest mein Eindruck, wenn ich verfolge, was sie dazu äußern.

Ich will mich ungern in den Kompetenzbereich des Kollegen Dr. Garg einmischen, gestatte mir aber den Hinweis, dass die Digitalisierung im Bereich der **medizinischen Versorgung** gerade den strukturschwachen Regionen große Vorteile bringen wird. Das wird den Landarzt, der vielerorts gesucht wird, nicht ersetzen. Aber die Telemedizin wird für viele Menschen gerade in einer älter werdenden Gesellschaft das Leben erheblich vereinfachen. Es wird an vielen Stellen auch kostengünstiger werden. Das ist eine gewaltige Chance.

(Beifall FDP)

Diese Einschätzung gilt auch für das Thema Mobilität.

Ich möchte abschließend zu dem Thema **digitale Infrastruktur** kommen; das ist ganz elementar. Aus meiner Sicht sind hier auch die Telekommunikationsunternehmen gefragt. Ich weiß nicht, ob Sie gestern den Bericht dazu im öffentlich-rechtlichen

Rundfunk vernommen haben. Es ging darum, wie hoch die Kosten des mobilen Surfens sind. Es ist erstaunlich, dass die Unternehmen in Deutschland für das gleiche Geld deutlich weniger Datenvolumen anbieten als in unseren Nachbarländern; dort gibt es dafür das Vielfache unseres Datenvolumens. Auf diesem Gebiet muss die Politik etwas mehr Druck machen.

(Uli König [PIRATEN]: Ein Hoch auf den freien Markt!)

- Ein freier Markt ist das an dieser Stelle leider nicht, Herr Kollege!

(Uli König [PIRATEN]: Aha!)

Das ist das Problem.

Noch entscheidender ist das Vorhandensein von **Breitbandanschlüssen**. Die Landesregierung klopft sich in letzter Zeit gern selbst dafür auf die Schulter, dass unser Bundesland bei den Glasfaseranschlüssen im bundesweiten Vergleich vorn liegt. Das ist aus meiner Sicht aber nicht wirklich ein Verdienst dieser Landesregierung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nein, nein! - Zuruf SPD: Ein Verdienst der FDP?)

- Vielleicht hören Sie einmal zu, meine Damen und Herren Sozialdemokraten! Ich weiß, dass es für Sie manchmal schwer zu ertragen ist, wenn man nicht immer sagt, dass alles, was gut ist, an Ihnen liege, während für alles, was schlecht ist, andere Leute verantwortlich seien. Das ist eine relativ schlichte Sichtweise. Beim Breitbandausbau liegt die Ursache auch darin, dass die Telekom sehr lange, eigentlich bis heute, auf Kupferkabelanschlüsse in Schleswig-Holstein setzt. Es ist das Verdienst vieler kleiner, lokaler Anbieter, vor allem von Stadtwerken, die in diese Lücke gestoßen sind und Breitbandanschlüsse verlegt haben.

(Beifall FDP - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, 9 Minuten haben Sie gebraucht.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Mit anderen Worten, Sie erlauben diese Zwischenbemerkung?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Vogt, ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass die Telekom und andere nicht müde wurden zu versuchen, die Landesregierung davon zu überzeugen, dass die Zukunft doch auch in anderer Technik als in der Glasfaser liegen könne. Dem hat sich die Landesregierung richtigerweise widersetzt. Wir reklamieren durchaus nicht, für alles verantwortlich zu sein. Dennoch sind die Oppositionsreden hier immer lustig: Wenn die Wirtschaft gut läuft, die Zahl der Arbeitsplätze auf Rekordniveau ist und die Haushaltsvorgaben eingehalten werden, dann passiert das angeblich trotz dieser Landesregierung, obwohl wir einen ganz anderen Kurs vertreten als Sie.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

- Es gibt sogar noch Leute, die aufwachen, wenn man so etwas sagt! Das ist schön. Guten Morgen!

Es ist jedenfalls ein bisschen kurios. Vor allen Dingen habe ich hinreichend Fantasie, mir vorzustellen, wie Sie, Herr Kollege Vogt, reden würden, wenn es anders wäre, unser Bundesland also hinten liegen würde. Dann würden Sie behaupten, diese Landesregierung und diese Koalition seien schuld, während die Liberalen alles besser gemacht hätten.

„Man muss auch gönnen können“, heißt es bei den Rheinländern. Das sollten vielleicht auch Sie.

Christopher Vogt [FDP]:

Ich kann durchaus gönnen, Herr Dr. Stegner. Aber so viel Glück, wie Sie beim Thema Staatsfinanzen hatten, muss man erst einmal haben.

(Lachen SPD)

Bleiben wir bei der Realität, Herr Dr. Stegner: In der Tat ist es richtig, dass die Landesregierung - allerdings nicht erst diese Landesregierung - bei den Themen Breitbandausbau und Glasfaser hart geblieben ist. Insofern gibt es natürlich einen Beitrag des Landes.

Wie gesagt, es liegt an der immer noch starken Verbreitung von Kupferkabeln in Schleswig-Holstein, durch die wir eine große Glasfaserlücke hatten. In

diese sind viele regionale Anbieter, auch Stadtwerke, gestoßen. Das müsste doch Sie als Sozialdemokraten ganz besonders freuen.

Herr Dr. Stegner, Sie können sich wieder hinsetzen; das ist völlig in Ordnung. Ich will Sie nicht überfordern.

(Heiterkeit FDP)

Wir sollten nicht vergessen, dass wir im **internationalen Vergleich** noch extrem hinterherhinken, was den **Glasfaserausbau** angeht. Die Kritik von Minister Meyer an der fehlenden Sinnhaftigkeit der Ausbauziele des Bundes teilen wir übrigens ausdrücklich. Es ist ja wirklich nervig. Ständig werden irgendwelche Ziele genannt, die man am Ende doch nicht einhalten kann.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Herr Dr. Stegner, ich kann nicht nur gönnen, sondern auch loben. Das Backbone-Konzept des Landes, um den privatwirtschaftlich betriebenen Breitbandausbau in den nicht versorgten Gebieten sinnvoll zu ergänzen, ist im Grundsatz zu begrüßen. Hierfür müssen aber Bund und Land deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen, als es bisher vorgesehen ist. Zudem müssen die bürokratischen Hemmnisse endlich abgebaut werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist mehr als deutlich geworden: Die Digitalisierung ist ein weites Feld. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir die Vorlagen - die PIRATEN haben uns dazu ja auch einen vierzehnteiligen Antrag vorgelegt - in den Ausschüssen weiter diskutieren würden und wenn wir verstärkt mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren ins Gespräch kommen könnten. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und Peter Lehnert [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist es - so glaube ich - völlig unstrittig, dass auch Schleswig-Holstein eine **digitale Agenda** braucht. Deswegen ist es ein richtiger und dankenswerter Ansatz der FDP, einen Antrag dazu vorzulegen. Die Kehrseite davon, wenn die Opposition in der Pflicht ist, Anträge zu einem so entscheidenden Punkt auf den Tisch zu legen, ist, dass es geradezu unfassbar ist, dass die Landesregierung im

(Dr. Axel Bernstein)

Jahr 2016 keine digitale Agenda hat. Sie hat noch nicht einmal eine Idee, wie eine digitale Agenda aussehen könnte.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Wir sind sehr gespannt auf Ihre Ausführungen zu diesem Punkt. Ich komme gleich zu dem, was Ihre Landesregierung zu diesem Thema vorgetragen hat. Ob Sie dann noch lachen? - Ich könnte es verstehen.

Zu den beiden jetzt vorliegenden Anträgen von der FDP und den PIRATEN: Ich stimme dem Kollegen Christopher Vogt ausdrücklich zu: Es ist nicht so ganz einfach, dem Thema aus Oppositionssicht gerecht zu werden. Wir haben eine Große Anfrage zum Thema Digitalisierung in Schleswig-Holstein gestellt und selbst die Erfahrung gemacht, dass es nicht ganz einfach ist, dem Thema in einem Gesamtpaket gerecht zu werden. Deswegen erlauben Sie mir den Hinweis: Ich finde, die Anträge zur digitalen Agenda, die jetzt von der FDP und den PIRATEN vorliegen, sind ein bisschen wie ein Sammelsurium von guten Ideen, die man zu diesem Thema zusammentragen kann. Ob sie aber die digitale Agenda für Schleswig-Holstein sein können, wage ich zu bezweifeln.

Dies gilt insbesondere, wenn ich mir den **Antrag** der **PIRATEN** anschau. Ich greife als Beispiel den Punkt 8 heraus, in dem es heißt: **Abbruchquoten**, Durchfallquoten, Studiendauer und Notenspektrum an Universitäten Schleswig-Holsteins werden erfasst und öffentlich zur Verfügung gestellt. Eine Weiterverarbeitung der Daten wird durch die Einhaltung von Open-Data-Kriterien ermöglicht. Angehenden Studenten soll so die Hochschulwahl erleichtert werden. - Super! Ganz ehrlich, wenn das einer von 28 Punkten für die digitale Agenda in Schleswig-Holstein ist, dann habe ich das Thema bisher überschätzt. Das muss ich ehrlich sagen.

Das ändert aber nichts daran, dass die Landesregierung an dieser Stelle weit hinter dem Stand liegt, auf dem wir sein müssen. Wir wissen doch nun seit längerer Zeit, dass der digitale Wandel alle Lebensbereiche umfasst. Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft in einer Form, die vielleicht nur mit der Industrialisierung vergleichbar ist. Schätzungen zufolge werden 2020, bis dahin sind es gerade einmal vier Jahre, über 30 Milliarden Objekte im Internet miteinander verbunden sein, und schon jetzt ist der Einfluss der **Digitalisierung** auf unser **Privat- und Arbeitsleben** fast unbegrenzt. Er reicht von der Energieversorgung über die Kommunikation, die Telemedizin bis in den Bildungsbe-

reich. Die Digitalisierung wird in allen Feldern unseres Lebens und in allen Wirtschaftsfeldern für Veränderungen und Impulse sorgen, und ich teile die Einschätzung: Sie wird überwiegend für positive Veränderungen sorgen.

Vorhin wurde darauf hingewiesen, dass der Beitrag der **Landesregierung**, wenn wir über die Grundlage der Digitalisierung, also über ein vernünftiges Netz, sprechen, in der wegweisenden Entscheidung bestanden hat, sich für ein Infrastrukturziel auszusprechen, nämlich die **Glasfaser**. Das ist sicherlich eine richtige Entscheidung, die wir immer mitgetragen haben. Ich frage mich nur: Wenn man gedanklich vor einigen Jahren schon so weit war, wie kann es dann sein, dass in diesem Jahr ein Grünbuch veröffentlicht wird, in dem einige Leitfragen gestellt werden?

Ich nenne einige Beispiele: Leitfragen im Grünbuch der Landesregierung sind: Wie können wir einen zügigeren Breitbandausbau bewerkstelligen? Welche Instrumente und Maßnahmen brauchen wir dafür? Welche Mittel müssen wir zur Verfügung stellen? Welche organisatorischen und bürokratischen Hindernisse müssen wir beseitigen? Wie können wir öffentliche und private Investitionsmittel sowie die Kooperation verschiedener Akteure klug miteinander kombinieren, um die gesetzten Ziele zu erreichen? - Das sind prima Fragen, aber sie sollten eigentlich seit fünf Jahren beantwortet sein.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Schauen wir uns an, auf welchen **Prozess** wir gucken. Wird ein Grünbuch erstellt und in eine umfangreiche Diskussion gegeben, aus der irgendwann einmal ein Weißbuch werden soll?

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Von der linken Seite höre ich schon wieder Waldorf und Statler! - Sie haben einen Prozess gestartet, der nach Ihren eigenen Angaben das Ziel haben soll, dass Sie 2030 eine Vollversorgung mit Breitband-Internetanschlüssen haben wollen. Das ist schlicht zu langsam.

(Beifall CDU)

Deshalb ist dieser Prozess einfach nicht geeignet, um die Ziele, die wir haben müssen, zu erfüllen und um unsere Chancen als Flächenbundesland im Zuge der Digitalisierung auch wirklich ergreifen zu können. Von einer digitalen Agenda reden wir an dieser Stelle übrigens noch gar nicht, sondern das sind Ihre Leitlinien für die Landesentwicklungsstrategie.

(Dr. Axel Bernstein)

Ich freue mich insofern auf die Beratungen im Ausschuss, und wir sollten zusehen, dass wir hier zu einem guten Ergebnis und zu einem guten Papier kommen. Die Landesregierung liefert es offensichtlich nicht. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FDP, eingeteilt in neun Kapitel mit sage und schreibe 33 Einzelpunkten, wäre vor zehn Jahren anspruchsvoll und vielleicht sogar wegweisend gewesen. Heute ist dies aber nichts anderes als eine Aufzählung von Dingen, die wir sowieso schon wissen. Es ist eine Wiederholung von Fragen, die wir uns sowieso schon stellen, vor allen Dingen aber von Fragen, auf die wir hier an vielen Stellen Antworten haben, bei denen wir schon in der Umsetzung sind und bei denen wir in intensiven Diskussionsprozessen sind.

(Beifall SPD)

Ich frage mich manchmal, wie es sein kann, dass das alles an Ihnen vorbeigeht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Er beschäftigt sich mit anderen Sachen!)

- Das muss so sein! - Da versucht die FDP im Wahlkampfmodus, den harten Kern der PIRATEN anzuknabbern, und prompt reagieren die PIRATEN mit einem Änderungsantrag, der noch einmal 28 Maßnahmen vorsieht und auch keine wirklichen Antworten gibt. Ein bunter Strauß von Einzelforderungen oder Maßnahmen, die zudem noch nebeneinander stehen, ist bei Weitem nicht die Antwort auf die große gesellschaftliche Herausforderung der **digitalen Transformation**.

(Beifall SPD - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Nein.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hätte ich auch nicht gemacht!)

- Ja, sehen Sie!

(Heiterkeit SPD)

Neue Aspekte waren nicht dabei, und das ist schade. Die **Landesentwicklungsstrategie 2030** identifiziert die Digitalisierung als einen der gesellschaftlichen Entwicklungsbereiche: Digitalisierung - zielgerichtet den digitalen Wandel in Schleswig-Holstein vorantreiben. Das Grünbuch liegt vor, das wissen Sie. Der Kollege Bernstein hat dieses Grünbuch offensichtlich nicht verstanden, denn Sie zitieren einen Abschnitt, in dem Fragen formuliert werden. Das sind die Fragen, die sich Bürgerinnen und Bürger in diesem Land stellen. Das sind die Fragen, mit denen wir in die Dialoge gegangen sind. Den gesamten Text, der davor steht und der viele Inhalte erklärt, den haben Sie vorzulesen vergessen. Diese Art der selektiven Wahrnehmung hilft uns nicht weiter.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich hat die **Landesregierung** einen **klaren Kurs**. Ganz ehrlich, die Große Anfrage der CDU im letzten Jahr war eine wunderbare Gelegenheit, den Stand des Ausbaus für Schleswig-Holstein vorzuführen, und Sie ahnen gar nicht, wie oft man im ländlichen Raum darauf angesprochen wird und wie froh die Leute über das sind, was hier auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir wissen, dass im Bildungsausschuss mehrfach über unterschiedlichste Aspekte des digitalen Lernens gesprochen wurde. Diese wurden in Veranstaltungen erörtert. Wir wissen auch, dass eines der Schwerpunktthemen unserer Ministerin für Schule und berufliche Bildung die digitale Bildung ist. Hier passiert eine ganze Menge. Wenn ich nach Neumünster sehe, dann weiß ich, dass hier viel läuft.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir wissen auch, dass die digitale Agenda für die Bereiche **Verwaltung und Wirtschaft** in weiten Teilen in der Umsetzung ist. Die Hinweise, die Sie in Bezug auf die Anforderungen an die Gesetzgeber im Land, im Bund und in Europa geben, zeigen, dass es eine Vielzahl an gesetzlichen Vorschriften gibt, die Klötze sind, die noch auf dem Weg zur Digitalisierung liegen. Hier bin ich bei Ihnen.

(Unruhe - Glocke Präsident)

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Auf allen Ebenen wird aber dazu debattiert, und auch das ist Ihnen bekannt.

Das setzt natürlich eine neue soziale Dynamik voraus. Das Recht auf einen Computer und auf einen funktionierenden Internetzugang muss - ähnlich wie das Recht auf ein Dach über dem Kopf - als ein **soziales Grundrecht** definiert werden, wenn wir nicht akzeptieren wollen und können, dass die Gesellschaft an der Schnittstelle derer zerfällt, die digital unterwegs sind.

Das können wir nicht. Davon haben wir bei Ihnen nichts gelesen und nichts gehört.

Zurzeit - das wissen wir von der neuesten Erhebung - sind auf der einen Seite 80 % aller Deutschen mindestens einmal wöchentlich online. Das heißt also, dass mindestens 20 %, also rund 16 Millionen, bei uns überhaupt nicht online sind. Das ist ein nicht zu bestimmender Prozentsatz, der nur im Ausnahmefall von einem Internetzugang Gebrauch macht.

Auf der anderen Seite stehen die Menschen, die in allen Lebenssituationen immer mit dem Blick auf dem Smartphone sind. Deshalb: Die **digitale Bildungsrevolution** muss alle Altersgruppen der Gesellschaft umfassen und nicht nur Schule und Hochschule;

(Beifall SPD)

denn um die Voraussetzung, um Telemedizin gerade im ländlichen Raum in Anspruch nehmen zu können, ist doch, dass man auch die Fähigkeit hat, damit umzugehen. Dies sicherzustellen, ist unsere Aufgabe.

Es gibt die **digitale Agenda der Landesregierung**. Sie wissen alle, dass es sie gibt; sie ist in zahlreichen Gesprächen vorgestellt und diskutiert worden. So machen wir das. Wir reden mit den Leuten, bevor wir die Dinge auf den Weg bringen.

(Zuruf: Die gibt es nicht!)

Auf dieser Ebene werden die Dinge diskutiert. Was Sie hier machen, ist Klein-Klein und ohne Gesamtzusammenhänge. Das ist genau das, was die Menschen in die Irre führt. Die digitale Agenda ist ein Langzeitprogramm, und das Kabinett wird zeitnah beschließen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Was wir noch brauchen, sind breit angelegte **Bürgerdialoge**. Denn es gilt auch, die Sorgen und Nöte der Bürger ernst zu nehmen und insbesondere die Fragen von Ethik und Digitalisierung zu bewegen.

Ich freue mich, wenn wir über alle diese Anträge und Fragen im Ausschuss diskutieren und dann Gelegenheit haben, en detail darzustellen, was hier in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren in unterschiedlichen Bereichen alles schon passiert ist und was wir mit einem ganz klaren Fahrplan noch vorhaben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich ein bisschen darüber, wie wir die Debatte hier zumindest in Teilen führen, und auch über einzelne Zwischenrufe, die gerade während der Rede der Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber zu hören gewesen sind. Auch ich glaube, dass wir auf diesem Gebiet vonseiten des Landes schon viel weiter sind und in Prozessen sind, die bisher gar nicht erwähnt worden sind, aber auch schon jetzt eine große Bedeutung für viele Menschen haben. Es findet viel statt. Ein Beispiel dafür sind Follow-Up-Veranstaltungen, die es zu der Reise des Chefs der Staatskanzlei am Montag im Wissenschaftszentrum gegeben hat, bei der es darum ging, was eigentlich die unterschiedlichen Menschen - über 50 an der Zahl -, die zusammen mit der Landesregierung im Silicon Valley gewesen sind, daraus konkret mitgebracht haben.

Herr Breyer, ich weiß nicht, ob sie das gesehen haben. Aber diese Veranstaltung ist auch im Internet gescreent worden. Sie sind, glaube ich, nicht bei Facebook oder haben dort nur einen Fake-Account.

(Heiterkeit)

Aber ich weiß, dass Ihre Kollegen in der Fraktion einen Zugang haben. Vielleicht schauen Sie sich auf diesem Wege einmal die Ergebnisse, die dort erzielt worden sind, an.

Die Digitalisierung verändert unser Leben grundsätzlich. Das wissen wir alle, und das ist hier auch

(Rasmus Andresen)

schon mehrfach diskutiert worden. Es ist so, dass die **Landesregierung** gerade in einem **Prozess zur digitalen Agenda** steckt, dass dieser Prozess auch nicht im Hinterzimmer stattfindet, Herr Kollege Breyer, wie Sie gerade hereingerufen haben, sondern beispielsweise in Barcamps mit vielen im Netz Aktiven, mit den Hochschulen und anderen, also mit Menschen, die sich im Land mit diesen Fragen auseinandersetzen. Das muss man dann auch zur Kenntnis nehmen.

Digitalisierung ist viel mehr als einfach nur Breitbandausbau. Ich möchte die begrenzte Redezeit von jetzt nur noch knapp drei Minuten dazu nutzen, auf zwei Aspekte einzugehen. Der eine Aspekt betrifft die Frage der **Neuausrichtung** unserer **Wirtschaftspolitik**. Wir Grüne glauben, dass sich die Digitalisierung sehr stark auch verändernd auf die Arbeitskultur auswirkt, dass junge Gründerinnen und Gründer ganz anders arbeiten und Ideen und Innovationen einbringen, als dies vielleicht in der klassischen Arbeitswelt der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Das zeigt sich durch FabLabs und Coworkingspaces. Dort entstehen kreative Ideen, und dort werden Produkte entwickelt. Für solche kreativen Räume muss bei uns im Land Platz sein.

Dies gilt auch für den Bereich der IT-StartUps. In Städten wie Kiel und Flensburg entstehen bereits viele solcher Aktivitäten. Flensburg liegt bei IT-Neugründungen inzwischen schon bundesweit auf dem 15. Platz. Das ist für eine kleine, stolze Stadt ganz im Norden des Landes ein ziemlich gutes Ergebnis, wie ich finde. Es sind StartUps hier in Kiel wie Groundkeeper, das zum Ziel hat, über eine App öffentliche Plätze, Wege oder auch die Natur gemeinschaftlich neu zu entdecken oder wiederzubeleben. Es gibt beispielsweise auch eine Spiele-App - die nennt sich Kawaida's Journey -, die über ihr Spiel das Leben eines Affen in Tansania nachzeichnet und dadurch Wissen über Tansania und Entwicklungspolitik vermittelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind nicht nur gute technologische Sachen, sondern das sind Ideen mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Das finden wir gut, und das wollen wir unterstützen.

Dazu müssen wir an den Grundschulen die **Gründerinitiativen**, die es gibt, weiter stärken. Wir müssen dies auch an anderen Orten, an denen wir keine Hochschule im Land haben, über Technologiezentren stärker als bisher ermöglichen. Wir wollen nicht mehr nur alte Strukturen fördern, sondern

auch neue Ideen. Das wird die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren sein.

Ein anderer Bereich, auf den ich kurz eingehen will, betrifft die **Bildungsebene** und die **Medienkompetenz**. Zum einen wollen wir in den kommenden fünf Jahren jede Schule mit einem Breitbandanschluss ausstatten. Das ist gut und eine wichtige Grundlage. Wir wollen uns darüber hinaus dann aber auch noch einmal den Bereich der Medienkompetenz anschauen. Auf diesem Gebiet gibt es interessante Projekte beispielsweise an der Fachhochschule Lübeck oder auch ein Projekt an der Europa-Universität Flensburg.

Wir werden also jetzt schon - die Nachschiebeliste ist ja bereits veröffentlicht - im Haushalt mehr Geld für Medienkompetenz zur Verfügung stellen. Die **Landesregierung** wird dazu in den nächsten Wochen auch noch ein **Medienkompetenzkonzept** entwickeln. Wenn dieses vorliegt, sollten wir darüber hier ebenfalls noch einmal diskutieren. Es gibt also viele gute Ideen, und es ist an uns allen, daran zu arbeiten, dass diese auch umgesetzt werden und vielleicht auch noch ein Stück weit besser werden.

Wir Grüne glauben, dass wir als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sehr viele Vorteile von der Digitalisierung haben werden. Es ist aber auch richtig, dass Menschen Sorge davor haben, dass sie nicht zu den Gewinnerinnen und Gewinnern dieses Prozesses gehören. Das gilt neben Datenschutzfragen erst recht für die Arbeitswelt. Auch uns Grünen - ich bin der SPD sehr dankbar dafür, dass sie das bereits erwähnt hat - ist wichtig, dass in diesem Prozess niemand abgehängt wird.

Diese Debatten müssen wir führen. Das kann ich aber nicht mehr in den letzten zwölf Sekunden machen. Deswegen freue ich mich darauf, dass diese Anträge, die Ideenskizzen sind, bei denen auch vieles richtig ist, wenngleich wir einiges auch anders sehen, in die Ausschüssen überwiesen werden, damit wir dann, wenn wir in einigen Wochen mehr wissen, auch von dem, was die Landesregierung plant, gemeinsam beraten und gemeinsam überlegen, wie wir diesen Prozess für alle gewinnbringend gestalten können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier einen interessanten Antrag von der FDP vorgelegt bekommen. In der Kürze der Zeit möchte ich ihn wie folgt zusammenfassen:

Vieles ist richtig, nichts davon ist neu, und einiges bleibt sehr, sehr vage.

(Beifall PIRATEN)

Spannend sind vor allem natürlich die letzten Punkte, auf die ich im Folgenden genauer eingehen möchte. Was genau bedeutet denn die Klarstellung des **Rechts auf Vergessenwerden**? Wollen Sie die bestehende Regelung ausbauen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, oder wollen Sie sie einschränken?

Dasselbe gilt für die Klarstellung des **digitalen Verkehrsmanagements**. Wenn Sie doch Network-Qualität fordern, warum wollen Sie dann das sogenannte Verkehrsmanagement durch Provider nicht einfach untersagen, zumal es doch sowieso nur ein Euphemismus für ein schattenbasiertes Internet ist und ein großes Missbrauchspotenzial aufweist?

(Beifall PIRATEN)

Warum verklausulieren Sie die **Vorratsdatenspeicherung** als den Chancen einer digitalen Gesellschaft zuwiderlaufend? Nennen Sie das Kind doch beim Namen: Die Vorratsdatenspeicherung läuft nicht irgendwelchen ominösen Chancen zuwider, die Vorratsdatenspeicherung ist ein Frontalangriff auf unsere Grundrechte.

(Beifall PIRATEN)

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Uns PIRATEN freut es ja, dass sich in der FDP außer Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Herrn Hirsch und Herrn Baum noch jemand für Bürgerrechte interessiert. Aber klare Kante sieht anders aus.

(Beifall PIRATEN)

Warum wollen Sie eigentlich auf Bundesebene ein weiteres **Cyber-Abwehrzentrum** einrichten,

(Beifall PIRATEN - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

wo doch schon das nationale Cyber-Abwehrzentrum vom Bundesrechnungshof als ineffizient beschrieben wird? Sie wollen das Cyber-Abwehrzentrum in das BSI integrieren. Das ist ja nicht verkehrt. Aber das BSI fällt doch wiederum in den Geschäftsbereich des Innenministeriums, was Sie aus-

drücklich nicht wollen. Also irgendwie beißt sich die Katze da in den Schwanz.

(Beifall PIRATEN)

Was wir brauchen, sind nicht noch mehr Behörden, Abteilungen und Referate, die „Cyber“ in ihrem Namen tragen. Was wir brauchen, ist ein richtig unabhängiges BSI ohne eingebauten Interessenkonflikt. Auf der einen Seite wollen Sie die IT-Sicherheit der Gesellschaft schützen und auf der anderen Seite an der Entwicklung von Staatstrojanern mitwirken. Das ist doch das eigentliche Problem.

(Beifall PIRATEN)

Schauen wir uns noch ein anderes Fass an, das Sie aufmachen wollen: der Aufbau einer **digitalen Patientenakte** für Schleswig-Holstein. Vorweg: Dass Sie das ULD einbinden wollen, ist immerhin zu begrüßen. Aber warum wollen Sie hier ein weiteres medizinisches Großprojekt auf den Weg bringen? Das erschließt sich mir nicht. Lassen Sie uns doch erst einmal versuchen, die vorhandene elektronische Patientenakte flächendeckend durchzusetzen. Fragen Sie doch einmal bei den Ärzten, Krankenkassen und Verbänden nach, ob die sich schon wieder an das Reißbrett setzen wollen, um etwas Neues zu erfinden. Man sagt Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ja einen guten Draht zu den gerade genannten Gruppen zu. Also, ein kleines Zwischenfazit zu Ihrem Antrag: Das Gegenteil von gut ist manchmal eben doch nur gut gemeint.

(Beifall PIRATEN)

Jetzt möchte ich natürlich noch auf unseren Änderungsantrag eingehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich wollte gerade sagen, ihr habt 14 Seiten vorgelegt!)

Einiges davon wird Ihnen bekannt vorkommen, da wir einzelne Vorschläge hier im Plenum und in den Ausschüssen bereits diskutiert haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Alles nichts Neues!)

Ich möchte Ihren Blick daher noch einmal auf das Große und Ganze lenken. Wir **PIRATEN** stellen den Bürger in den Mittelpunkt unserer Vorschläge. Unser Änderungsantrag enthält **programmatische Vorschläge** statt hochtrabender Worte. Darum geht es bei uns auch: Bürgerrechte vor Big Data, industrielle Selbstbestimmung vor Industrie 4.0.

(Beifall PIRATEN)

Ganz besonders freut mich übrigens, dass einige unserer Vorschläge bei der Landesregierung offen-

(Sven Krumbeck)

bar auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Lassen Sie mich hier einen Punkt besonders hervorheben: Auf eine meiner Kleinen Anfragen hat die Regierung geantwortet, dass die Bürger in Schleswig-Holstein mit Behörden in Zukunft über **PGP** verschlüsselt kommunizieren können, und das erst 20 Jahre nach der Standardisierung.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Liebe Landesregierung, liebe FDP, es ist ja richtig und wichtig, dass wir uns jetzt mit der Digitalisierung angemessen beschäftigen. An Geschwindigkeit können Sie gerne noch einen Zahn zulegen. Aber wir stehen Ihnen gerne mit Rat und Tat zur Seite.

(Beifall PIRATEN)

Zu guter Letzt möchte ich noch etwas zu den Punkten sagen, die meine Vorredner angesprochen haben. Es gibt einen großen und konkreten Unterschied zwischen dem, was wir vorlegen, und dem, was die Landesregierung plant. Während die Landesregierung unter Thomas Losse-Müller eine Planung für die nächsten 20, 30 Jahre vorlegt, legen wir eine konkrete Planung vor, die man in den nächsten zwei, drei Jahren umsetzen kann. Das ist der Unterschied.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte, weil das hier auch rübergekommen ist, das Engagement der Leute, die sich mit der Landesentwicklungsstrategie und auch mit der digitalen Agenda auseinandersetzen, nicht schmälern. Ich habe von Dritten sehr viel Gutes darüber gehört. Da stehen auch einige interessante Ansätze drin. Aber es sind halt unterschiedliche Konzepte. Diese widersprechen sich nicht. Wir als Opposition planen nicht für die nächsten 20, 30 Jahre, weil uns auch nicht die gleichen Mittel zur Verfügung stehen, sondern wir machen konkrete Vorschläge, die man jetzt konkret besprechen und in den Ausschüssen beraten kann. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst einmal vielen Dank an die FDP für

diesen umfangreichen Antrag mit insgesamt 33 Punkten. Er gibt uns die Gelegenheit, ein wichtiges Thema, das vielschichtig ist, auch auf vielschichtiger Art und Weise zu beleuchten. Ich möchte mich aus Zeitgründen lediglich auf drei Punkte beschränken.

Erstens: „**digitale Grundbedürfnisse** sichern“, heißt es da. Die Bundesregierung fabuliert noch immer von einem flächendeckenden Netz mit 50 Mbit/s. Tatsächlich läuft man den wachsenden Bandbreitenbedarfen technisch aber hinterher. Außerdem besteht die Gefahr, dass man zweimal investiert, nämlich erst in das 50-Mbit-Kabel und kurze Zeit später noch einmal in ein leistungsfähigeres Glasfaserkabel. Das ist reine Verschwendung und ignoriert die Interessen von Betrieben und Unternehmen.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Diese sind nämlich auf leistungsfähige Netze mit hohen Geschwindigkeiten angewiesen, um ihre Produkte weltweit anbieten zu können. Der **50-Mbit-Standard** entspricht auch nicht dem Recht auf digitale Teilhabe der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Der Bund muss mit seinen Programmen also dringend nachsteuern. Gut, dass Schleswig-Holstein in Sachen Breitbandstrategie einen anderen Weg geht und damit inzwischen bundesweit Vorreiter ist. Der Beschluss der Landesregierung aus 2013, innerhalb von 17 Jahren Schleswig-Holstein flächendeckend mit **Glasfaser** zu erschließen, war und ist richtig.

Zweitens: Digitalisierung darf nicht zulasten der **Beschäftigten** gehen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer aktuellen Befragung herausgefunden, dass fast die Hälfte aller Beschäftigten durch die Digitalisierung der Arbeitswelt eine höhere Arbeitsbelastung erlebt. Wir selbst bemerken es natürlich auch: Die Erreichbarkeit rund um die Uhr und das zunehmende Multitasking belasten die Gesundheit. Hier müssen wir den **Arbeitsschutz** im Blick behalten. Das ist aber leider nicht so ganz leicht; denn anders als bei durch Schwerarbeit verschlissene Knochen zeigen sich die Belastungen durch digitale Faktoren nicht auf den ersten Blick.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die **Gefahren des Homeoffice** hinweisen. Viele Beschäftigte profitieren davon, dass sie zu Hause arbeiten können; das ist gar keine Frage. Im Flächenland Schleswig-Holstein erspart das zudem viele Fahrkilometer. Andererseits ist die Isolierung im Homeoffice eine ernste Gefahr für die Beschäftig-

(Lars Harms)

ten. Die Betriebs- und Personalräte beklagen darüber hinaus die schlechte tägliche Erreichbarkeit der Beschäftigten, die kaum oder selten im Betrieb sind. Es geht eben nicht nur alles über Telefon oder E-Mail, sondern manchmal bedarf es des persönlichen Kontaktes. Da kann viel mehr erledigt werden. Das fällt bei Homeoffice alles weg. Das heißt, das sind Menschen, die innerhalb einer Betriebsgemeinschaft völlig isoliert dastehen. Auch das wird zunehmend zu einem Problem, sodass wir an dieser Stelle darauf achten müssen, dass die Nachteile die Vorteile nicht auffressen.

Drittens: Die **öffentliche Verwaltung** wird durch die Digitalisierung **bürgerfreundlicher**. Zumindest ist es das, was wir immer wollen. Wir stellen uns immer vor, dass alles digital erledigt werden kann. Allerdings sind wir da noch weit von dänischen Verhältnissen entfernt, wo die Steuererklärung oder die Ummeldung innerhalb weniger Minuten vom heimischen Schreibtisch oder vom Handy aus erledigt werden kann. Aber wir müssen uns in der Bundesrepublik auch politisch entscheiden, wie wir den Spagat zwischen bürgerfreundlicher, einfacher und schneller Onlinebearbeitung auf der einen Seite und dem Wunsch nach Datenschutz und Datensicherheit auf der anderen Seite hinbekommen. Es wird eine große Herausforderung sein, diesen Spagat hinzubekommen. In Dänemark hat jeder Mensch eine Nummer, und unter dieser Nummer ist alles gespeichert. Deswegen ist es dort so einfach. Aber mit unserem Verständnis von Datenschutz ist das wahrscheinlich nicht vereinbar. Die große politische Frage ist, wie wir das hinbekommen. Das ist wesentlich wichtiger als sämtliche Technikdebatten, die wir da manchmal führen.

Zusammengefasst: Es ist klar, dass die Digitalisierung Veränderungen mit sich bringen wird. Einige sprechen von der digitalen Revolution, die eine ähnliche Bedeutung haben wird wie die industrielle Revolution seinerzeit. Es ist allerdings an den demokratischen Gremien, diese Entwicklung zu steuern. Da gibt es eben neben den technischen Herausforderungen auch und gerade die gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die wir klären müssen. Dies muss eigentlich geklärt werden, bevor wir überhaupt über die Technik reden. Das wollte ich mit meiner Rede hier zum Ausdruck bringen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Es spricht der Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Harms hat es eben am Ende angesprochen: Welches wird die **Bedeutung digitaler Veränderung** sein? Ich glaube, sie wird größer als bei der industriellen Revolution sein, weil sie viel tiefer in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche und eben nicht nur in die Arbeit eindringen wird. Die Frage, die wir uns stellen - deswegen begrüße ich den Antrag der FDP sehr -, ist: Wie werden wir in Zukunft arbeiten? Wie werden wir interagieren? Wie werden wir lernen? Wie werden wir Kultur beziehungsweise Beteiligung organisieren? Wie werden wir Gesundheit abbilden? Was sind die großen Chancen? Ich glaube, es hat große Chancen, gerade für Schleswig-Holstein, das in einer herkömmlichen ökonomischen Ableitung eher am Rande ökonomischer Ströme lag und jetzt über eine digitale Welt in die Mitte gelangen kann; am Ende hängt es nur davon ab, dass man entsprechende Datenleitungen vor Ort hat. Das ist ein großes Potenzial an Chancen.

Aber was sind die **negativen Herausforderungen**, denen wir uns entgegenstellen müssen? Wie verhalten wir uns zu der wachsenden Abhängigkeit von einer Pseudovielfalt an Informationen im Netz, die sich durch nichts von Monopolen bisheriger Medienbereiter unterscheidet? Wir glauben nur, dass es vielfältiger ist. Tatsächlich ist die amorphe Masse an Informationen, die ausgetauscht wird, genauso gesteuert und abhängig von anderen. Wir merken es nur nicht mehr. Wenn wir mit unseren Kindern reden, erleben wir, welche Wirkungen das auf das Miteinander hat.

Die Frage ist - Herr Vogt hat es gesagt, und ich glaube, auch wenn es alt ist, ist es weiterhin richtig, weil wir noch keine Antwort darauf haben -: Wie gehen mit der wichtigsten Währung, unseren **Daten**, um? Wir sind bereit, sie - bis auf den Staat - beliebig jedem in den Hals zu werfen. Da sind wir und die PIRATEN ein bisschen misstrauischer. Ansonsten können wir gar nicht schnell genug unsere beste, teuerste Währung an Gott und die Welt verteilen. Was ist das eigentlich? Wie - das erleben wir in diesen Zeiten - gehen wir mit dem aus dem Netz flutenden Hass um, der in die Gesellschaft im Augenblick, wie ich finde, auf eine Art und Weise eindringt, die unerträglich geworden ist?

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie wappnen wir uns vor dieser Herausforderung? Ich begrüße diesen Antrag sehr, weil wir am 6. Dezember die **digitale Agenda der Landesregierung** im Kabinett besprechen. Wir sind also gar nicht so weit auseinander, lieber Herr Vogt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Eickhoff-Weber ist da weiter auseinander!)

- Ja, manchmal - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Genau! Einfach weitermachen!)

- Einfach weitermachen!

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

In der Landesentwicklungsstrategie ist die Digitalisierung die oberste Leitlinie all dessen, was wir im **Grünbuch** diskutieren. Ich habe wahrgenommen, dass noch nicht jeder die Funktion eines Grünbuchs durchdrungen hat. Aber das nehme ich in Kauf. Ich glaube, den Diskurs, den wir über die **Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030** führen, führen wir nicht, weil wir nicht geglaubt hätten, auf dem Weg hin ins Jahr 2030 nicht schon Ziele zu erreichen, sondern weil wir miteinander einen Zeitraum abbilden, der sinnvolle Entwicklungslinien als einen permanenten Prozess beschreiben soll. In dieser Landesentwicklungsstrategie ist in jedem einzelnen Unterpunkt der dort beschriebenen Punkte die Digitalisierung der relevante und entscheidende Treiber. Deswegen müssen zu all diesen Fragen, die Sie genannt haben, Antworten gefunden werden.

Zugegebenermaßen konzentrieren wir uns in unserer digitalen Agenda auf die Landesteile, also nicht so sehr auf das, was europa- und bundesrechtlich eine Rolle spielt, aber das muss mit angekoppelt werden, das ist völlig richtig. Wir haben das mit Herrn Oettinger beim letzten Besuch in Brüssel durchaus intensiv diskutiert, wie wir das vernetzen, wie wir Medienpolitik machen. Wenn wir jetzt 500.000 € für die **digitale Bildung** in den **Nachtrag** hineinnehmen, dann ist das auch ein Versuch, digitale Bildung voranzubringen, weil wir glauben, dass es notwendig ist.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Es reicht nicht, WhatsApp-Gruppen bilden zu können, es reicht nicht, die Technik von Smartphones beherrschen zu können, sondern ich muss auch, wenn ich Souveränität über dieses Medium errei-

chen will, wissen, was da eigentlich mit mir gerade passiert

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

und wie sehr ich vor den Knoten geschoben werde.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind - zugegebenermaßen nicht allein aufgrund unseres Verdienstes - in einer ganz guten Ausgangssituation: 25 % **Glasfaseranschluss** sind gut, und wir sind nach unserer Evaluation zuversichtlich, dass wir das Ziel 90 % bis 2025 erreichen können und erreichen werden. Das ist in Deutschland ein sehr ordentlicher Grundwert. Wir, die wir Infrastruktur schaffen, und viele lokale Betreiber sind es, die es möglich machen.

Wir sind froh, dass auch unsere Unternehmen - der letzte Vodafone-Atlas zum Digitalisierungsgrad im Bundesländervergleich zeigt es -, dass unser Mittelstand auf Platz drei bei der digitalen Nutzung ist. Wir sind froh - es ist eben angesprochen worden -, dass wir in Flensburg eine große veritable Gründerszene sehen - auf Platz 15 bundesweit -, dass wir Hochschulen haben, die gute, kleine, exzellente Projekte im Bereich Online-Learning, im Bereich IT-Entwicklung, im Mediendesign und bei Medienwissenschaften voranbringen. An allen Hochschulen finden wir Entrepreneurship-Lehrstühle oder Unterricht darin. All dieses ist auf dem Weg. All dieses treibt uns miteinander um.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Soll ich jetzt warten?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Mein Kollege Sven Krumbek hat ja dargestellt, dass eine solche digitale Strategie, die auf 20 oder 30 Jahre ausgelegt ist, und ein digitaler Kompass von uns, der ganz konkrete Maßnahmen beschreibt, einander nicht ausschließen. Weil Sie darauf noch nicht eingegangen sind, hätte ich eine Frage zu einem unserer Vorschläge,

(Ministerpräsident Torsten Albig)

die darin stehen, denn ich habe aus Ihrer Regierungserklärung noch im Gedächtnis, dass Sie von einer Reise nach Skandinavien zurückgekommen waren und sagten, da gebe es überall WLAN, warum gibt es eigentlich bei uns noch nicht auf jedem Bauernhof WLAN? Wir brauchen es auch für Schleswig-Holstein. Einer unserer Vorschläge ist, einmal anzufangen und zu sagen: So, jetzt machen wir ein 1.000-WLAN-Programm, 1.000 öffentliche Gebäude werden mit WLAN ausgerüstet. Was halten Sie davon? Oder haben Sie einen anderen Vorschlag, wie wir dem Ziel näherkommen wollen, dass wir auch in Schleswig-Holstein - -

- Wir werden in unserer digitalen Agenda eben genau auch darauf eingehen,

(Uli König [PIRATEN]: Können Sie ihn mal ausreden lassen?)

Herr Breyer, dass wir Free WLAN SH haben wollen und uns mit allen Partnern dahin entwickeln. Wenn ich mir die Entwicklung in Kiel anschau, ist diese durchaus privat angeschoben, aber zielführend. Wir erleben ein freies WLAN in Kiel und auch in Eckernförde. Das jetzt zu bündeln und die Partner auch mit Unterstützung des Landes zusammenzuführen, scheint mir ein sehr sinnvoller Weg zu sein, dieses Projekt voranzutreiben. Die dafür notwendige Grundinfrastruktur habe ich. Gerade im ländlichen Raum habe ich sie viel mehr, als viele wissen. Die Landwirtschaft ist eher ein Treiber von Digitalisierung als ein noch großes schwarzes Loch. Ich glaube, das ist etwas, was wir in relativ naher Zukunft miteinander angehen werden. Wir haben da keinen Dissens.

Die Frage ist: Wie machst du das, ist das nur Staat oder können wir das über Partner machen? Darüber werden wir uns sicherlich unterhalten.

Was zu Recht angesprochen worden ist: **Störerhaftung** war eben lange Zeit bei uns ein großer Hemmschuh, das zu entwickeln. Wir bewegen uns mit kleinen, überschaubaren, aber am Ende doch in die richtige Richtung weisenden Schritten nach vorn, sodass ich glaube: Schleswig-Holstein wird das wie in Italien, wie in Skandinavien in Bälde auch haben.

Insofern bitte ich um Ihre Unterstützung, diesen Weg zu gehen. Ich freue mich auf die Debatte dessen, was wir aus Ihrem guten Antrag und unserer guten Kabinettsvorlage, die wir haben werden, zusammenführen. Ich bin sehr hoffnungsfroh, dass wir auch hier im Parlament das diskutieren, was wir

in diesem Land an Gutem an vielen Ecken merken, wie wir **digitale Aufstellung** zur **Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben** nutzen können. Ich denke daran, dass es eine Kieler Agentur war, die „Moin Refugees“ programmiert hat. Damit gibt es ein erstes Willkommen für viele Menschen aus einer anderen Welt, die alle ein Handy hatten und über dieses Handy und diese App auf einmal Teilhabe erleben konnten. Ich sehe, dass WLAN von Freifunkaktivisten für viele Flüchtlingseinrichtungen eingerichtet wurde. Das zeigt, dass wir diese Chancen in den Blick nehmen müssen, aber vor den von mir auch beschriebenen Herausforderungen nicht die Augen verschließen dürfen.

Wir erleben, dass diese wahrscheinlich bedeutendere Veränderung, als die industrielle Revolution sie mit sich gebracht hat, für Schleswig-Holstein einen großen Entwicklungsschub nach vorne bringen wird. Insofern Dank für den FDP-Antrag, Dank dem Änderungsantrag der PIRATEN. Ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überzogen. Davon wird offensichtlich kein Gebrauch gemacht. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deswegen schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag mit der Drucksachenummer 18/4850 sowie den Änderungsantrag mit der Drucksachenummer 18/4883 dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung herstellen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4841

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

(Sandra Redmann [SPD]: Du siehst so anders aus, Ralf!)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

- Ach so, Entschuldigung, ich habe eine Vereinbarung übersehen, die zwischen den Fraktionen getroffen worden ist: Die Abgeordneten des SSW haben zuerst das Recht zu sprechen. Es spricht jetzt der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sicher, mit Blick auf diesen Antrag kann man sich fragen, warum wir uns hier ausgerechnet um diese Angelegenheit kümmern, denn natürlich haben nicht wir den Hebel in der Hand, sondern Berlin hat das. Ohne Zweifel gibt es allein im Gesundheitsbereich ein ganzes Bündel von Problemen, die endlich angegangen werden müssen. Aber die Frage der **Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung** ist für den SSW und - so denke ich - auch für die Küstenkoalition absolut zentral.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die einseitigen **Zusatzbeiträge** gehen ausschließlich zulasten der **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**. Damit sind sie in höchstem Maße ungerecht. Unser Antrag ist als klares Signal zu sehen, dass dieser Missstand in unseren Augen so schnell wie möglich behoben werden muss.

Die Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wurden bekanntlich schon vor über zehn Jahren eingeführt. Während der **Beitrag der Arbeitgeber** eingefroren ist, wurde und wird der Anteil der **Arbeitnehmer** von den Kassen mehr oder weniger regelmäßig erhöht. Steigende Kosten werden damit mittlerweile ausschließlich von den Versicherten getragen. Diese Zusatzbeiträge sind nicht etwa Peanuts, sondern sie können bis zu 560 € im Jahr ausmachen. Experten erwarten einen weiteren deutlichen Anstieg in den kommenden Jahren. Für den SSW ist deshalb klar: Diese Entwicklung ist schlicht und einfach ungerecht und darf nicht fortgesetzt werden.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Situation vor zehn Jahren mag für manchen ja das Mittel Zusatzbeitrag rechtfertigen, aber die damalige **Lage** ist wohl kaum mit der heutigen vergleichbar: Vor zehn Jahren gab es über fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland, heute ist nicht nur diese Zahl deutlich geringer, sondern auch die Finanzprobleme der öffentlichen Kassen.

Natürlich steigen die Gesundheitskosten. Denn die Menschen werden älter, und auch Krankheiten nehmen zu. Aber die Finanzlage der Krankenkassen ist noch immer vergleichsweise stabil. Dies ist auch ohne einen immer höheren Zusatzbeitrag der Versicherten möglich. Außerdem ist durch nichts zu rechtfertigen, dass die Arbeitgeber von der Finanzierung des medizinischen Fortschritts und von den Kosten einer solidarischen Gesundheitsversorgung entlastet werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon allein vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig und konsequent, die Arbeitgeberseite zu gleichen Teilen in die Pflicht zu nehmen. Außerdem setzen **Zusatzbeiträge** auch völlig **falsche ordnungspolitische Anreize**. Natürlich müssen unsere Krankenkassen auch die Wirtschaftlichkeit im Blick haben, aber durch das Instrument Zusatzbeitrag wird der Wettbewerb zwischen ihnen auf eine wirklich ungesunde Weise verschärft. Denn für die Versicherungen tritt das Ziel, möglichst junge und gesunde Kunden zu binden, in den Vordergrund. Langfristig wird damit die Kernaufgabe, den Versicherten eine Versorgung von möglichst hoher Qualität zu bieten, vom Ziel der wettbewerbsförderlichen Beitragssätze überlagert. Auch diese Entwicklung muss aus unserer Sicht dringend gestoppt werden.

(Beifall SSW)

Eines will ich ganz deutlich machen: Auch wenn wir hier endlich wieder zum Grundsatz halbe-halbe kommen, werden wir mit diesem System an Grenzen stoßen. Denn unsere Gesellschaft wird - wie gesagt - nicht nur immer älter, sondern allein demenzielle Erkrankungen oder Diabetes werden uns schon bald viele zusätzliche Milliarden kosten.

Nach Auffassung des SSW müssen wir deshalb langfristig zu einer wirklich solidarischen **Bürgerversicherung** kommen. Für uns ist klar, dass die stärksten Schultern auch die größten Lasten tragen müssen.

Grundsätzlich sollen die Bürger über **Steuern zum Sozialwesen** beitragen, statt die leistungsstarken Gruppen durch Privatversicherungen davon auszunehmen. Es ist und bleibt Aufgabe des Staates, auch an die Menschen zu denken, die keine starke Lobby haben und besonderer Hilfe bedürfen.

Nicht zuletzt im Gesundheitsbereich warten große Herausforderungen auf uns. Wenn wirklich alle Menschen an einer gerechten, solidarischen Finan-

(Flemming Meyer)

zierung mitwirken, werden wir diese nicht nur meistern, sondern auch unseren Versorgungsstandard halten können. Genau das ist unser aller Ziel. - Jo tak.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Karsten Jasper das Wort.

Karsten Jasper [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir läuten in der nächsten Woche nicht nur die Adventszeit und die Weihnachtszeit ein, sondern mit diesem Antrag auch den Vorwahlkampf zur Landtagswahl und zur Bundestagswahl 2017.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Nur zu Ihrer aller Kenntnis: Ihre Kollegen und Kolleginnen aus der **rot-grünen-Fraktion in Berlin** haben in Ihrer Regierungszeit diese **Zusatzbeiträge** für die Krankenkassen für die Arbeitnehmer beschlossen. Die Aufhebung der Parität in der Krankenversicherung wurde als Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der Agenda 2010 durch Sie beschlossen. Die Begrenzung der Lohnnebenkosten war damals notwendig, um die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Sie haben damals den zusätzlichen Beitrag von 0,9 % zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren das.

Lassen Sie mich der Fairness halber sagen: Wir haben damals zugestimmt. Das war zum damaligen Zeitpunkt auch richtig.

Wir sind uns grundsätzlich alle darüber einig, dass die **gesetzliche Krankenversicherung** eine elementare Säule des **sozialen Systems** ist. Wir alle wollen eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige, aber auch bezahlbare medizinische Versorgung in ganz Deutschland. Wir wollen die ambulante und stationäre Versorgung in unmittelbarer Nähe, Hochtechnologiemedizin, die besten Medikamente, eine vernünftige Pflege und - falls notwendig - eine anschließende Reha. Die Beitragsanpassungen sind also nicht unerklärlich oder beliebig, und sie kommen nicht überraschend.

Dies alles hat die GroKo unter Gesundheitsminister Hermann Gröhe in der aktuellen Legislaturperiode unter Schwarz-Rot umgesetzt: das Krankenhausstrukturgesetz, das Präventionsgesetz, das Versor-

gungsstärkungsgesetz und das Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz.

Vor einigen Wochen haben Schätzungen über die Beitragshöhe für sehr viel Unruhe gesorgt. Diese Berechnungen sind aber sehr schnell relativiert worden. Stabile Beiträge sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gut. Der Arbeitsmarkt boomt, die Steuereinnahmen sprudeln, und das nicht erst seit gestern. Davon profitieren Sie alle in der jetzigen Regierung im Haushalt in Schleswig-Holstein. Verehrte Landesregierung und Koalitionsfraktionen, Sie verteilen in den letzten Jahren großzügig Wahlgeschenke, finanziert durch Steuermehreinnahmen des Bundes.

Aber zurück zum Antrag. Wir als CDU wollen den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen mehr Wettbewerb und Transparenz. Das war damals richtig, und das ist auch heute noch richtig.

Warum hat sich das heutige System der Zusatzbeiträge bewährt? Die **Krankenkassen** erhalten ihre **Beitragsautonomie** zurück. Sie können mit selbst gestalteten Beiträgen und Zusatzleistungen im Wettbewerb mit anderen Kassen neue Kunden werben. Der Zusatzbeitrag wurde von einem festen Beitrag in einen prozentualen Beitrag umgewandelt. Das ist gerechter und transparenter. Die Bürgerinnen und Bürger können frei entscheiden, welche Krankenkasse für ihre persönliche Situation die richtige ist. Gerade das stärkt auch die Rechte der Versicherten.

(Beifall Petra Nicolaisen [CDU])

Welche Satzungsleistungen bietet meine Krankenkasse? Wie ist das Preis-Leistungs-Verhältnis? Welche Präventionsleistungen werden angeboten? Wo gibt es heute noch eine Geschäftsstelle, in der ich persönlich beraten werden kann? Welche Möglichkeiten gibt es, um online mit meiner Krankenkasse zu kommunizieren?

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Aus Sicht der CDU brauchen wir keine ordnungspolitischen Maßnahmen im Bereich der Krankenversicherung. Wir wollen weiter einen Wettbewerb um die wirtschaftlichsten Krankenkassenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie wollen die Weichenstellung der letzten Jahre zurückdrehen und mit einheitlichen Beiträgen jeden Wettbewerb bei der Krankenversicherung im Keim ersticken.

Wir lehnen als CDU die **Einheitsbürgerversicherung** nach wie vor ab. Wir wollen nicht die Versicherung für alle. Wir wollen ein leistungsfähiges Gesundheitssystem mit Wettbewerbsanreizen erhal-

(Karsten Jasper)

ten. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende, Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist ein sehr reiches Land, die Wirtschaft ist robust, der Wohlstand ist so groß wie noch nie, das Wachstum nimmt zu. Trotzdem muss man feststellen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Erfolgreichen und Abgehängten nicht kleiner geworden ist, sondern leider größer. Maßnahmen gegen Altersarmut und Pflegenotstand, konkrete Schritte für die Entgeltgleichheit, gleicher Lohn für Männer und Frauen, Beseitigung der prekären Beschäftigung, des Niedriglohnssektors, all dies beleuchtet die soziale Frage. **Soziale Gerechtigkeit** bleibt ein Kernanliegen unserer Koalition. Dafür lohnt es sich, sich kontinuierlich zu engagieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gerade die Gesundheit betrifft ganz viele Menschen. Viele Menschen fragen sich: Was passiert eigentlich, wenn ich krank werde? Werde ich dann arm? Oder werde ich krank, wenn ich arm bin? Das ist eine wirkliche Sorge.

Der **Arbeitgeberbeitrag** ist bundesgesetzlich bei 7,3 % eingefroren. **Kostensteigerungen** werden allein den **Versicherten** aufgebürdet. Zusatzbeiträge von bis zu 560 € jährlich bedeutet das. Das ist eine einseitige Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die überhaupt nicht zu rechtfertigen ist.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Im Übrigen ist das ein Beitrag zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Es geht hier primär um soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander und nicht um wirtschaftlichen Wettbewerb.

Deswegen schlägt unsere Koalition drei Schritte vor. Erstens. Der von den Versicherten zu tragende Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung ist verteilungspolitisch ungerecht und ordnungspolitisch falsch.

Zweitens. Die einseitige Belastung der Versicherten muss beendet und die vollständige Parität wiederhergestellt werden. Das ist unsere klare Erwartung an die Bundesregierung.

Drittens. Die solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege muss endlich kommen. Für die SPD füge ich hinzu: Wir wollen uns an keiner Regierung im Bund mehr beteiligen, die das nicht ändert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Jasper, ich muss Ihnen sagen: Es steht mir nicht zu zu bekennen, dass wir einen Fehler begangen haben. Ich habe es damals kritisiert. Ich habe meine Position da nicht ändern müssen. Der Unterschied zwischen uns ist: Wir wollen den Fehler nicht wiederholen, sondern ihn korrigieren.

Dass Sie so viel von Einheit reden - Einheitslehrer, Einheitsversicherung -, hängt wohl damit zusammen, dass Union eigentlich Einheit heißt, aber bei Ihnen in Schleswig-Holstein und im Bund Zwierrat herrscht. Deswegen reden Sie so viel von der Einheit.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Sie sollten sich lieber um die innere Einheit des Landes kümmern!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Machen wir auch!)

- Nein! Die ist nämlich nicht gegeben, wenn ein Versicherter zum Arzt kommt und der Arzt ihm sagen muss: Es tut mir leid, das teurere Krebsmedikament kann ich dir nicht verschreiben, weil du Kassenpatient bist, das ist nicht drin. - Das ist ein Zustand, der beendet werden muss.

(Beifall SPD und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Ein reiches Land wie Deutschland kann nicht zulassen, dass Menschen eine Zweiklassenmedizin bekommen. Wir haben gerade im amerikanischen Wahlkampf gesehen, dass es als Sozialismus gilt, wenn man eine Krankenversicherung hat. Wir haben eine gute Krankenversicherung und sind dabei, sie zu verschlechtern. Deswegen brauchen wir die Bürgerversicherung.

Im Übrigen: Diese **Bürgerversicherung** bezieht alle Bürgerinnen und Bürger ein. Das brauchen wir bei Pflege und Gesundheit. Das ist ein wichtiger Schritt für die Sozialversicherungen insgesamt, denn es ist natürlich ungerecht, dass Beamtinnen, Beamte und andere nicht in der gesetzlichen Kran-

(Dr. Ralf Stegner)

kenversicherung und in anderen Sozialversicherungen sind. Das ist ein Teil unseres Problems. Das hat mit Einheit in dem Sinne, dass es die Dinge verschlechtern würde, gar nichts zu tun.

Die Horrormeldungen über die **Beschäftigtenzahlen** sind natürlich blanker Unsinn. Unsere Vorstellung von Bürgerversicherung ist, dass auch private Krankenversicherungen die Bürgerversicherung anbieten dürfen. Sie muss nur für alle gesetzlicher Standard werden. Das wollen wir miteinander einführen.

Ich füge hinzu: Wir haben in der **Pflege** die unwürdige Situation, dass man sich bei der Pflege von Angehörigen das Geld in der Familie zurückholen muss. Was das alles auslöst, kann man sich doch vorstellen. Das ist doch alles nicht richtig.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wir alle haben **Lebensrisiken**. Man kann krank werden, man kann pflegebedürftig werden, man kann arbeitslos werden, und - das ist jetzt kein Risiko, sondern eine Hoffnung - man kann alt werden. Was mit diesen persönlichen Risiken verbunden ist, darf nicht privatisiert werden, sondern das müssen wir alle miteinander tragen. Solidarität steht als Grundwert in all unseren Parteiprogrammen. Lassen Sie uns das dann auch einmal umsetzen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin der festen Überzeugung, dass soziale Marktwirtschaft heißt, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Es ist deswegen nicht einzusehen, warum die Arbeitgeber nicht den gleichen **Beitrag** wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen sollen. Wir müssen zur **Parität** zurückkommen. Wir wollen Solidarität.

Die Bürgerversicherung ist das Modell der Zukunft. Sie haben ja gesagt, es sei Wahlkampf, Herr Kollege Jasper. Reden Sie im Wahlkampf ruhig dagegen an. Wahlkampf ist etwas Wunderbares, weil in einer Demokratie dann über den Weg gestritten wird, den dieses Land für die Zukunft nehmen soll. Wir sind für Solidarität und Nächstenliebe. Wir setzen uns im Wahlkampf auseinander und schauen einmal, was dabei herauskommt. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Ziel der gesetzlichen Krankenversicherung** ist, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten und wiederherzustellen. Um es gleich vorwegzunehmen: Ich kritisiere nicht, was Vorgängerinnen und Vorgänger vor Jahren parteipolitisch entschieden haben. Der Kollege Flemming Meyer hat aber richtig gesagt: Die Entscheidung ist zehn Jahre her, wir hatten ganz andere Verhältnisse. Da bin ich beim Kollegen Stegner: Wir müssen heute die Weichen entscheidend richtig stellen. Da sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Küstenkoalition ist das Thema Gesundheit sehr wichtig. Da freue ich mich sehr, dass ich Teil der Küstenkoalitionsfraktionen bin. Wir haben viele Diskussionen darüber.

Ich kann nur sagen: Im Bereich der Krankenversicherung läuft es im Augenblick völlig aus dem Ruder. Es kann nicht sein, dass einzelne Versicherte zusätzlich zu dem Leid, das sie schon erfahren, noch dafür zahlen, dass sie krank geworden sind. Das ist falsch und ungerecht, und wir wollen es ändern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Lange Zeit hatten wir in der **Krankenversicherung** einen fairen Ausgleich: Arbeitgeber und Versicherte zahlten die Beiträge jeweils zur Hälfte. Die **Parität** hat sich immer bewährt und gut funktioniert. Es ist geändert worden: Der Arbeitgeberanteil ist eingefroren worden. Das führt dazu, dass der gesamte medizinische Fortschritt einseitig zulasten der Versicherten geht. Das kann für ein oder zwei Jahre mit einem gewissen Aufwand ausgeglichen werden. Auf die Zukunft gesehen kann dieses System aber überhaupt nicht funktionieren.

Wenn wir im Bereich des medizinischen Fortschrittes den Zusatzbetrag nicht wollen, müssen wir uns überlegen: Was ist die Alternative, was wollen wir stattdessen? Für uns ist ganz klar: Wir wollen eine gerechte, solidarische Versicherung. Wir wollen eine **Bürgerversicherung**.

(Dr. Marret Bohn)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Ich sage Ihnen ganz klar: Was Sie im letzten Bundestagswahlkampf gemacht haben, werden Sie dieses Mal wieder versuchen. Wir warten schon darauf und sind gut vorbereitet. Sie werden den Teufel an die Wand malen und sagen: Jetzt wollen die Linken wieder alle möglichen Arbeitsplätze abschaffen, es geht bergab mit Deutschland. - Nein, das hat der Kollege Stegner gerade eben richtig pariert: Diese **Arbeitsplätze** werden erhalten bleiben, weil auch in einer **Bürgerversicherung** Mitarbeiter tätig sein werden. Da bin ich mir ganz sicher.

Fragen Sie doch einmal ältere Privatversicherte, die sich Sorgen um die Zukunft machen, wie hoch der Druck bei steigenden Beiträgen ist und wie es funktionieren soll. Ich sage Ihnen ganz klar, was in der **privaten Versicherung** nicht funktioniert, funktioniert in der **gesetzlichen Krankenversicherung** genauso wenig. Die beiden Systeme werden zusammenwachsen müssen. Sie sind auf Dauer nicht zukunftsfest und vor allem nicht generationengerecht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich sehr, dass wir in der Küstenkoalition auch bei diesem Punkt so nah beieinander sind. Ich freue mich auch auf den Wahlkampf. - Ich beantrage für meine Fraktion Abstimmung in der Sache.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja super!)

Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Potz Blitz - ein gesundheitspolitischer Antrag der Küstenkoalition. Wahrscheinlich so ziemlich der erste in dieser Legislaturperiode.

Initiative zur dauerhaften Sicherung der medizinischen Versorgung in Schleswig-Holstein: Fehlanzeige. Das lange angekündigte Landeskrankenhausgesetz oder die Aufforderung an die Landesregierung, es endlich vorzulegen: Fehlanzeige. Eine lan-

deseinheitliche E-Health-Strategie zur komplementären Versorgungssicherung: Fehlanzeige.

Stattdessen kriegen wir etwas aufgewärmt, das wir in diesem Landtag schon x-mal diskutiert haben: Wir wollen eine **Bürgerversicherung**. - Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie führen an dieser Stelle eine ganz und gar selbstvergessene Debatte. Sie tun so, als wären die Kostensteigerungen, die Sie heute mit großen Krokodilstränen beweinen, eine große Überraschung. Erst wird der Leistungskatalog in dieser Legislaturperiode unter der Großen Koalition großartig ausgeweitet, und jetzt ist das Erstaunen groß, dass diese Erweiterung des Leistungskatalogs nicht zum Nulltarif zu haben ist. Oh potz Blitz, was für eine Überraschung.

Die **Ungerechtigkeiten**, die Sie heute beklagen, sind Folgen der **gesundheitspolitischen Entscheidungen**, die Sie, Herr Dr. Stegner, in dieser Legislaturperiode in Berlin getroffen haben und gegen die ich Sie - bislang jedenfalls - noch nicht habe protestieren hören.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Potz Blitz - gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Kollege Dr. Garg, mögen Sie gern dem interessierten Publikum erklären, gegen welche **Leistungsverbesserungen** für Patientinnen und Patienten Sie eigentlich sind? Was wollen Sie den Menschen gern vorenthalten?

Obwohl Sie hier ruhig dagesessen haben, haben Sie möglicherweise überhört, dass ich vorhin darauf hingewiesen habe, dass es ein Fehler der rot-grünen Politik gewesen ist, den ich damals kritisiert habe und den ich auch heute kritisiere. Sie können nicht sagen, das sei irgendwie vergessen und ich hätte das nicht in Erinnerung. Ich habe das hier selbst ausdrücklich gesagt: Man muss Fehler korrigieren. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie jedenfalls nicht Dinge kritisierten, deren Gegenteil gesagt worden ist.

- Sie hätten schon richtig zuhören müssen, Herr Gesundheitsexperte Dr. Stegner! Ich habe zunächst nur einmal die Entscheidungen in dieser Legislaturperiode kritisiert. Zu den Entscheidungen der ver-

(Dr. Heiner Garg)

gangenen Legislaturperioden komme ich noch. Wenn Sie sich setzen, können Sie dem auch weiter lauschen.

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Potz Blitz! - Weitere Zurufe)

- Ich bin noch immer noch bei dieser Legislaturperiode, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von SPD und CDU wird auf Bundesebene der Gesundheitsfonds geplündert, um den Bundeshaushalt zu sanieren. Dann werden Mittel von Beitragszahlern zweckentfremdet, um Mittel für die Krankenhausinfrastruktur auszugeben, was eigentlich originäre Daseinsvorsorge sein müsste.

(Wortmeldung Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident, lassen Sie mich den Satz bitte zu Ende formulieren. - Sie nennen es ernsthaft gerecht, was in dieser Legislaturperiode gesundheitspolitisch von Ihnen, Herr Dr. Stegner, beziehungsweise von Ihrer Partei auf Bundesebene zu verantworten ist? Jetzt beschweren Sie sich über die Auswirkungen dieser gesundheitspolitischen Entscheidung. Das verstehe, wer will.

(Beifall FDP)

Ja, ich gestatte eine Zwischenfrage der Kollegin von Kalben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, bitte.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Garg, ich bin hier nicht in der Rolle, die Große Koalition in Berlin verteidigen zu müssen. Insofern betrifft meine Frage tatsächlich etwas, das ich wissen möchte: Sie haben eben kritisiert, dass der Leistungskatalog ausgeweitet wurde. Mir stellt sich tatsächlich die Frage, welche der Ausweitungen Sie nicht gemacht hätten oder zurücknehmen wollen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Sämtliche **versicherungsfremden Leistungen** gehören nicht aus Beitragsmitteln, sondern aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Dazu gehört im

Übrigen auch die komplette Versorgung von Flüchtlingen mit medizinischen Leistungen. Kein einziger Euro dafür hätte aus Beitragszahlermitteln erstattet werden dürfen. Die kompletten Gelder hätten aus Steuermitteln finanziert werden müssen, Frau von Kalben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Und dann fordert die FDP Steuersenkungen? Das ist ja köstlich!)

Die größte Selbstvergessenheit - Dr. Stegner hat sich hier mehr oder weniger dafür entschuldigt; ich kann verstehen, dass Sie das nicht hören wollen - ist Folgendes: Im Rahmen der Agenda 2010 haben Sie selbst, Herr Dr. Stegner, für die Mitglieder der GKV, also für die Mitglieder, denen Sie heute mit Nächstenliebe beispringen wollen, mit dem damaligen Regierungspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen **Zusatzbeitrag**, den Sie heute bejammern, beklagen und über eine Bundesratsinitiative abschaffen wollen, damals in Höhe von 0,9 % mitbeschlossen. Ich kann verstehen, dass Sie heute davon nichts mehr wissen wollen.

Wenn Sie die bis zu 500 €, die das im Zweifel den Versicherten irgendwann einmal kostet, bejammern, will ich Sie an Folgendes erinnern: Sie nehmen einer durchschnittlich verdienenden Familie mit zwei Kindern 500 € im Jahr schlicht und ergreifend durch die kalte Progression und durch Ihre ungerechte Steuerpolitik in Berlin einfach weg, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP)

Vor diesem Hintergrund ist der heutige Antrag die pure gesundheitspolitische Heuchelei. Sie wissen ganz genau, dass Sie nichts damit bewirken, außer dass Sie in der Tat eine Art Vorlauf für den Wahlkampf präsentiert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich dem Thema wirklich annähern will und wenn man tatsächlich etwas ändern möchte - ich bin der Auffassung, dass man etwas ändern muss -, gilt es aus meiner Sicht, nur zwei sinnvolle Maßnahmen tatsächlich neu zu strukturieren.

Die erste Maßnahme ist, den **Gesundheitsfonds** konsequent abzuschaffen. Zweitens sollte die **Beitragsautonomie** den Krankenkassen wieder komplett zurückübertragen werden. Dann können wir uns auch gerne wieder über die Beitragsparität unterhalten.

Bevor Sie diesen Mut nicht haben, solche Forderungen hier aufzustellen, finde ich es gut, dass wir über diesen Antrag heute in der Sache abstimmen

(Dr. Heiner Garg)

können. Ich halte ihn wirklich für ein Feigenblatt, wie ich es schlimmer in den letzten Monaten von Ihnen hier nicht erlebt habe. Das ist kein Beitrag zur gesundheitspolitischen Versorgung in Schleswig-Holstein. Das ist auch kein Beitrag, liebe Frau Kollegin Bohn, zur gesundheitspolitischen Gerechtigkeit.

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Wenn Herr Stegner von Nächstenliebe redet, nehme ich an: Er liebt sich vor allem selbst, weil er sich selbst am nächsten ist.

(Birte Pauls [SPD]: Was soll denn das?)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Plön. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut ist, wenn man Fehler einsieht und wenn man sie korrigiert. Das nötigt Respekt ab. Die Konsequenz, mit der Sie das tun, nötigt mir auch Respekt ab. Das muss man ganz klar sagen. Das halte ich nicht für ein Feigenblatt, sondern ich finde vielmehr okay, wenn man das tut.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geschieht viel zu wenig und oft genug langsam, zu langsam.

Trotzdem muss man daran erinnern, wem wir die **Aufhebung der Parität** verdanken. Da hat der Kollege Jasper Recht. Er hat dazu gestanden. Ich zitiere aus den Ausführungen des DGB in seiner Stellungnahme zur Anhörung im Bundestag im Februar dieses Jahres:

„Im Jahr 2005 hat die SPD-B90/Grüne-Regierungskoalition die paritätische Beitragsfinanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) abgeschafft, angesichts der

Beteiligung des Bundesrates können wir auch von einer Allparteienkoalition in dieser Frage sprechen.“

(Beifall PIRATEN)

Nun rudern die einen zurück, und die anderen wollen dabei bleiben. Behandelt wurde das Thema übrigens im Februar auf Initiative der Fraktion DIE LINKE. In ihrem Beitrag findet sich eine nahezu identische Begründung, jedenfalls in einem Teil, was den Wettbewerb betrifft, den wir hier aus dem Koalitionsantrag ersehen. Auch die LINKEN sehen in der aufgehobenen Parität das Problem eines ungesunden Wettbewerbs, Herr Jasper. Der Wettbewerb wird so geführt - das zitiere ich aus dem LINKEN-Papier, was gar nicht falsch ist -:

„Die Wiedereinführung der Parität verringert den Preiswettbewerb der Kassen um junge, gesunde und gutverdienende Mitglieder, der durch die Zusatzbeiträge bislang gesetzt wird.“

(Beifall PIRATEN)

Sie waren dabei, als wir beim Verband der Ersatzkassen waren und der Professor den Vortrag zur Lage der Krankenversicherung und zu ihrer Einordnung in den TTIP-Verhandlungen hielt. Dabei hat er uns klar beschrieben, dass unsere gesetzlichen Krankenkassen in TTIP als private Wettbewerber betrachtet werden sollen, was sie nicht sein können. Diesen Wettbewerb noch einmal durch diese Sache zu verschärfen, halte ich für unangemessen und völlig falsch.

(Beifall PIRATEN)

Es gibt also einen breiten gesellschaftlichen Konsens von LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis hin zu meiner Partei, was das Thema angeht.

Die Gegenseite befürchtet den Verlust von Arbeitsplätzen und die Zunahme von Schwarzarbeit. Beide Annahmen - Herr Stegner hat das auch angeführt - haben sich bisher nicht als wahr erwiesen. Die Schwarzarbeit hat seit 2005 tatsächlich erheblich zugenommen. Die Ursachen dafür sind aber andere, wenn man Professor Schneider, dem Fachmann für Schattenwirtschaft aus Linz, Glauben schenken kann. Vor allem die Eigenheimzulagenabschaffung und die Erhöhung der Mehrwertsteuer haben für mehr **Schattenwirtschaft** und **Schwarzarbeit** gesorgt.

(Beifall PIRATEN)

(Wolfgang Dudda)

Heute erreicht uns die Nachricht, dass der VW-Konzern 30.000 Stellen und davon über 20.000 Stellen bei uns in Deutschland abbauen will. Das hat gewiss nichts mit Sozialbeiträgen zu tun, sondern mit rein unternehmerischen Fehlern und ist dem nicht anzulasten.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer in der Krankenversicherung? Das Geld wird an anderer Stelle dringend gebraucht. Wir haben explodierende Mieten. Die Altersvorsorge könnte man ins Auge fassen. All das ist viel wichtiger als das, was bisher dort eingeflossen ist. Das ist auch ungerecht.

Zum Thema **Bürgerversicherung** muss ich nichts ergänzen. Dafür ist meine Partei - genauso wie ganze Teile der linken Seite dieses Hauses. Ich finde es auch gut, dass die SPD zurückrudert. Man darf nicht vergessen, woher die Sozialversicherung kommt. Bismarck hat sie eingeführt, und zwar mit einer Parität von einem Drittel Arbeitgeber zu zwei Dritteln Arbeitnehmer. Das war schon damals eine soziale Beruhigungsspielle und nichts anderes. Denn das wurde seinerzeit in der Folge der Sozialistengesetze beschlossen, als man unbedingt den Zulauf zu den Sozialisten verhindern wollte. Das ist der Hintergrund. Die Einführung der **Parität** war der richtige Weg.

(Beifall PIRATEN)

Ich finde es gut, wenn der Irrweg in Richtung Bismarck beendet wird und endlich wieder die Parität eingeführt wird, die gerecht und gut für alle ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Wortbeiträge der Fraktionen sind abgeschlossen. Jetzt kommen wir zu den persönlichen Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Mal was von Nächstenliebe erzählen! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist beeindruckend!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil es ein

sehr merkwürdiger Beitrag war, den der Kollege Dr. Garg gehalten hat.

(Birte Pauls [SPD]: Das finde ich auch!)

Wenn wir nicht mehr das, was wir vor Jahren selbst kritisiert haben, wiederholen dürfen und wenn das Kritisieren im Übrigen auch für die eigene Bundespartei schmerzlich sein mag, weiß ich nicht, wo das Selbstbewusstsein geblieben ist. Dass Sie so etwas dann sozusagen auch noch hämisch kommentieren, verstehe ich nicht.

Etwas Zweites muss ich Ihnen noch sagen. Herr Kollege Dr. Garg, man kann darüber reden, ob wir **versicherungsfremde Leistungen** aus Steuermitteln bezahlen. Dazu passt dann aber schlecht, dass Sie für die Soli-Abschaffung sind, und dass Sie in der Regel auf Steuersenkungen plädieren und dass Sie eben nicht der Meinung sind, dass das so finanziert werden sollte.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch Ihre Durchschnittsfamilie mag eine Durchschnitts-FDP-Familie sein. Mit einem Durchschnittseinkommen in Deutschland hat das jedenfalls nichts zu tun, was Sie gerade gesagt haben, wirklich nichts.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oh ja! 35.000 im Jahr!)

Die meisten Menschen bezahlen überhaupt keinen Soli, weil er erst ab 4.000 € Familieneinkommen erhoben wird. Deswegen finde ich, dass das nicht in Ordnung ist.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Man sah doch in der Finanzkrise, wohin dieser kapitalgedeckte Unsinn mit Blick auf die Versicherungen führte.

Solidarität und Menschen für Menschen - das ist das beste Sozialversicherungsprinzip. Das brauchen wir bei allen Versicherungsarten, nicht nur bei der Krankenversicherung, sondern überall sonst auch.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte schön.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Stegner - -

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Könnten Sie bitte das Mikrofon wechseln? Die Batterie scheint leer zu sein. Es tut mir leid, aber die Batterie in Mikrofon Nummer 5 hat ihren Geist aufgegeben. Sie müssen es einmal beim Mikrofon Nummer 1 versuchen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich glaube, nicht nur die Batterie Nummer 5!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Um auch zu zeigen, dass ich meinen Geist noch lange nicht aufgegeben habe, wüsste ich gern, ob ich in meiner eigenen Rede etwas nicht mitbekommen habe. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich für die Kapitaldeckung in der gesetzlichen Krankenversicherung plädiert habe, sondern ich habe vielmehr davon gesprochen: Wenn man den Weg, den Sie gerade beschreiben, konsequent gehen wollte, müsste man der GKV wieder konsequent die Beitragsautonomie zurückgeben, und zwar nicht zu einem bisschen, sondern zu 100 %.

Von Kapitaldeckung habe ich in meinem Beitrag nicht ein einziges Wort erwähnt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, aber es geht um die Logik, mit der Liberale das kritisieren, was wir tun. - Ich wäre dankbar, wenn meine Redezeit angehalten würde.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das gibt einen Nachschlag.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das ist nett. - Das ist die Logik, mit der die Liberalen immer unsere Sozialversicherungspolitik kritisieren. Wenn wir sagen, dass wir die gesetzlichen Versicherungen stärken müssen, weil wir glauben, dass das die Sozialgemeinschaft sei, kommen Sie in der Regel mit Vorschlägen, die etwas mit der Kapitaldeckung zu tun haben. Wenn man die gesetzliche

Versicherung stärken will, bei zunehmenden Gesundheitskosten aufgrund demografischer Entwicklung, der Entwicklung von Krebsmedikamenten und anderen Dingen, geht das nur, indem man die steuerliche Unterstützung nicht absenkt, sondern sie eher verstärkt.

Die FDP gehört allerdings immer zu denjenigen, die fordern, den steuerlichen Zuschuss eher zu reduzieren statt zu erhöhen. Das habe ich angesprochen, weil man die Gesamtlogik sehen muss. Das war meine Antwort auf Ihre Bemerkung, Herr Kollege Dr. Garg.

Lassen Sie mich ein Letztes zum Thema Nächstenliebe sagen, Herr Kollege. Es stimmt, man kann andere nur dann lieben, wenn man sich auch selbst liebt. Insofern sollten Sie noch einmal darüber nachdenken, ob das, was ich dazu gesagt habe, nicht vielleicht doch wahr ist. Den Hinweis auf die Nächstenliebe habe ich in einen bestimmten Kontext gestellt: Es ist bitter, wenn in einer so reichen Gesellschaft wie der unsrigen der Begriff „Kinderarmut“ überhaupt im Wortschatz vorkommt. Es kann nicht richtig sein, dass wir ernsthaft darüber reden müssen, wie wir die Integrationskosten für Flüchtlinge aufbringen können. In diesem **reichen Deutschland** muss es möglich sein, **Solidarität** derjenigen, die gesund sind, mit denjenigen, die krank sind, derjenigen, die Arbeit haben, mit denjenigen, die keine Arbeit haben, derjenigen, die jung sind, mit denjenigen, die älter sind, zu organisieren. Das ist jedenfalls der Anspruch meiner Partei. Ich denke, das findet sich auch im Grundsatzprogramm der Freien Demokratischen Partei.

Dies in der Praxis anzuwenden, Herr Kollege, hat viel mit Nächstenliebe zu tun. Ich möchte bei dem vielen, was mir dort sympathisch ist, nicht Verhältnisse haben wie in den Vereinigten Staaten; das ist mir weiß Gott unsympathisch. Wir als reichstes und größtes Land in Europa können zeigen, dass wir in der Lage sind, Solidarität auch praktisch zu organisieren. Darauf wollte ich gern hinweisen. Ich glaube, das war wichtig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. - Dann hat jetzt die Landesregierung das Wort. Das Wort hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mit dem vorliegenden Antrag wird etwas aufgegriffen, was mich und die gesamte Landesregierung seit Längerem umtreibt: Der **Zusatzbeitrag** führt nämlich zu mehr Kassenwettbewerb gerade um die gesunden und die einkommensstarken Versicherten, aber nicht zu besserer Gesundheitsversorgung. Das halte ich in der Tat für einen klassischen **Fehlansatz**. Es muss Sorge bereiten, dass die Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen die Geringverdiener und die Mittelschicht stärker treffen als diejenigen, die von der Beitragsbemessungsgrenze profitieren.

Unsere **GKV** gilt weltweit als eines der leistungsfähigsten und gerechtesten Absicherungssysteme - ich finde, zu Recht. Diese Einschätzung gilt trotz des richtigen Befundes, dass sie eine Dauerbaustelle darstellt. Die solidarische Krankenversicherung hat sich in mehr als 130 Jahren bewährt. Genau mit diesem Charakter - als tatsächlich **solidarische Versicherung** - ist sie auch zu bewahren.

Wir alle sind aufgrund des Solidarstaatsprinzips und der Schutzpflicht für Leben und Gesundheit aller Mitbürgerinnen und Mitbürgern verpflichtet, ein funktionierendes System der Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Dazu gehört es, dass die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen nachhaltig stabilisiert und gerecht gestaltet wird. Grundprinzip der gerechten Finanzierung war seit Gründung der GKV im vorletzten Jahrhundert, dass die **Beiträge** zur Krankenversicherung von **Arbeitnehmern und Arbeitgebern** gemeinsam gezahlt werden. Davon wird seit dem Jahr 2005 mit dem sogenannten Zusatzbeitrag abgewichen, der nichts anderes bedeutet, als dass der Kostenanteil der Arbeitgeber gedeckelt wird und der der Arbeitnehmer umso deutlicher steigen muss. Ich halte das für eine soziale Unwucht und glaube, dass viele Menschen im Land das genauso sehen.

Es ist Zeit für eine gerechte Finanzierung unseres Gesundheitssystems und für mehr Solidarität in unserem Gesundheitswesen. Die vollständig paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge durch Arbeitgeber und Versicherte gehört dazu. Dies gilt umso mehr, als viele Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge erheblich anheben. Zusatzbeiträge schmälern das verfügbare Einkommen der Versicherten ohne erkennbaren Gegenwert. Zusatzbeiträge bedeuten eine stille Minderung von Renten und Löhnen. Zusatzbeiträge führen zu einem Preiswettbewerb, der insbesondere alte, kranke und behin-

derte Menschen benachteiligt. Leider lautet die Prognose, dass die **Zusatzbeiträge**, die eben von den Versicherten allein bezahlt werden müssen, in den kommenden Jahren erheblich steigen werden.

Ich bin davon überzeugt: Wenn die Finanzierung der GKV demografiefest werden soll, wird sich die Seite der Arbeitgeber daran wieder voll paritätisch beteiligen müssen. Das wäre auch ein Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, der nach der Wahrnehmung vieler Menschen unter der Relativierung von Solidarprinzipien leidet. Das muss man ernst nehmen, und das nehmen wir ernst.

Ein Nebeneffekt der **Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung** wäre, dass die Diskussion über eine langfristig stabile, sichere und gerechte Finanzierungsbasis unseres Gesundheitswesens, etwa eine Bürgerversicherung, wieder in Schwung käme. Es ist höchste Zeit, die Fehlentwicklung der GKV-Finanzierung ins Lot zu bringen. Schleswig-Holstein hat sich bereits im Januar dieses Jahres einem entsprechenden Entschließungsantrag zur Wiederherstellung der vollständig paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge angeschlossen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Volker Dornquast [CDU]: Was soll dann dieser Antrag heute?)

Wir stehen für die paritätische, solidarische Finanzierung des Lebensrisikos Krankheit. Dies ist einer der Grundpfeiler eines solidarisch verfassten Gemeinwesens. Was Deutschland in vielen Jahrzehnten erfolgreich und zum internationalen Vorbild gemacht hat, lässt sich auf zwei Begriffe bringen: eine starke soziale Marktwirtschaft und ein starker, gerecht finanzierter Sozialstaat. Beides, meine sehr geehrten Damen und Herren, gilt es zu sichern. Die paritätische GKV-Finanzierung gehört dazu. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Eine Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden, wohl jedoch eine Abstimmung in der Sache. Deswegen stimmen wir in der Sache über den Antrag Drucksache 18/4841 ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Piratenfraktion. Wer ist gegen die-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

sen Antrag? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 14:

Baustellenkoordinator für Norddeutschland

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4820

Länderübergreifende Baustellenkoordination stärken

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4886

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann spricht für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anbetracht des enormen Sanierungsstaus ist jede Baustelle erst einmal eine gute Nachricht - eigentlich. Aber wir alle kennen es: Die Verkehrsmeldungen im Radio sind derzeit oft länger als die Nachrichtmeldungen. Die Freude über kilometerlange Baustellenabschnitte mit Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Streckensperrungen aufgrund kleinerer oder größerer Maßnahmen hält sich bei den Verkehrsteilnehmern erfahrungsgemäß in sehr engen Grenzen. Gerade zu den täglichen Stoßzeiten, zum Ferienbeginn oder zum Bettenwechsel sind unsere Straßen ohnehin stark belastet. Baustellen sorgen zusätzlich für lange Staus sowie Ärger und Frustration bei den Autofahrern. Es gilt also, die einzelnen Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen und möglichst sinnvoll im Jahreskalender zu platzieren. Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen deshalb heute vor, für **Norddeutschland** einen gemeinsamen **Baustellenkoordinator** zu installieren.

Ich räume ein, dass nicht ich selbst auf diese, wie ich finde, sehr gute Idee gekommen bin. Wir greifen in unserem Antrag eine Forderung des ADAC auf. Ich hoffe, dass sie trotzdem mehrheitsfähig ist.

Vorbild ist natürlich der A-7-Baustellenkoordinator. Man muss aber nicht nur bei diesem Mammutprojekt für eine bessere Koordination sorgen, sondern auch bei den vielen kleineren Maßnahmen in unserem Land. Das gilt insbesondere für den Groß-

raum Hamburg, aber auch für den norddeutschen Raum insgesamt - übrigens auch innerhalb der eigenen Landesgrenzen.

Auch wenn uns der A-7-Koordinator als Vorbild dient, schwebt uns hierfür kein pensionierter Staatsrat vor, sondern eher eine länderübergreifende Abteilung der einzelnen Landesstraßenbaubehörden. Es geht nicht darum, Kompetenzen abzutreten. Ziel ist vielmehr die Schaffung einer **gemeinsamen Koordinierungsstelle** mit Verkehrsexperten, die alle Baumaßnahmen in den norddeutschen Bundesländern, die in Bearbeitung oder in Planung sind, im Blick haben, koordinieren und vermeidbare Staus vermeiden.

Unser Vorschlag würde übrigens kaum Geld kosten, aber viel Frustration und Abgase vermeiden. Natürlich würden auch viel Zeit und Geld gespart. Die volkswirtschaftlichen und die Umweltschäden durch unnötige Staus sind gewaltig.

Den **Änderungsantrag** der **Koalition** finde ich sehr interessant. Herr Dr. Tietze, Sie bringen darin im Wesentlichen zum Ausdruck, dass auch Sie der Auffassung sind, dass unser Antrag richtig ist. Sie wollen unserem Antrag wahrscheinlich nur aus ästhetischen Gründen nicht zustimmen. Dass es Ihnen nur um Gesichtswahrung geht, erkennt man insbesondere an der Stelle, an der Sie schreiben, dass Sie auch zukünftig eine enge **Abstimmung im Baustellenmanagement** als notwendig erachten und das Baustellenmanagement mit Hamburg fortsetzen und weiterentwickeln wollen. Bisher ist mir nicht aufgefallen, dass es so etwas gibt. Vielleicht können Sie gleich erläutern, was auf diesem Gebiet bisher schon stattfindet.

Wer sich näher mit der Realität beschäftigt, wird unvermeidlich feststellen, dass bereits innerhalb unserer Landesgrenzen beim Baustellenmanagement noch sehr viel Luft nach oben ist.

Ich nenne drei Beispiele: Das Erste ist das Beispiel der **Region Rendsburg**, wo zeitweise gleich mehrere Maßnahmen des Landesbetriebes mit denen des Bundes kollidiert sind. Der Bund ist ja zuständig für den Rendsburger Kanaltunnel. Dann ist auch noch ein Schiff gegen die Schwebefähre gefahren. Zeitgleich haben Kommunen Maßnahmen in der Region getroffen, sodass man teilweise nach Rendsburg weder rein noch raus kam.

Wolfgang Baasch, weil Sie gerade hier sind, möchte ich das Beispiel **Lübeck** nennen. Hier werden marode Brücken saniert, und zeitgleich werden um Lübeck herum mehrere Maßnahmen durchgeführt, bei denen man sich auch die Frage stellen muss: Ist

(Christopher Vogt)

es eigentlich notwendig gewesen, das alles gleichzeitig zu machen?

Meine Damen und Herren, besonders interessant finde ich das Beispiel der beiden **Bundesstraßen**, die beide im **Norden aus Kiel** herausführen beziehungsweise nach Kiel hineinführen. Beide Bundesstraßen werden derzeit zeitgleich saniert. Auch hier fragt man sich, wer sich das eigentlich ausgedacht hat.

Herr Dr. Tietze, wer hier allen Ernstes behauptet, wir haben ein funktionierendes Baustellenmanagement, der muss viel von zu Hause aus arbeiten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, ich habe dies ja provoziert.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. Ich will gar nicht so provozierend auf Ihren Redebeitrag eingehen. Mich umgibt die Frage, wie Sie das praktisch machen wollen. Wollen Sie jetzt jede Gemeindebaustelle mit dem Koordinator absprechen? Der fliegt ja dann durch das Land. Wenn man so durch Schleswig-Holstein fährt, dann haben wir eine ganze Menge an Baustellen. Jetzt fährt er noch nach Braunschweig und vielleicht noch in benachbarte Bundesländer. Der arme Mann, die arme Frau. Wie soll das gehen? Sie gehen ja runter bis auf die Ortsebene. Wie soll er das leisten? In Ihrer Gemeinde gibt es wahrscheinlich auch noch Baustellen, die koordiniert werden müssen. Wie wollen Sie das bewerkstelligen?

- Herr Dr. Tietze, wissen Sie, es ist ein Problem, wenn man sich zu Wort meldet, aber eben zwei Minuten lang mit Herrn Matthiessen gesprochen hat, in denen ich das gerade erklärt habe. Ich weiß nicht, soll ich das jetzt noch einmal erklären?

(Beifall FDP)

Sie können es sich aussuchen: Soll ich Ihnen das noch einmal erläutern, oder wollen Sie das im Nachhinein nachlesen? Sie haben ja noch ein paar Minuten Zeit, bis Sie reden müssen. Ich gebe Ihnen sonst meine Rede.

(Beifall FDP)

Herr Dr. Tietze, zuhören hilft manchmal. Wie gesagt, der Sanierungsstau ist gewaltig. Die **Zahl der Baustellen** - Herr Dr. Tietze, hören Sie gut zu! - wird in den nächsten Jahren so oder so noch weiter zunehmen, auch wenn die Grünen weiterregieren sollten. Gleichzeitig wird sich laut aller Prognosen das **Verkehrsaufkommen** noch weiter erhöhen. Das gilt gerade für Hamburg und das Umland. Die Wirtschaft des Landes, die vielen Pendler und auch die Touristen, die erfreulicherweise jedes Jahr sehr zahlreich zu uns strömen, sind schon jetzt ziemlich genervt. Helfen wir all diesen Menschen, indem wir durch eine bessere Koordinierung dazu beitragen, unnötige Staus zukünftig zu vermeiden. Ich bin davon überzeugt, dass man hier mit wenig Aufwand sehr viel erreichen kann. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit, ich danke auch Ihnen, Herr Dr. Tietze.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Tietze, es ist empfehlenswert, von Anfang an zuzuhören, dann kann man sich einmischen. Ansonsten gibt es ein Schlagwort, das ich hier jetzt nicht äußern will, weil es unparlamentarisch ist.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Fuchs hat mit seinem Team bei uns in Schleswig-Holstein einen tollen Job bei den Baumaßnahmen entlang der A 7 gemacht. Das Baustellenmanagement hat funktioniert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Er hat dazu beigetragen, dass der Verkehr zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein deutlich besser fließt, als das selbst Optimisten zu Beginn dieser Baumaßnahmen erwartet hätten.

Die CDU ist für eine abgestimmte **Verkehrs- und Baustellenkoordination** der Länder. Das ist für uns allerdings auch ein Thema, das eigentlich im Wirtschaftsausschuss hätte diskutiert werden können. Es hätte nicht unbedingt ins Parlament gemusst.

(Hartmut Hamerich)

(Christopher Vogt [FDP]: Dann kannst du auch mal reden!)

- Im Wirtschaftsausschuss kriege ich das auch hin, das ist nicht das Problem! - Es gibt allerdings ein Problem, das wir dabei haben. Wir haben keine Baureife, weder für die A 20 noch für die A 21 oder der B 5, und wir unterhalten uns schon darüber, wie die geplanten Straßenbaumaßnahmen bestens zu koordinieren sind. Ich glaube, wir sind hier etwas zu früh. Grundsätzlich finde ich, dass wir uns erst einmal um die **Baureife** von Bundesstraßen und Autobahnen kümmern sollten und dass die Landesregierung hier auch nicht aus der Pflicht entlassen werden kann.

(Beifall CDU)

Herr Minister, die Landesregierung hat jetzt mit der **Nachschiebeliste** reagiert. Im Bereich der Planung sollen beim LBV-SH 30 zusätzliche Stellen besetzt werden. Sollten wir wider Erwarten doch einmal Projekte zur Baureife bringen, und das müssten dann schon viele sein, dann wird auch der Baustellenkoordinator nötig.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Wir unterstützen die Regierungen der fünf norddeutschen Länder gern, die ein System für eine länderübergreifende Koordinierung von Baustellen auf Bundesfernstraßen und direkt anschließenden Landesstraßen zu entwickeln haben. Wir müssen aber schon feststellen, warum wir diesen **Koordinator** brauchen. Der Grund ist der **Planungsstau**. Den hat diese Landesregierung zu verantworten, niemand sonst.

(Beifall CDU)

Es ist auch klar: Wenn man nicht ständig Projekte realisiert, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass am Ende alle gleichzeitig bauen wollen. Dadurch gibt es dann die Koordinierungsschwierigkeiten. Die Verkehrsinfrastruktur ist bereits heute vielerorts hoffnungslos überlastet. Dies hätte in Kombination mit den nachzuholenden Infrastrukturmaßnahmen fatale Konsequenzen für die Menschen und die Wirtschaft im Norden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, Sie haben die Erlaubnis, jetzt eine Bemerkung zu machen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Kollege, ich will das verstehen. Sie haben die Planung kritisiert, Sie wollen auf der anderen Seite aber die

Baustellen. In diesem Land wurde noch nie so viel gebaut wie jetzt. Das Problem ist doch nicht die Planung, sondern das Problem ist, dass wir jetzt viele Baustellen haben. Das liegt unter anderem daran, dass diese Landesregierung sehr viel Geld in die Hand genommen hat für die Landesstraßen, es sind 45 Millionen €.

Sie sagen: Kommt in die Puschen, baut. - Jetzt bauen wir, und Sie fordern eine Koordinierung. Ich kann es sogar nachvollziehen, dass diese besser werden muss. Jetzt werfen Sie uns aber gleichzeitig vor, wir hätten falsch geplant. Das müssen Sie auflösen. Das verstehe ich nicht. Entweder haben wir gut geplant, oder wir haben schlecht geplant. Wichtig ist doch, dass saniert wird.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Es geht hier um die **länderübergreifende Koordinierung**, die in erster Linie bei dem Ausbau von Bundesstraßen und Bundesautobahnen zum Tragen kommt. Deswegen heißen die auch so. Diese sind nicht an der Landesgrenze beendet. Hier brauchen wir die länderübergreifende Koordinierung solcher Maßnahmen. Dass Landesstraßen saniert werden, ist nicht unbedingt im Zusammenhang mit der Planung zu sehen. Das sind Reparatur- und Sanierungsarbeiten, aber keine Neuplanungen. Wir sehen wirklich eine vordringliche Notwendigkeit für den Fernstraßenausbau.

(Beifall CDU)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich darf noch einmal nachfragen? - Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie keine Koordinierung für die Landesstraßen wollen?

- Wir brauchen eine Koordinierung, die übergreifend tätig wird, damit wir solche Probleme, wie wir sie möglicherweise in einigen Regionen haben, weil planlos Bauvorhaben begonnen wurden, was zu zusätzlichen Staus geführt hat, nicht haben. Hier brauchen wir eine Koordinierung auch in Verbindung mit den Landesstraßen.

Ich fasse also zusammen: Inhaltlich ist es richtig, einen überregionalen **Baustellenkoordinator** einzusetzen. Der **Zeitpunkt** dürfte noch etwas verfrüht sein, weil wir noch nicht so sehr betroffen sind. Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Verantwortung für die übergeordnete Verkehrsinfrastruktur

(Hartmut Hamerich)

tur ernst genommen. Sie hat den Ankündigungen Taten folgen lassen.

(Beifall CDU)

Sie hat im Bundesverkehrswegeplan bis zum Jahr 2030 eine zusätzliche Ausstattung von insgesamt 20 Milliarden € hinterlegt, weil diese Mittel jetzt überrollbar sind und damit im System bleiben.

Deshalb liegt die Verantwortung jetzt beim Land. Wir haben es gehört, 30 zusätzliche Planer sind angekündigt. Ich hoffe, dass wir die auch bekommen und dass es nach diesen Ankündigungen zu Baureife kommt, sodass wir dann baulich in der Verkehrsinfrastruktur weiter nach vorn kommen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich vermute, als einziges Mitglied des Parlaments darf ich mir bei der **A-7-Baustelle** jeden Tag den Baufortschritt an der kompletten Strecke der Autobahn anschauen.

(Volker Dornquast [CDU]: Protest, ich auch!)

- Nein, werter Kollege Dornquast, soweit ich weiß, fahren Sie irgendwo im Bereich Kaltenkirchen Henstedt-Ulzburg auf die Autobahn. Ich starte 25 bis 30 km weiter südlich.

Bis auf wenige Ausnahmen muss ich attestieren, dass der **Verkehrsfluss** auf der Baustelle wirklich gut funktioniert. Dazu beigetragen hat sicherlich auch der jetzige Baustellenkoordinator, der ehemalige Staatsrat Gerhard Fuchs. Herr Fuchs hat am 1. April 2014 auf Anregung der Hamburger und unserer Landesregierung die Aufgabe übernommen und vielfach zu einer guten Abstimmung bei einem wirklich komplexen Bauvorhaben beigetragen. Herr Fuchs wird Ende des Jahres diese Aufgabe abgeben und darf sich - ich denke, mit 73 Jahren dann auch verdient - zurückziehen.

Bereits am 10. März dieses Jahres haben wir zu einem FDP-Antrag, Herr Kollege Vogt, der sich mit dem Thema eines A-20-Baustellenkoordinators befasste, debattiert. Heute wieder ein Antrag, der nun einen gemeinsamen Baustellenkoordinator für eine

Region von Flensburg bis südlich von Göttingen und von Rügen bis Bremen und eigentlich bis Os nabrück fordert. Über die Autobahn von Ost nach West ist das übrigens eine Strecke von 521 km. Ich hatte jetzt nicht den Eindruck, dass Herr Fuchs gar nicht wusste, was er zu tun hatte. Sein Aufgabefeld umfasste die Schnittstelle auf der A 7 zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein.

Ihr Antrag entspricht einem Wunsch des ADAC. Nein, nicht ganz richtig, denn dieser beschränkt sich nur auf Teile Ihres Antrags, denn Teile einzelner Bundesländer fehlen und auch das Land Bremen. Sie wollen nun einen Koordinator bestellen, der eine Fläche der kompletten Königreiche Niederlande und Dänemark zusammen betreuen soll. Selbst die Fläche von ganz Österreich ist kleiner als die von Ihnen vorgesehene zu koordinierende Fläche.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Aber sicher.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Kollege Vogel, ich glaube, ich muss ein Missverständnis ausräumen, das bei Ihnen offenbar besteht.

Ich hatte eben nicht gesagt, dass wir wie bei der A 7 einen einzelnen pensionierten Staatsrat nehmen sollten, der mit ein paar Bürgermeistern oder Landräten spricht, sondern dass man sich das vielmehr so vorstellen muss, dass man aus den einzelnen Landesstraßenbaubetrieben Verkehrsexperten zu einer Art **Koordinierungsstelle** zusammenbringt und dass die dann gemeinsam die angemeldeten Maßnahmen koordinieren und steuern.

Insofern geht, glaube ich, Ihr Vorwurf, das würde ein einzelner älterer Herr nicht schaffen, ein Stück weit ins Leere. Ich habe das eben schon ausführlich erläutert, auch schon dem Kollegen Tietze vorhin, der das ja leider nicht mitbekommen hat.

Kai Vogel [SPD]:

Der vor mir sprechende Kollege Hamerich sagte, das beschränke sich nicht nur auf Autobahnen, sondern beziehe sich auf alle Straßenbaumaßnahmen, die in den Bundesländern durchgeführt würden, also auch auf Landesstraßen und Bundesstraßen - wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Hamerich. Wenn Sie, Herr Kollege Vogt, in Ihrem Antrag einen Baustellenkoordinator fordern, und man muss das dann an einer Person festmachen, dann ist das, glaube ich, bei der Antragsformulierung, die Sie gewählt haben, nicht ungewöhnlich.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das habe ich aber nicht gesagt!)

- Ja, da gebe ich Ihnen recht! Sie haben das anders dargestellt. Aber dann müssen Sie es auch anders beantragen. Hier geht es ja nicht um das, was Sie hier gesagt haben, sondern um Ihren Antrag. Es geht also um eine einzige Person für diese Distanz von 521 km sowie für die Strecke von Ost nach West oder von Nord nach Süd. Ich kann es jetzt nur aus dem Bauch heraus sagen: 350 bis 450 km dürften dies auch sein.

Ich weiß, dass es in Mecklenburg-Vorpommern zurzeit 46 Baustellen gibt, die vom Landesamt aktuell durchgeführt werden. Es gibt 175 Baustellen, die auf der Homepage von Niedersachsen ausgewiesen sind. Wie viele es im Fall von Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein in der Gesamtheit sind, kann ich gar nicht sagen. Aber ich tippe einmal darauf, dass es mehr als 500 **Baustellen** sind, die im Augenblick von den **Bundesländern** betreut werden. Jetzt davon auszugehen, dass eine Person oder gegebenenfalls die Koordinierung einzelner Abteilungen in der Lage wären, eine Baustelle zu koordinieren, dann weiß ich nicht, was Sie in Ihrem Kopf geplant haben.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Ich glaube, der Kollege Hamerich hatte schon im Vorwege eine Frage an mich erbeten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie, Herr Hamerich, waren zuerst am Saalmikrofon. Deshalb haben Sie jetzt das Wort. Herr Vogel hatte Ihnen ja schon das Wort eingeräumt.

Hartmut Hamerich [CDU]: Sehr verehrter Herr Kollege Vogel, die Stellungnahme der CDU dazu ist nicht Koordinierung von jeder Gemeindestraße bis zur Autobahn. Wir sagen vielmehr, das Fernstraßennetz ist zu koordinieren. Wenn wir dann einen Anschluss an

eine Autobahn oder eine Bundesstraße oder eine Landesstraße haben, die offen ist, dann muss diese Straße eingeschlossen sein. Sonst macht das ganze System keinen Sinn. Wir sagen also: Fernstraßennetz.

(Beifall CDU)

Kai Vogel [SPD]:

Ich sprach auch nicht von den Gemeindestraßen. Auf die Frage des Kollegen Tietze, ob Sie denn auch die Landesstraßen, die Bundesstraßen oder die Autobahnen einbeziehen wollten, haben Sie gesagt: „Ja, in dem Moment, wenn sie eine vernetzende Rolle zwischen zwei Bundesländern haben“.

Wenn ich mir jetzt das Bundesland Schleswig-Holstein anschau und die Vernetzungen, die sich zwischen den einzelnen Bundesländern befinden, dann weiß ich definitiv: Da gibt es die A 7 mit einer Vernetzung nach Hamburg und Niedersachsen. Wenn wir dann deutlich weiter gehen nach Westen, dann wissen wir, da ist viel Elbe, Elbe, Elbe, und irgendwann kommt dann mal die A 20. Zurzeit gibt es da aber keine Straßenverbindung, die koordiniert werden müsste. Dann gehe ich auf der anderen Seite gen Osten hoch. Das ist jetzt ein bisschen komplizierter, weil es auch durch Hamburg geht, und da mögen auch noch einzelnen Bundesstraßen sein, die am Ende in die Autobahnen bei den Elbbrücken münden, von denen ich jetzt gar nicht genau weiß, wie die heißen. Jedenfalls ist das die nächste Verbindung, die es dann noch gäbe. Dann gibt es im Bereich Wilhelmsburg im Hafensbereich noch Möglichkeiten, über die Elbe zu kommen. ansonsten gibt es gen Osten nicht so richtig etwas.

Also Ihre Vorstellung, dass all diese sich vernetzenden Straßen im Fall eines Baustellenmanagements miteinander koordiniert werden müssten, reduziert sich bereits auf ganz wenige. Das ist auch der Blickwinkel, den ich auf Ihre Feststellungen tätigen wollte. Ich weiß ja nicht, was Herr Vogt gleich noch fragen wird.

Sie schaffen dort eine Fläche, die Ihres Erachtens zu koordinieren ist, auf der es teilweise noch nicht einmal Landesgrenzen zwischen einzelnen Bundesländern gibt. Es gibt jedenfalls keine Landesgrenze zwischen Schleswig-Holstein und Bremen. Ich weiß nicht, was die Landesregierungen von Bremen und Schleswig-Holstein da in irgendeiner Weise bei Baustellen koordinieren sollen, unabhängig davon, ob es eine Autobahn, eine Bundesstraße oder was auch immer ist. Ich glaube nicht, dass eine Erschwerung der Verkehrssituation in Bremen in ir-

(Kai Vogel)

gendeiner Art und Weise zu einer Veränderung der Verkehre in Schleswig-Holstein führt. Deswegen, muss ich sagen, macht Ihr Antrag keinen Sinn.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Erlauben Sie jetzt eine Anmerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Natürlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Vogel. - Ich versuche es noch einmal im Guten.

(Heiterkeit)

Danach gibt es ja noch weitere parlamentarische Möglichkeiten, zur Ordnung zu kommen.

Aber, Herr Vogel, im Ernst: Ich habe das jetzt alles zur Kenntnis genommen. Sie wollen das nicht und haben hier auch einen Änderungsantrag gestellt. Ich weiß nicht, ob Sie noch in Erinnerung haben, was Sie da unterschrieben haben.

Kai Vogel [SPD]:

Ja, aber der taucht ja hier nicht auf.

- Er kommt ja vermutlich aus dem Ministerium. Das sieht man ja schon an der Schreibweise.

(Lachen CDU)

Darin ist ja sozusagen die Bestätigung enthalten, dass es ein Problem gibt und dass **Handlungsbedarf** besteht. Ich glaube, wir sind in der Sache gar nicht so weit auseinander. Sie versuchen hier ein bisschen, eine Art künstlichen Konflikt heraufzubeschwören. Noch einmal: Es macht immer Sinn, sich mit dem zu beschäftigen, was die Vorredner gesagt haben, nicht mit dem, was der Referent einem auf den Zettel geschrieben hat. Man sollte bei der Beratung also schon etwas flexibler sein.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Zurufe SPD)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen. - Ja, ich glaube, das war angebracht.

(Zurufe SPD)

Ich weiß, ich habe mich in Rage geredet. Aber ich wollte noch einen letzten Punkt ansprechen. Ich hatte ja nicht aus Jux und Dullerei zwei Beispiele genannt, nämlich Rendsburg, wo eben der Bund auch noch als Verkehrsbehörde ins Spiel kommt, und eben auch die Kommunen, sodass das natürlich auch auf der unteren Ebene regional abgestimmt werden muss. Auch in Lübeck haben wir kommunale Maßnahmen und beispielsweise auch die Baustelle auf der A 20, die miteinander problematisch wirken. Insofern ist es durchaus sinnvoll, wenn man eine bessere Koordination macht, diese norddeutschlandweit zu machen, speziell für den Großraum Hamburg, und dann eben auch auf die kommunale Ebene schaut, weil sich das oft zwischen den verschiedenen Behörden doch sehr beißt.

Kai Vogel [SPD]:

Punkt eins. Ich weiß, dass ich den Text selber geschrieben habe. Ich kann Ihnen zwar die Fingerabdrücke auf meinem Laptop nicht zeigen, aber als ehemaliger Deutschlehrer bin ich in der Lage, Texte so zu formulieren, dass man am Ende den Eindruck hat, sie sind vernünftig formuliert.

(Beifall SPD)

Punkt zwei. Ich gestehe durchaus ein, dass bei uns hier und da auch Referenten auf die Reden schauen. Aber diese Rede hier habe ich gestern Abend selbst geschrieben. Deshalb können Sie mir nicht vorhalten, dass mein Referent mir das aufgeschrieben hätte. Ich weiß, wovon ich rede. Ich gebe zu, dass ich bei den frei gehaltenen Reden jetzt nicht von meinem Manuskript ablese. Das sehen Sie mir vielleicht nach.

Punkt drei. Ich kann immer noch nicht nachvollziehen, was die Landesregierungen von Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen bei dem wirklich bestehenden Problem der Querung des Nord-Ostsee-Kanals oder des Tunnels unter dem Nord-Ostsee-Kanal bei Rendsburg in irgendeiner Art und Weise koordinieren sollen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Ich kann auch Ihre Nachfragen in keiner Weise nachvollziehen. Tut mir leid.

(Kai Vogel)

Ich glaube, dass Sie meinen Ausführungen haben entnehmen können, dass wir Ihren Antrag nur ablehnen können. Mit unserem **Änderungsantrag** haben wir das Aufgabenfeld so beschrieben, dass es für ein **Baustellenmanagement** Sinn macht. Im Baustellenbereich der A 7 wird bei uns noch bis zum Jahr 2018 gebaut, irgendwann schließt sich dann der sechsspurige Ausbau der A 23 an. In Hamburg folgt die Überdeckelung der A 7, und gen Süden geht es weiter - das wissen auch Sie - über Moorburg und Heimfeld nach Niedersachsen. Dort münden die Maßnahmen auf der A 7 in die A 261, wo ebenfalls saniert oder ausgebaut wird.

Hier macht ein sinnvolles Baustellenmanagement Sinn, weil die Bundesländer untereinander von der Baustellensituation betroffen sind, wenn es dort zu einzelnen Verkehrsbehinderungen kommt, die gegebenenfalls Auswirkungen nördlich oder südlich des Elbtunnels haben. Diesen Wunsch teilen im Übrigen auch die Regierungsfractionen der Hamburger Bürgerschaft.

Liebe FDP, eine **Koordinierung** kann wirklich nur dann klappen, wenn eine **Zusammenarbeit** gewünscht ist, und nicht, weil eine kleine Fraktion verordnet, welche beiden Bundesländer oder welche Bundesländer generell zusammenzuarbeiten haben. Sie wissen, dass unsere Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg mittlerweile viele Früchte trägt. Ich erinnere nur an das gerade beschlossene Gastschulabkommen und den gerade eingerichteten gemeinsamen Ausschuss sowie an den geplanten Bau der S 21 und der S 4. Dies sind einzelne Projekte, die uns noch enger verbinden. Ein Ausbau des gemeinsamen Baustellenmanagements ist hier ein richtiger Schritt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Vogt, ich rede jetzt frei, damit Sie mir nicht vorwerfen, ich würde hier eine Rede des Ministeriums halten.

Was ist das Problem? Sie sind mit Ihrem Antrag anscheinend ein wenig auf Sicht gefahren. Sie haben in dem Antrag von dem Koordinator gesprochen. In

Ihrer Rede sind Sie dann von dem Koordinator zur Koordination umgeschwenkt. Scheinbar ist es so: Man liest die ADAC-Zeitung - ich habe sie auch gelesen -, in der gesagt wird, es wäre doch nett, wenn es in Deutschland so etwas gäbe. Da denkt sich der Vogt: Super, mach ich mal einen Antrag daraus.

Dann ist aber die Frage im Raum: Ja, wie denn jetzt? Die Koordinierung hängt von verschiedenen Bedingungen ab, lieber Herr Kollege Vogt. Zunächst werden Sie mir doch zugestehen, dass es im Hinblick auf die Koordinierung ein Unterschied ist, ob es sich um einen Raum handelt, in dem viel Verkehr ist, in dem 100.000 Menschen am Tag fahren, oder ob es eine Region ist, in der vielleicht 10.000 oder 5.000 Menschen unterwegs sind.

Dann ist auch die Frage der Witterungsabhängigkeit von Bedeutung. Man kann nicht im Winter bauen, sondern nur zu bestimmten Zeitfenstern, nämlich im Frühjahr und im Sommer, wenn das Wetter gut ist. Auch das ist bei der Baupolitik zu beachten, dass man eben nicht unbedingt dann bauen kann, wenn man bauen möchte.

Natürlich braucht man dazu Geld. Auch das ist eine wichtige Frage. Ich habe ja gesagt, die Landesregierung hat 45 Millionen € in die Hand genommen. Das zu Ihrem ständigen Vorwurf hier im Landtag, wir täten ja nichts. Jetzt tun wir etwas. Es ist also mehr im System. Daher gibt es auch mehr **Baustellen**.

Was erleben wir jetzt tatsächlich im Raum der A 7? Da erleben wir, dass die Koordinierung durch einen Koordinator in einem der größten Autobahnbauprojekte, die ich jedenfalls in 2016 kenne, erfolgreich abgelaufen ist. Warum ist das erfolgreich abgelaufen? Weil der Mann Erfahrung mitgebracht hat, weil er die richtigen Leute zusammengebracht hat und weil er vor allen Dingen moderne Informationstechnologie - smartphonegesteuerte Lenksysteme, Hinweissysteme und so weiter - organisiert hat. Es hat sich gezeigt: Wenn man **Koordinierung** wirklich will, dann geht das auch.

Ich würde gerne mit Ihnen über das Thema Koordinierungsmanagement reden. Das ist eine zentrale Frage. Aber auch da müssen Sie, wenn Sie das wirklich wollen, priorisieren. Da müssen Sie sich einmal die Frage stellen: Wie geht denn das eigentlich? Da kommen wir zu einem zentralen politischen Unterschied zwischen uns und Ihnen. Wir, die Grünen, sagen: Je mehr Behörden zu koordinieren sind, desto schwieriger es. Wir werden ja bei ei-

(Dr. Andreas Tietze)

nem der nächsten Tagesordnungspunkte über das Thema **Infrastrukturgesellschaft** reden.

Etwas anderes ist es natürlich, wenn Sie einen Organisations- und Ablaufplan in einer Behörde machen. Herr Garg wird das kennen; er war einmal Minister. Dann nämlich kann man Zuständigkeiten per Ablauforganisation zuordnen. Wenn man verschiedene Behörden mit verschiedenen Zuständigkeiten hat, dann ist das schwieriger. Es muss also einmal die Frage erlaubt sein: Mit welchem Organisationsmodell gelingt Koordination, mit welchem Organisationsmodell gelingt sie besser oder schlechter, und welchem Organisationsmodell gelingt Koordination nicht? Darauf geben Sie in Ihrem Antrag allerdings keine Antwort.

Ich darf auch noch einmal an Folgendes erinnern: Die Fläche Schleswig-Holsteins und Hamburgs beträgt 16.500 km², die von Mecklenburg-Vorpommern 23.200 km² und die von Niedersachsen 47.600 km². Der ganze Norden umfasst also ein Drittel der Republik. Wenn man eine Koordinierung wirklich will und jetzt einmal weggeht von dem Titel des Koordinators und hingeht zum Thema Koordinierungsmanagement, dann wird man auch über Ressourcen reden müssen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Natürlich!)

Dann ist die Frage erlaubt: Freunde, wie viele Stellen? Was kostet der Spaß? Wie ist das professionell auszubauen? Auch dazu haben Sie im Antrag nichts gesagt. Sie haben den Finger in die Wunde gelegt. Das finde ich richtig; das habe ich Ihnen ja gesagt. Also, die Frage, die sich auch Bürgerinnen und Bürger stellen, nämlich was der Staat da eigentlich macht und warum die sich nicht einmal abstimmen können, ist berechtigt. Diese Frage muss auch beantwortet werden. Auf diese Frage muss es auch eine vernünftige Antwort seitens der Verwaltung geben, damit das Baustellenmanagement funktioniert.

Deshalb haben wir unseren Antrag spezifiziert. Wir haben noch einmal sehr pragmatisch den Fokus auf die Probleme gerichtet. Da, wo viel Verkehr ist und viel gebaut wird, wird die Koordination fortgesetzt. Das hat der Minister mit dem Kollegen Horch und dem Baustellenkoordinator Herrn Fuchs sehr gut hinbekommen, dem ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich für die Arbeit danken möchte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, eine Bemerkung, gerne.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Tietze. Das ist ausgesprochen großzügig. Ich wollte noch einmal auf einen interessanten Punkt zurückkommen. Wir werden gleich darüber sprechen, ob es sinnvoll ist, eine Bundesinfrastrukturgesellschaft zu gründen oder nicht.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Der Punkt ist noch nicht dran, der ist gleich erst dran!)

Das Spannende ist ja: Uns wurde auch vorgeworfen, es sei viel zu kompliziert, die Landesstraßen und die kommunalen Geschichten mit einzubeziehen.

- Das habe ich nicht getan.

Jetzt aber wird in dem Änderungsantrag der Koalition gefordert, dass man sich mit Hamburg und Niedersachsen verstärkt abstimmen müsse. Sie gehen offenbar davon aus, dass wir eine Bundesfernstraßengesellschaft bekommen. Über was will man sich denn abstimmen, wenn man für die Autobahnen gar nicht mehr zuständig ist? Das sind ja dann genau die Landstraßen und die kommunalen Dinge, oder sehe ich das irgendwie falsch? Das ist ein kleiner Logikfehler in Ihrer Argumentation.

- Herr Kollege, in unserem Antrag ist sehr viel Logik, jedenfalls mehr Logik als in Ihrem Antrag; denn Sie sprechen vom Koordinator, von der Person, wir hingegen von der Koordinierung, vom Koordinierungsmanagement. Da sagen wir, es ist möglich, das zu optimieren; da kann man im Sinne der Bürgerinnen und Bürger mehr machen. Insofern sind wir da nicht weit auseinander. Der nächste Schritt ist natürlich die Infrastrukturgesellschaft des Bundes. Da gehe ich einmal davon aus, dass da dann auch das Koordinierungsmanagement für ganz Deutschland sein wird; denn wir erleben gerade im Fernstraßenverkehr - wir fahren ja nicht nur immer bis Hamburg, sondern manchmal auch bis München -, dass zwischen den Bundesländern nicht sehr viel koordiniert ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung, in diesem Fall des Kollegen Garg?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Tietze, nachdem Sie so freundlich auf meine frühere Verwendung hingewiesen haben, möchte ich Sie fragen, ob Sie mit mir übereinstimmen, dass es, wenn es diese Bundesgesellschaft geben wird, dennoch oder gerade dann notwendig wäre, dass in den Verkehrsabteilungen der einzelnen betroffenen Fachressorts zumindest so etwas wie ein Koordinierungsreferent geschaffen würde, damit genau diese Stränge zusammengezogen werden können? Das wäre zumindest mein Vorschlag - Sie haben auf die Organigramme der Häuser hingewiesen -, wie man eine solche Koordinierung sinnvoll hinbekäme.

- Ich bin Ihnen sehr dankbar für diesen Vorschlag. Das zeigt ja, dass Sie Verwaltungserfahrung in einem Ministeramt haben. Ich finde diesen Vorschlag gut. Das war ja meine Anregung: Lassen Sie uns doch jetzt über die Umsetzung reden, darüber, wie es denn vernünftigerweise geht, dass wir diese Koordinierung tatsächlich hinbekommen. Da kann dann Ihr Vorschlag einer sein, der ernsthaft zu prüfen ist.

Einen letzten Satz darf ich noch sagen. Herr, Garg, Herr Vogt, nehmen Sie es mir nicht krumm. Ich kenne ja noch Ihren Spitzenkandidaten, der auch einem guten Tropfen nicht abgeneigt war und der zumindest den Spruch in Deutschland geprägt hat: Erst grübeln, dann dübeln. Das gilt vielleicht auch für die Frage eines Koordinators. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Abgeordnete Ulrich beziehungsweise Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin; beides ist richtig. - Meine Damen und Herren! Beim Stichwort **Baustellenkoordinator** denkt man erst einmal: Okay, da schaffen wir erst einmal mehr Bürokratie. Es ist typisch für die bürokratieabbaufordernde FDP, auch so etwas zu fordern. Mittlerweile haben wir erfahren, dass die Idee zumindest teilweise

(Christopher Vogt [FDP] verlässt den Sitzungssaal)

- jetzt geht der Antragsteller einfach raus, während ich ihm sage, dass er Blödsinn gemacht hat, auch schön - vom ADAC stammt. Meine Damen und Herren, was will die FDP? Die grundsätzliche Idee, dass man einmal darüber nachdenkt, wo eine Baustelle hinkommt und ob mehrere Baustellen den Verkehr durcheinanderbringen, ist ja gar nicht so schlecht. Aber extra dafür einen Koordinator zu schaffen, glaube ich, das bringt uns wirklich nicht weiter.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Uns bringt weiter, wenn die Behörden miteinander reden. Das ist das, was der LBV heute eigentlich schon machen soll. Wenn er das nicht macht, dann erwarte ich von Ihnen, Herr Meyer, dass Sie eine Dienstanweisung erlassen, und dann haben die das zu machen.

Ich glaube, woran es im Moment beim Verkehr an vielen Stellen krankt, ist die Informationspolitik.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Vielen Dank für Ihre künstliche Aufregung, Herr Garg; Sie können das sehr gut.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn man null Dunst hat, dann sollte man es einfach sein lassen! Man kann auch einmal auf einen Redebeitrag verzichten, wenn man null Ahnung hat!)

- Ganz ehrlich, das würde ich Ihnen auch gerne öfter sagen. - Herr Garg, was wir brauchen, ist eine bessere **Information** für die **Autofahrer**. Wir haben zum Beispiel letzte Woche die Situation gehabt, dass hier das Barkauer Kreuz in Kiel gesperrt war. Das Problem war nicht die Koordination, sondern dass die Autofahrer das irgendwie aus einer Papierzeitung herausklauben mussten, was irgendwie in der Kieler Zeitung stand, aber über moderne Informationssysteme wie zum Beispiel das TMC-System kam diese Information nicht. Ebenfalls kam es nicht über Informationssysteme wie zum Beispiel Google Maps. Es war einfach nicht drin. Da muss man dann die Schnittstellen schaffen, dass da informiert wird.

(Beifall PIRATEN)

Ich glaube, hier krankt es vor allem auf kommunaler Ebene, dass die Möglichkeiten, die wir heute schon haben, einfach nicht genutzt werden.

(Uli König)

Herr Garg, ich mache es kurz: Der Antrag der Koalition ist mir durchaus sympathisch, dem kann ich zustimmen. Mehr Koordination ist eine gute Idee. Dafür extra einen Koordinator zu schaffen, ist Quatsch. Deswegen machen wir das nicht mit.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was glauben Sie denn, wie die Koordination funktioniert?)

Vielen Dank, ich schenke Ihnen die letzten drei Minuten.

(Beifall PIRATEN - Zuruf)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Das Wort für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat nun der Herr Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Erneuerung und Erweiterung der **A 7** vom Bordesholmer Dreieck bis nach Hamburg ist ein Mammutprojekt, das es in sich hat. Allen Beteiligten war das im Vorfeld klar. Dass solche Maßnahmen auch großes Konfliktpotenzial haben, war auch jedem klar. Daher war die Entscheidung seinerzeit absolut richtig, einen **Verkehrskordinator** einzusetzen, ein Koordinator, der als Ansprechpartner für Kammern, Verbände, Betriebe und Bürger fungiert, einer der die Baustellenplanungen für den A-7-Korridor abstimmt, begleitende verkehrsoptimierende Maßnahmen anregt und die notwendige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit leistet. All dies sind die Aufgaben des Verkehrskordinators - wohl wahr, keine leichte Aufgabe, aber Gerhard Fuchs hat diese Aufgabe meiner Meinung nach mit Bravour gemeistert.

(Beifall Regina Poersch [SPD] und Kai Vogel [SPD])

Dieses Erfolgsmodell möchte die FDP anscheinend auf den gesamten norddeutschen Raum übertragen. Mit ihrem Antrag fordert sie nun die Landesregierung auf, sich mit den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern auf einen gemeinsamen Baustellenkoordinator zu verständigen. Meines Erachtens macht die FDP es sich damit ein wenig zu einfach. Eine solche Forderung in den Raum zu werfen - nach dem Motto: Landesregierung, mach mal -, ist in meinen Augen zu allgemein. Im Antrag sind keine Aussagen über konkrete Projekte, und das kann dann eben alles sein, und zwar alles von der dänischen Grenze bis zum Harz und von der holländischen bis zur polni-

sehen Grenze. Ich finde, der Antrag der FDP ist reichlich undifferenziert.

Die Stelle eines Koordinators hat es der FDP anscheinend angetan; denn bereits im März haben wir über einen Antrag der FDP debattiert, der einen Projektkoordinator für den Weiterbau der A 20 forderte. Aber ich denke, die Projekte A 20 und A 7 sind in ihrer Umsetzung vollkommen unterschiedlich, und deshalb kann man es auch nicht so vergleichen.

Wenn die FDP es wirklich ernst gemeint hätte mit dem Baustellenkoordinator, dann hätte ich mir einen ausführlicheren Antrag gewünscht. Das, was uns hier vorgelegt wurde, könnte alles oder nichts sein.

Richtig ist: Wir sollten uns mit Blick auf die Zukunft mit unseren Nachbarländern Hamburg und Niedersachsen durchaus auf eine gemeinsame Verkehrskoordination verständigen. Dies haben die positiven Erfahrungen mit Herrn Fuchs gezeigt. Daher spricht alles dafür, gerade wenn wir künftig auch Niedersachsen einbeziehen wollen, eine Fortsetzung und Weiterentwicklung des Baustellenmanagements in gemeinsamer Abstimmung vorzunehmen. Ein solches **Baustellenmanagement** sollte sich nach unserer Auffassung auf den Großraum Hamburg beschränken beziehungsweise auf die großen Verkehrsprojekte rund um Hamburg. Das lässt sich am besten an konkreten Maßnahmen festmachen. Daraufhin einigen sich dann die drei Partner untereinander, was ein Baustellenmanagement koordinieren soll. Das herauszukristallisieren, sollten die drei Partner möglichst selbst vornehmen, und das sollte denen auch überlassen bleiben. - Jo tak.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat jetzt der Kollege Dr. Heiner Garg von der Fraktion der FDP das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nach dem fulminanten Beitrag des Kollegen König noch einmal zu Wort gemeldet

(Uli König [PIRATEN]: Sehr gut!)

(Dr. Heiner Garg)

- ja, ich fand Ihren Beitrag auch sehr gut -, weil es mir einfach auf den Wecker geht, wenn man hier einen Beitrag beendet mit der Weisheit: Wir sind für mehr Koordination, aber nicht für Koordinatoren. - Herr König, was glauben Sie eigentlich, wer koordiniert? Der Minister selber, der macht das in Zukunft und ruft irgendwie über Telefonlawinen die Bevölkerung an und erklärt, welche Straße wann gesperrt wird?

(Uli König [PIRATEN]: Schön, wenn Sie mir zugehört hätten!)

Wenn Sie sich an dem Ausdruck Koordinator stoßen - sei's drum. Was wir tatsächlich brauchen, ist ein abgestimmtes **Baustellenmanagement in Norddeutschland**. Ich glaube, die Verkehrsverhältnisse sind jedem bekannt.

Damit es nicht nur von dahinten stattgefunden hat: Herr Tietze, ich will das noch einmal ausdrücklich sagen und mich auch dafür bedanken, dass Sie den Vorschlag aufgegriffen haben. Selbstverständlich ist so etwas denkbar, wenn man in den jeweiligen Verkehrsabteilungen der entsprechenden Fachressorts, also der Ministerien beziehungsweise in Hamburg und meinetwegen auch in Bremen Mitarbeiter - das können neue sein, das können aber auch Mitarbeiter sein, die es dort schon gibt und die mit neuen Aufgaben betraut werden - ausschließlich für Koordinierungszwecke im Bereich des Baustellenmanagements abstellt. Stäbe von Häusern haben schließlich ihre eigenen Koordinierungsreferenten, die auch nur mit Koordinationsaufgaben betraut sind.

Herr König, das machen in der Regel Menschen, das machen im Übrigen in der Regel auch keine Ministerinnen oder Minister selber. Deswegen habe ich mich so maßlos über den wirklich unqualifizierten Beitrag aufgeregt. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Garg, ich habe es schon als eine intellektuelle Herausforderung angesehen, die Beiträge von FDP und CDU zu bewerten. Aber Sie haben

das ja eben noch einmal klargestellt. Das entspricht leider nicht dem Antrag, den Sie so formuliert haben,

(Beifall PIRATEN)

weil Sie da in der Tat von einem Koordinator gesprochen haben. Im Übrigen ist das noch nicht mal gegendert, also eine Koordinatorin ist gar nicht mal vorgesehen.

(Zurufe - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Genau!)

- Ja, sorry.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist klar, Herr Minister! Mit Sternchen!)

- Auch das gehört dazu.

Bei der CDU scheint man auch ignoriert zu haben, dass auf den Bundesfernstraßen, speziell den Bundesautobahnen A 7, A 1, A 21 - auch bei der A 23 sind wir weitergekommen -, kräftig gebaut worden ist und einiges getan wird, also Baustellen vorhanden sind. Da macht es natürlich Sinn, das miteinander zu koordinieren.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Nur der Vollständigkeit halber, Herr Hamerich, damit das hier nicht vergessen wird.

Meine Damen und Herren, wenn wir über **Baustellenkoordination** reden, dann müssen wir uns natürlich in der Tat die Frage stellen, in welchem Raum und in welchem Umfang das Sinn macht und wo wir eigentlich den großen Bedarf haben. Den Bedarf können Sie selbst sehen: Viele Baustellen sind im Bereich Hamburg. Deswegen sage ich es sehr deutlich, dass die Baustellenkoordination für die A 7 zunächst einmal auch auf die in Hamburg angrenzenden Bereiche Niedersachsens ausgeweitet werden sollte. Darüber sind wir im Gespräch.

Die erfolgreiche Arbeit von Herrn Fuchs als Baustellenkoordinator für die A 7 wurde übrigens begleitet von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hamburg und hier in Schleswig-Holstein auch auf der Fachebene. Auch hier macht es nicht Herr Fuchs alleine, sondern er hat natürlich einen kleinen Stab von Mitarbeitern, um das mit den jeweiligen Ländern zu koordinieren.

Aber die Aufgabe hat gezeigt, dass es anspruchsvoll und zeitintensiv ist. Deswegen sage ich sehr deutlich: Eine solche Koordination macht keinen Sinn für den gesamten norddeutschen Raum, so wie es im Antrag der FDP vorgeschlagen wird, von Rügen bis nach Osnabrück.

(Minister Reinhard Meyer)

Es ist vielmehr vernünftig, den Zuständigkeitsbereich auf die neuralgische Region, auf das eigentliche Nadelöhr, nämlich den Großraum Hamburg, zu beschränken. Der Änderungsantrag der regierungs-tragenden Fraktionen zielt genau in die richtige Richtung.

An dieser Stelle möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, weil Herr Fuchs zum Jahresende darum gebeten hat, aus persönlichen Gründen seine Arbeit an der Stelle zu beenden, ihm ausdrücklich auch hier vom Landtag in Schleswig-Holstein noch einmal den Dank auszusprechen, weil das wirklich gut funktioniert hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Auslandsreisen bieten natürlich, insbesondere wenn man sie mit dem Kollegen in Hamburg zusammen durchführt, die Möglichkeit, an der einen oder anderen Stelle darüber zu reden, wie wir aktuelle Probleme angehen. Wir haben selbstverständlich mit Hamburg und Niedersachsen bereits begonnen zu überlegen, wie wir die Baustellenkoordinierung zukünftig weiter verbessern können, Herr Tietze. Es gibt da zwei Möglichkeiten, die diskutiert werden.

Das Erste ist eine direkte Nachfolge für Herrn Fuchs im Bereich der A 7, aber mit erweiterten Aufgaben südlich der Elbe. Die zweite Möglichkeit, die weiter geht und die wir anstreben, ist, eine Stabsstelle Baustellenkoordinierung für den Großraum Hamburg einzurichten, die von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen gemeinsam unterstützt wird. Dazu ist es wichtig, die jeweiligen Landesbetriebe einzubeziehen und besser miteinander zu vernetzen.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das können wir gut umsetzen. Das ist eine Ressourcenfrage, es ist auch eine Zuständigkeitsfrage, die wir in Zukunft - darüber werden wir ja gleich im Zusammenhang mit einer Bundesfernstraßengesellschaft diskutieren - im Auge haben müssen.

Summa summarum: Wir sind an dem Thema dran, wir bewegen verschiedene Stellschrauben, um den Sanierungsstau im Land abzutragen.

Meine Damen und Herren, noch eine Bemerkung: Natürlich sind die vielen Baustellen, die wir haben, die die Bürgerinnen und Bürger erleben, der beste Beleg dafür, dass wir als Landesregierung etwas tun, was unsere Vorgänger versäumt haben. Wir sanieren Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Kollege Hamerich hat mich gerade darauf hingewiesen, dass er seine Ausführungen als Antrag auf Ausschussüberweisung verstanden wissen möchte. Deshalb lasse ich zunächst darüber abstimmen, wer den Antrag Drucksache 18/4820 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/4886 an den Wirtschaftsausschuss überweisen möchte. Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von FDP, CDU und PIRATEN.

(Unruhe)

Wer lehnt eine Ausschussüberweisung ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zum selbstständigen Antrag zu erklären. Widerspruch sehe ich nicht. Ich lasse dann zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/4820 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

- Gut, dann machen wir das jetzt einmal ohne Chancengerechtigkeit. - Das sind die Kollegen der FDP-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Kollegen der CDU-Fraktion.

Dann kommen wir zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/4886. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, PIRATEN und CDU. Wer diesen Antrag ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen. Ich danke Ihnen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr, Ralf Wrobel, auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Infrastrukturgesellschaft Verkehr ablehnen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4822

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4880

Interessen der Beschäftigten im Veränderungsprozess der Straßenbauverwaltung sicherstellen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4885

Infrastrukturgesellschaft des Landes gründen und regional aufstellen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4892

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Christopher Vogt von der FDP-Fraktion das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gebe nicht auf, auch wenn es schwierig ist, aus der Opposition heraus Anträge durchzusetzen. Ich versuche mein Glück heute zum dritten Mal.

Bereits im September 2015 haben wir in diesem Hohen Hause lebhaft über das Thema **Bundesautobahngesellschaft** debattiert. Meine Fraktion hatte sich damals schon mit einem entsprechenden Antrag für die Beibehaltung der Auftragsverwaltung im Bereich der Bundesstraßen und Bundesfernstraßen durch die Länder ausgesprochen. Wie gespalten die rot-grün-blaue Koalition in dieser wichtigen Frage ist, verdeutlicht die Tatsache, dass man sieben Monate gebraucht hat, um unseren Antrag schließlich abzulehnen. Im Nachhinein waren unsere Bemühungen - bei aller Bescheidenheit - absolut richtig, denn das Ergebnis beziehungsweise die Kröte, die Schleswig-Holstein im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen schlucken musste, ist ziemlich unbedenklich.

Während das monetäre Ergebnis von der Staatskanzlei als großer Erfolg verkauft wurde, hat der Beschluss der Regierungschefs beim zuständigen Verkehrsministerium und ganz besonders beim **Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr** für blankes Entsetzen und große Verunsicherung gesorgt - Letzteres aus unserer Sicht völlig zu Recht.

Im Rückblick auf die im September 2015 diskutierte Bundesautobahngesellschaft möchte ich kurz aus der Rede des Verkehrsministers zitieren. Herr Meyer sagte damals:

„Wir müssen mehr föderales Selbstbewusstsein zeigen und deutlich sagen, dass das nicht der richtige Vorschlag ist.“

Auch der geschätzte Kollege Kai Vogel sagte damals unmissverständlich:

„Wir lehnen daher den Wunsch einer Bundesfernstraßengesellschaft ab und wissen die Verkehrsminister der meisten Bundesländer an unserer Seite.“

Meine Damen und Herren, heute müssen wir feststellen, dass das zwar alles richtig war, aber nichts gebracht hat. Der Ministerpräsident hat seinen Verkehrsminister und auch seine eigene Fraktion sang- und klanglos im Regen stehen lassen. Herr Kollege Eichstädt, man kann es nicht anders sagen: Der Ministerpräsident hat die Auftragsverwaltung an den Bund verscherbelt. Dass dieser faule Kompromiss nicht nur föderales Selbstbewusstsein vermischen lässt, sondern auch voreilig und mit falschen Annahmen getroffen wurde, lässt sich kaum bestreiten.

„ZEIT ONLINE“ hat am 21. Oktober in einem bemerkenswerten Artikel mit dem Titel „Gabriel täuscht bei Autobahnprivatisierung“ zu Recht darauf hingewiesen, dass es den vom Bundeswirtschaftsminister und SPD-Bundesvorsitzenden in einer Mail an alle SPD-Mitglieder behaupteten Ausschluss der Privatisierung von Bundesstraßen und Autobahnen gar nicht gibt. Dies bestätigt uns übrigens heute auch noch einmal der Änderungsantrag der Koalition. SPD, Grüne und SSW müssten dies ja nicht fordern, wenn es schon beschlossene Sache wäre.

Der Ministerpräsident sprach im Anschluss der Einigung von einer Garantie von Status und Arbeitsort für die Beschäftigten der entsprechenden Landesbehörden, die man in den Verhandlungen mit dem Bund bereits durchgesetzt habe. Ich habe mir den Beschluss noch einmal genau angeschaut und halte die Aussage, die Sie da getroffen haben, für

(Christopher Vogt)

sehr gewagt. Denn in dem Beschluss ist das deutlich zurückhaltender formuliert. Auch sonst gehen die Interpretationen des Beschlusses sehr weit auseinander. Die Koalition spricht in ihrem Änderungsantrag heute lediglich von einer möglichen Aufgabenübertragung. Damit wird infrage gestellt, dass das überhaupt beschlossen wurde.

Aus meiner Sicht sind die Ministerpräsidenten dem alten Spurfuchs Wolfgang Schäuble, der die **Privatisierung der Bundesautobahnen** seit Jahren vorantreibt, gehörig auf den Leim gegangen.

(Beifall FDP)

Die nächsten Monate werden spannend, Herr Ministerpräsident. Es geht der Bundesregierung an dieser Stelle nicht um eine bessere Verkehrspolitik, sondern es geht darum, neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

Ich möchte daran erinnern: Die Autofahrer in Deutschland zahlen schon heute über diverse Steuern und Abgaben Jahr für Jahr unfassbar hohe Summen an den Staat, und nur ein Bruchteil davon wird wieder in die **Verkehrsinfrastruktur** investiert.

(Beifall FDP)

Anders als die Union und die Grünen - eine Bundesautobahngesellschaft hat in diesem Hause bisher keine Mehrheit gehabt, weil SPD, PIRATEN, SSW und FDP sie abgelehnt haben -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Kümmert sich der Bund nur nicht drum!)

lehnen wir eine Bundesautobahngesellschaft aus fachlichen Gründen ab, Herr Kollege Arp. Verkehrsminister Meyer hat doch völlig recht, wenn er darauf hinweist, dass eine Bundesverwaltung es nicht besser kann.

(Beifall FDP)

Ganz im Gegenteil. Ich verweise auf den Nord-Ostsee-Kanal und den Rendsburger Kanaltunnel.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Meine Damen und Herren, der schwammige Beschluss der Regierungschefs vom 14. Oktober war ein großer Fehler. Die Chefs der Staatskanzleien und die Amtschefs der Verkehrsministerien sind gestern und heute damit beschäftigt, die Scherben zusammenzukehren. Es nützt jedoch nichts, denn der Beschluss war völliger Murks. Wir wollen den Sozialdemokraten heute - es ist ja kurz vor dem Wochenende - die große Möglichkeit geben, ihr Umfallen zu korrigieren und unserem Antrag zuzu-

stimmen. - Ich danke herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hartnäckig ist die FDP schon. Ich glaube, wir diskutieren heute das dritte oder vierte Mal darüber - das steht dahin, ist egal. Wir sind bei der Position geblieben, die wir von Anfang an hatten. Daran hat sich bei uns nichts geändert.

(Zurufe)

Ich will das nicht wiederholen, es steht ja alles im Protokoll. Inzwischen ist aber raus: Der **Bundesverkehrswegeplan** steht bis zum Jahr 2030. Der Bund gibt 270 Milliarden € - gesichert finanziert - für Bundesfernstraßen aus.

Jetzt kommt es darauf an, dass dieses Geld so eingesetzt wird, wie der Bund es gern möchte. Da liegt das Problem. Der Bund sagt: Ich bezahle, weil ich eine bundespolitische Bedeutung solcher Fernstraßen sehe - A 20, Hafenhinterlandanbindung als Beispiele. Das ist für den Bund wichtig, und deswegen sagt der Bund auch zu Recht: Es darf nicht daran scheitern, dass Länder durch Koalitionsverträge oder durch Unfähigkeit, weil sie nicht genügend Leute für die Planung einsetzen, verhindern, dass es nachher durchgeführt wird. Ich gebe das Geld und will auch sicherstellen, dass es für die Zwecke eingesetzt wird, für die ich es zur Verfügung gestellt habe.

Herr Meyer hat bewiesen, dass es nicht an den Mitarbeitern des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr liegt, sondern an der Unfähigkeit dieses Ministers, der es nicht hingekriegt hat, seine Behörde in den letzten viereinhalb Jahren so aufzustellen, dass sie in der Lage ist, die Planung vorzunehmen. Das ist das Problem.

(Beifall CDU)

Da sagt natürlich auch Herr Schäuble, dass es nicht daran scheitern darf. Wenn das Geld da ist, will ich Sorge tragen, dass das Geld auch eingesetzt wird. An dem Punkt sind wir jetzt. Da ist es richtig, dass der Bund sagt: Ich gründe eine eigene Gesellschaft, die dafür sorgt, dass es gemacht wird.

(Hans-Jörn Arp)

Wir sind alle zusammen bei jeder Gelegenheit ganz stolz - Sie auch, Herr Meyer -, wie toll die DEGES ist: Die **DEGES** plant und baut die A 7. Die DEGES hat jetzt die Planung der Rader Hochbrücke übernommen.

Nichts anderes wird diese Gesellschaft sein, die jetzt zu gründen ist. Das ist das, was der Bund will. Der Bund will nicht in die Straßenunterhaltung, in den Winter- und Streudienst. Die Mitarbeiter des Landesbetriebs brauchen sich überhaupt keine Sorgen zu machen. Der Bund sagt nur: Das Geld, das ich habe, will ich effizient einsetzen.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann Herrn Albig auch verstehen. Ich werde ihn nicht oft unterstützen. Beim Glücksspiel hat er vernünftige Entscheidungen getroffen, und jetzt in der Frage der Grundgesetzänderung haben Sie unsere volle Unterstützung.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja ein tolles Team hier!)

Wenn ich es richtig weiß, bekommen wir dafür ja auch 140 Millionen € zusätzliche Länderfinanzausgleichsmittel. Insofern profitieren wir gleich zweimal: Sie haben nicht mehr die Verantwortung, wenn es nicht weitergeht - Sie sowieso nicht, Herr Albig, weil Sie dann nicht mehr an der Regierung sind.

(Heiterkeit Ministerpräsident Torsten Albig)

Diejenigen, die dann Regierungschef und Verkehrsminister sind, sind dann nicht mehr verantwortlich. Die können die Schuld gleich nach Berlin schicken. Das hat für die also einen Vorteil.

Sie aber sind der Auslöser. Weil es solche Länder wie Schleswig-Holstein gibt, die das Geld für Neubaumaßnahmen nicht haben abrufen können, weil sie keine planfestgestellten Maßnahmen haben, weil sie keine **Baureife** in vier Jahren geschaffen haben, hat der Bund gesagt: Jetzt übernehme ich das, weil es Männer gibt - und Frauen -, die es nicht so können, wie wir es wollen.

(Heiterkeit Regierungsbank)

Sie sind der Auslöser und müssen die Verantwortung dafür tragen.

(Beifall CDU - Zurufe)

- Ja, es sind ja nicht mehr Frauen.

(Unruhe)

- Dafür gibt es ja Gründe, die bereiten sich auf andere, wichtigere Dinge vor. Für uns ist aber wichtig, die **Infrastruktur** des Landes herzustellen. Deshalb sage ich Ihnen: Bei allem, was geschehen soll, um dieses zu beschleunigen, haben Sie unsere Unterstützung. Klar ist: Schlechter als jetzt kann es nicht werden, selbst dann, wenn der Bund die Verantwortung übernimmt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Der versteht auch was von Verkehr! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Alles Chefsache heute!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr erfreulich, dass nach langen Verhandlungen die **Neuordnung der Finanzbeziehungen** zwischen Bund und Ländern geregelt worden ist. Die Reform war notwendig und berechtigt. Die Klagen mancher in Süddeutschland gegen die Solidarität fand ich völlig unbegründet.

Am Ende haben wir eine ordentliche Finanzierungsstruktur hinbekommen. Das ist ein Kompromiss. Wenn sich 16 Bundesländer und der Bund unterhalten, gibt es Kompromisse. Ich muss sagen, dass deswegen das Ergebnis auch aner kennenswert ist. Für uns bedeutet das dauerhaft strukturelle Mehreinnahmen. Diese Einnahmen werden wir brauchen, wenn wir die Beitragsfreiheit bei der frühkindlichen Bildung oder die hundertprozentige Unterrichtsversorgung realisieren wollen. Wir wollen das.

Gut ist auch, dass die **Lockerung des Kooperationsverbotes** erfolgt ist, auch wenn dies noch nicht weit genug geht. Deswegen war das ein sehr gutes Ergebnis, für das ich dem Ministerpräsidenten und seinem Team danke, die daran mitgewirkt haben.

Den Anmerkungen des Kollegen Vogt hat man entnommen, dass die FDP keinen Regierungschef stellt. Das wird auch auf absehbare Zeit so bleiben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wissen Sie doch gar nicht! - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Insofern haben Sie nichts darüber gesagt, warum man zu solchen Kompromissen kommen können

(Dr. Ralf Stegner)

muss. Es ist leicht zu sagen: Wir sind nicht dabei, also können wir dagegen sein. - Das ist Fundamentalopposition.

Richtig ist aber: Der Wermutstropfen ist diese Infrastrukturgesellschaft des Bundes, die wir falsch finden.

(Heiterkeit und Zurufe FDP)

- Es liegt hier noch nichts Konkretes vor. Bevor Sie so laut lachen, Herr Kollege Dr. Garg: Es lohnt immer, ein bisschen zuzuhören!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ihnen immer!)

Für uns stehen drei Dinge fest. Erstens. Eine Privatisierung der Autobahnen wird es mit uns nicht geben, Punkt.

(Beifall SPD und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vereinbart worden ist, ein **Privatisierungsverbot** ins Grundgesetz aufzunehmen. Darauf - und auf nichts anderes - haben die Länder sich verständigt.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir teilen ausdrücklich nicht die Auffassung von Herrn Schäuble, dass das ein Freibrief für die Teilprivatisierung der Infrastrukturgesellschaft ist. Wir wollen auch keine Privatisierung durch die Hintertür.

(Beifall SPD und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Beispiel zeigt übrigens: Privatisierung von Straßen ist der Einstieg in die Maut. Das taugt nichts. Die Union will die Menschen über eine Maut belasten, wir nicht.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Zweitens. Die Mittelverteilung darf nicht zu einer Verschlechterung der Situation in Schleswig-Holstein führen. Auch das steht für uns fest.

Drittens. Die Interessen der Beschäftigten stehen für uns im Mittelpunkt.

(Beifall SPD)

Das heißt: Ihre Rechte müssen gewahrt bleiben, und zwar nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch der Ort, an dem sie arbeiten, die tarifvertragliche Bindung, all diese Dinge. Wir stehen immer für gute Arbeit. Union und FDP nennen das ja meistens Bürokratie. Gute Arbeit ist bei uns nicht Bürokratie, sondern Inhalt von Politik.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit dem allergrößten Vergnügen.

Christopher Vogt [FDP]: Sie haben jetzt gesagt, was mit Ihnen alles nicht zu machen ist. Ich möchte Sie daran erinnern, Herr Kollege: Wir haben viele Debatten zur Pkw-Maut geführt. Da haben Sie genau das Gleiche gesagt.

(Beifall FDP)

Sie haben gesagt: Mit uns wird es das alles nicht geben. Die CSU murkst daran herum, es wird alles nicht kommen. Jetzt sehen wir ja, was wir da haben.

Deswegen habe ich das Beispiel auch gewählt: Sie sind ja auch an anderen Stellen umgefallen. Ich sage Ihnen, es ist kein Zufall, dass man das jetzige Projekt - diese Infrastrukturgesellschaft - und die Pkw-Maut relativ zeitnah auf den Weg bringt. Ich sage Ihnen, es wird so kommen - wahrscheinlich früher oder später unter Beteiligung der SPD -, dass beides zusammenfallen wird und man diese Infrastrukturgesellschaft dafür nutzen wird, den Steuerzahlern, den Autofahrern weiteres Geld aus der Tasche zu ziehen. Ich prophezeie Ihnen das heute.

In ein paar Jahren werden wir sehen, was dabei herausgekommen ist. Es kommt natürlich darauf an, wie die nächste Bundesregierung aussieht. Ich sage Ihnen: Das wird ein Problem werden.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Wolfgang Baasch [SPD]: Da haben wir eine Glaskugel!)

- Lieber Herr Kollege Vogt, ich habe Sie immer für talentierter als Ihren Fraktionsvorsitzenden gehalten. Dessen Prognosefähigkeit wird nur von seiner Bescheidenheit übertroffen. Ihre Prognosefähigkeit, muss ich sagen, ist wirklich phänomenal.

Ich muss Ihnen eines sagen: Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition steht, dass bei der Pkw-Maut drei Punkte erfüllt sein müssen: Sie muss europarechtskompatibel sein, es muss deutlich mehr Geld hereinkommen, und sie darf deutsche Autofahrer nicht belasten. Ich habe noch keinen Vorschlag gesehen, auf den das zutrifft. Wenn die CSU einen

(Dr. Ralf Stegner)

Vorschlag vorlegt, auf den das nicht zutrifft, werden wir nicht zustimmen. So einfach ist das!

(Beifall Lars Harms [SSW])

Wir halten uns an Verträge.

Und noch eines, Herr Kollege Vogt: Das Wort „umfallen“ sollte Ihre Partei mit am wenigsten aussprechen, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

(Beifall SPD)

Ich will nicht auf alte Zeiten zurückgreifen, in denen Ihre Partei den schönen Namen Umfaller-Partei hatte. Das will ich gar nicht tun. Aber wenn Sie uns so etwas vorwerfen, sollten Sie bessere Argumente haben und hier nicht das Gegenteil der Fakten erzählen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich war noch nicht geboren, aber vielen Dank für den Geschichtsunterricht!)

Der Kollege Arp hat hier einen eher clownesken Beitrag gehalten, jedenfalls, soweit es sich auf die Prognosen für die Landes-CDU bezog. Lieber Herr Schatzmeister der CDU! Bevor Sie hier so mutige Prognosen aufstellen, wer dabei ist und wer nicht dabei ist, müssen Sie ein bisschen an Ihrer eigenen Form arbeiten. Das tun Sie ja am Wochenende.

Was Sie inhaltlich gesagt haben, ist natürlich großer Unsinn. Gerade Herrn Meyer nach der deprimierenden Bilanz von vier CDU-Verkehrsministern in den letzten Jahren vorzuhalten, es ginge nichts voran, finde ich ziemlich wagemutig von Ihnen.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Ich kann nur sagen: Es ist dieser Verkehrsminister, der da Veränderungen herbeigeführt hat, und es wird dieser Verkehrsminister sein, der auch in der nächsten Legislaturperiode umsetzt, was wir im Straßenbau auf den Weg bringen.

Wir setzen nämlich darauf, dass wir mit guter Arbeit, mit unseren Beschäftigten, die wirklich gut arbeiten, und mit den Voraussetzungen, die wir im Haushalt geschaffen haben, vorankommen. Diese Voraussetzungen unterscheiden sich übrigens von dem, was CDU und FDP - das waren Sie mal wieder gemeinsam - in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht hatten. Bei uns gibt es da eine ganz andere Zielrichtung.

Langer Rede kurzer Sinn: Der **Bund-Länder-Finanzausgleich** ist gut geregelt worden. Da steht nichts von Privatisierung drin. Wenn die Union damit kommt, braucht sie eine Zweidrittelmehrheit,

die sie nicht kriegt, weil die Sozialdemokratie nicht dabei ist.

(Tobias Koch [CDU]: Braucht sie doch gar nicht!)

Es gibt auch keine Teilprivatisierung durch die Hintertür. Die Beschäftigten in Schleswig und anderswo können sich vollständig auf diese Küstenkoalition verlassen. Gute Arbeit bleibt in Schleswig-Holstein zu Hause, solange wir regieren. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Kollege Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fernstraßen kranken gleich an mehreren Stellen. Kern dieses Problems ist, dass bis heute bei den Fernstraßen eine **Vermögensbilanz** fehlt.

Tatsächlich weiß niemand in Deutschland oder niemand spricht offen aus, wie viel Geld wir in den Erhalt stecken müssen. Es wird einfach gebaut und irgendwann, Jahrzehnte später, stellt man erschrocken fest: Das Bauwerk ist kaputt.

Jedes halbwegs verantwortungsvolle Unternehmen erstellt vernünftige Bilanzen zum Substanzerhalt und zum Reinvestieren, nicht so das Unternehmen Bundesrepublik Deutschland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ehrbare Kaufmannschaft geht anders.

16 Länder planen vor sich hin und hoffen, dass der Bund anschließend den Bau bezahlt. Das hat katastrophale Folgen. Der neue **Bundesverkehrswegeplan** ist genauso schlecht gemacht wie der alte Bundesverkehrswegeplan. Wieder stehen Luftschlösser drin, die niemand bezahlen kann oder will. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist nicht grundsätzlich im neuen Bundesverkehrswegeplan verankert. In diesem Streit der Länder geht es wieder um Bundesgelder, es geht um Länderproporz, es geht um Einfluss und Regierungsfarbe und nicht um Verkehrszahlen und um konkrete Erhaltungsinvestitionen in unserem Netz Deutschland.

Unsere Bundestagsabgeordnete Valerie Wilms nennt das heutige System deshalb zu Recht organisierte Verantwortungslosigkeit, die Straßen verteu-

(Dr. Andreas Tietze)

ert und Ungleichgewichte innerhalb Deutschlands verstärkt. Dieses System wollten wir ändern. Wir regieren in Berlin nicht, aber klar ist: An allen Ecken und Enden bröseln es. Die Infrastruktur wird weiterhin das Problem in diesem Land sein und bleiben.

Deshalb begrüßen wir Grünen grundsätzlich - da unterscheiden wir uns inhaltlich von den Freunden in der Koalition -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Freunde?)

diesen Weg zu einer **bundeseinheitlichen Infrastrukturgesellschaft**. Aber wir stellen keinen Freibrief aus. Wir wollen nicht eine Infrastrukturgesellschaft ohne Bedingungen, sondern wir wollen eine solche Gesellschaft, die einige Bedingungen erfüllt. Deshalb möchte ich Folgendes für das Parlament ganz deutlich sagen: Für uns gibt es keine Infrastrukturgesellschaft in privater Form. Eine Privatisierung von Bundesstraßen und Landesstraßen lehnen wir kategorisch ab.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Birte Pauls [SPD])

Auch wird es mit uns kein Verschachern von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geben. Das sage ich auch ganz deutlich in Richtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Landesbetriebs. Es geht nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das heißt: Standortsicherheit und Sicherheit hinsichtlich des Tarifvertrages sind für uns eine *conditio sine qua non*. Ohne eine klare Haltung in dieser Frage wird es von uns Grünen keine Zustimmung geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birte Pauls [SPD])

Ein Letztes will ich an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen. Für uns ist wichtig, dass der **regionale Einfluss der Länder** natürlich erhalten bleibt. Wie soll es auch anders gehen? Natürlich haben die Länder Verflechtungsbeziehungen mit Großraumbezügen in den Hamburger Raum und die Metropolregionen. Hier geht es nicht um weniger Einfluss von Ländern, sondern um zielgerichteten Einfluss von Ländern. Auch das ist eine *conditio sine qua non* für eine neue Verkehrsinfrastrukturgesellschaft.

(Christopher Vogt [FDP]: Die wird doch abgeschafft!)

Wenn wir uns heute über die Verkehrsinfrastrukturgesellschaft in diesem Haus unterhalten, geht es tatsächlich nicht mehr um das Ob, sondern um das

Wie. Wenn wir uns über das Wie unterhalten, gehe ich davon aus, dass wir entsprechende Vorschläge unterbreiten, die das Wie beschreiben. Das will die FDP nicht. Lieber Herr Kollege Vogt, Sie sind in der Frage der Infrastrukturgesellschaft eher Teil des Problems als Teil der Lösung.

(Christopher Vogt [FDP]: Warum das denn?)

- Sie unterhalten sich eher rückwärtsgewandt darüber, was alles schiefgelaufen ist. Sie haben keine Perspektive für die Zukunft, wie Sie es besser machen wollen. Das ist auch eine Folge davon, immer nur den Entwicklungen hinterherzulaufen. Aber lieber Herr Kollege Vogt, Politik hat auch die Aufgabe, Zukunft zu gestalten

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

und den Menschen zu erklären, wie es besser gehen kann.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja Realsatire!)

Besser geht es nur - das habe ich vorhin gesagt - mit einer Planung und einer Bezahlung aus einer Hand. Wer Straßen in Deutschland bestellt, der muss sie bezahlen, der muss sie beplanen, und der muss sie aus einer Hand planen und bezahlen. Es darf nicht diesen Verschiebebahnhof der Auftragsverwaltung geben. Denn die Auftragsverwaltung ist ein Beispiel dafür, wie es nicht gehen kann. Im Übrigen stimme ich dem Kollegen Arp zu: Schlechter gehts nimmer, besser gehts immer.

(Lachen Hans-Jörn Arp [CDU])

Insofern, meine Damen und Herren, gehen wir jetzt davon aus, dass die Politik konkret gefragt ist, die **Ausgestaltung dieses Infrastrukturgesetzes** so zu formulieren, dass es keine Benachteiligung für Schleswig-Holstein gibt, dass es keine Benachteiligung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt und dass der Einfluss sowie die Expertise der Länder erhalten bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat für die Fraktion der PIRATEN der Abgeordnete Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Jahren beschäftigt uns das Thema „Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-

(Uli König)

Holstein“ im Zusammenhang mit der Planung von Baumaßnahmen auf Bundesfernstraßen.

Endlich kommt der Verkehrsminister durch den Druck der Opposition,

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

der Öffentlichkeit und des Bundesverkehrsministeriums zu der Erkenntnis, dass wir zu wenige Planer in Schleswig-Holstein haben,

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

und stockt noch einmal den LBV um 30 Stellen auf.

(Volker Dornquast [CDU]: Die Stellen sind ja noch nicht einmal ausgeschrieben!)

- Ja, das stimmt leider auch. - Doch zu früh gefreut: Da kommt aus dem Hinterhalt dann der Ministerpräsident um die Ecke und verhandelt mal eben, dass der LBV, zumindest was Autobahnen angeht, dann doch an den Bund gehen soll. Irgendwas klappt bei Ihnen bei der Koordination nicht.

(Beifall PIRATEN)

Weil Minister Meyer diese Infrastrukturgesellschaft bisher abgelehnt hat, kommt der Staatssekretär nun in den Ausschuss und erklärt uns, dass sich auch ein Verkehrsminister mal irren könne. Man kann doch nicht erst Stellen aufstocken und dann jammern, dass man womöglich keine Fachkräfte findet, und dann auch noch diese Stellen völlig unattraktiv machen, indem man quasi öffentlich ankündigt, dass diese Stellen dann doch wieder gleich outgesourct werden.

(Beifall PIRATEN)

Ich muss Ihnen ganz deutlich sagen: Ein solches Theater von Stellenaufbau und Stellenabbau lehnen wir ab.

(Beifall PIRATEN)

Wir sind für die angekündigten Stellensteigerungen bei den Planern im LBV. Wir lehnen diese **Infrastrukturgesellschaft des Bundes** ganz klar ab.

(Beifall PIRATEN)

Was mit der Verlagerung von Kompetenzen an den Bund und der Verkehrsplanung geschieht, haben wir bereits ausführlich bei den Bundeswasserstraßen gesehen. Meine Damen und Herren, das war nicht gut.

(Beifall PIRATEN)

Da hat sich überhaupt nichts verändert. Ganz im Gegenteil. Deshalb wird auch eine Infrastrukturge-

sellschaft des Bundes keinen Mehrwert für uns in Schleswig-Holstein bringen.

(Beifall PIRATEN)

Für die Misere, dass Planungen für Bundesfernstraßen bisher nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnten, hat sich allein Verkehrsminister Meyer zu verantworten. Denn er hat mantraartig beteuert, wir hätten genügend Fachkräfte, obwohl ihm alle bewiesen haben, dass er hiermit fachlich falsch lag.

Mit der Verlagerung der Infrastrukturgesellschaft tut man jetzt so, als wenn der LBV nicht planen könne. Doch die Landesbeamten können planen, wenn man sie denn ließe. Deshalb geht unser Antrag auch ein kleines bisschen weiter als der FDP-Antrag.

Die Strukturen, die jetzt im LBV geschaffen wurden, müssen wir erhalten. Das ist zum einen für die Attraktivität des LBV als Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein wichtig. Zum anderen benötigen wir auch die Kompetenzen, die wir aufgebaut haben, für die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur im Norden.

(Beifall PIRATEN)

Denn, meine Damen und Herren, das Land besteht aus mehr als nur aus Autobahnen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Jawohl!)

Warum sich der Ministerpräsident hierbei eingemischt hat, bleibt auch für uns ein Geheimnis. Normalerweise hätte ich gedacht, dass es so etwas wie Kabinettsitzungen gibt, wo man so etwas vorher bespricht, bevor man nach Berlin fährt, oder dass Herr Meyer, wenn er Stellen aufstocken will, das vorher mit dem Ministerpräsidenten klärt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jetzt sind wir ein wenig beim Kita-Niveau angekommen!)

Da wird die Infrastrukturgesellschaft des Bundes hoffentlich Thema gewesen sein. Aber offensichtlich hielt man es nicht für notwendig, uns in den damaligen Debatten im Landtag darüber zu unterrichten.

(Beifall PIRATEN)

Dabei betont der Minister doch immer, dass er gerne Ruhe in der LBV-Diskussion hätte. Er widerspricht sich allerdings selbst mit seinem Verhalten, denn er hat gerade damit Unruhe in die Diskussion gebracht, dass der LBV jetzt am Wackeln ist.

(Uli König)

Damit dieses Drama nun endlich ein versöhnliches Ende findet, sind wir gegen eine Infrastrukturgesellschaft mit Planungshoheit beim Bund.

(Beifall PIRATEN)

Die jetzt geschaffenen Strukturen müssen langfristig beibehalten werden, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive hier in Schleswig-Holstein zu geben. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ob Schiene, Wasserstraße oder eben die Bundesautobahn - bei jedem dieser Infrastrukturnetze wurde eine andere Lösung entworfen. Das Problem ist bei allen das Gleiche: Wie plant, baut und erhält man Netze kostengünstig?

Die **Deutsche Bahn** ist ein Wirtschaftsunternehmen in privatrechtlicher Form. Die Bilanz fällt zwanzig Jahre nach der Umstellung nicht gerade positiv aus. Die Fernverbindungen sind teilweise schlechter als vor zwanzig Jahren: Umsteigemöglichkeiten fallen weg, Fahrzeiten werden länger.

Bei der **Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung** des Bundes hat man diese Entwicklung einbezogen und daraus die Konsequenz gezogen, die Behördenstruktur des Bundes nicht infrage zu stellen, also nicht den privatrechtlichen Weg einzuschlagen.

Zu den Bundesautobahnen: Bund und Länder haben am 14. Oktober 2016 im Rahmen der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichsystems ab 2020 eine **Infrastrukturgesellschaft Verkehr** vereinbart. Ich möchte deutlich sagen: Wir, der SSW, haben uns gegen eine solche Gesellschaft ausgesprochen.

Aber es dreht sich um ein **Gesamtpaket der Finanzbeziehungen** zwischen Bund und Ländern. Um dieses schnüren zu können, bedurfte es Kompromisse. Das heißt, wir werden wahrscheinlich eine solche Infrastrukturgesellschaft bekommen. Allerdings sind deren Gründung und Einrichtung nicht mit einem Federstrich erledigt. Es taucht eine ganze Reihe von Fragen auf.

Das Thema ist sehr komplex. Niemand kann damit rechnen, dass noch in dieser Legislaturperiode eine Grundgesetzänderung zur Sicherung der Autobahnen als unveräußerliches Eigentum des Bundes, eine Gesellschaftsgründung und der Beschluss über eine Satzung derselben erfolgen werden. Die Sicherung des Eigentums des Bundes, verankert im Grundgesetz, ist eine absolute Notwendigkeit, ohne die es keinen Fortgang der Diskussion geben kann. Wann die Grundgesetzänderung erfolgen wird, ist noch nicht klar.

Was aber sicher ist, ist die Verunsicherung der Beschäftigten. Diese nehmen wir sehr ernst.

(Beifall SSW und SPD)

Die **Übernahme von Beschäftigten** ist zentraler Bestandteil der neuen Gesellschaft; denn ohne Menschen bleibt die neue Struktur ein bloßer Papiertiger. Uns erreichen Fragen vom Personal beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr. Die Beschäftigten befürchten, dass die Übernahme allein in Schleswig-Holstein eine Verringerung der Stellenzahl um 600 bedeuten kann. Man muss ehrlicherweise dazusagen, dass dies nicht nur mit der Infrastrukturgesellschaft zu tun hat, sondern auch mit den Straßenmeistereien, die, so wird dort befürchtet, dann im Laufe der nächsten fünf Jahre privatisiert werden könnten.

Was ist dann mit der Böschungspflege und dem Straßendienst an den Autobahnen? Wird die Infrastrukturgesellschaft private Dienstleister einsetzen? Werden dort die Löhne gesichert sein, oder drohen Dumpinglöhne? Wie sieht es mit den Altersversorgungsansprüchen aus? Was ist mit den Planungsfachleuten? Bereits heute haben wir große personelle Lücken in den Straßbauverwaltungen. Werden mehr Ingenieure eingestellt, oder wird die Arbeit weiter verdichtet? Wie wird sich das weiterentwickeln? Das sind Fragen, die uns gestellt werden. Wir sprechen von Tausenden Arbeitsplätzen in ganz Deutschland, die im Zusammenhang mit den Autobahnen stehen. Ich denke, es herrscht Konsens, dass wir die neue Struktur nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausformen dürfen.

(Beifall SSW und SPD)

Eine Beschäftigungsgarantie wurde von den Gewerkschaften bereits frühzeitig ins Spiel gebracht, um die Interessen der Beschäftigten zu schützen. Wie diese Garantie aussehen kann, ist aber noch nicht geklärt. Auf jeden Fall muss das **Tariftreugesetz** zum Zuge kommen; das ist eines der Kernprojekte der Küstenkoalition. Die tarifliche Absicherung - ohne die wir **existenzsichernde Löhne**

(Flemming Meyer)

wohl kaum halten können - aller Beschäftigten ist ein wichtiges Ziel. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen insoweit mit gutem Beispiel vorangehen. Eine Aushöhlung der Tariftreue durch die Hintertür kommt für den SSW nicht infrage.

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Daher sollten die Gewerkschaften von Anfang an in die Verhandlungen über einen Übergangstarifvertrag eingebunden werden.

Zusammenfassend zeigen sich derzeit noch viele offene Fragen. Wir müssen die weitere Diskussion abwarten. Der Beschluss über eine Infrastrukturgesellschaft ist zwar gefallen; dennoch ist bei Weitem nicht klar, wie sie genau aussehen wird. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen: Der MPK-Beschluss zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen war richtig. Das Gesamtpaket ist ein großer Erfolg für die Länder und damit auch für Schleswig-Holstein. Ein guter Kompromiss also!

Ich habe auch schon in der Öffentlichkeit gesagt, dass es dafür eine dicke Kröte zu schlucken galt, nämlich die Errichtung einer Bundesfernstraßengesellschaft durch den Bund und die entsprechende Zustimmung der Länder. Fachlich gesehen halte ich diesen Weg nach wie vor für falsch. Meine Auffassung werde ich auch an dieser Stelle nicht ändern.

Am Ende zählt jedoch das Gesamtinteresse. Natürlich hat mich der Ministerpräsident vorher gefragt: Was mache ich denn, wenn 15 andere Länder bereit sind, die Bundesfernstraßengesellschaft im Wege des Gesamtkompromisses herzugeben? - Ich habe gesagt: Natürlich musst du es dann tun, weil das Interesse von Schleswig-Holstein mehr ist als das Teilthema einer Bundesfernstraßengesellschaft.

Jetzt müssen wir sehen, wie wir mit diesem Beschluss umgehen. Die Formulierung des MPK-Beschlusses hält vieles offen. Über die Einzelheiten der Ausgestaltung gibt es noch keine Klarheit. Diese muss es bald geben; sonst wird uns die Unsicher-

heit über die Frage, wie es mit den Straßenbauverwaltungen der Länder weitergeht, lähmen. Das allerdings wäre schädlich für die Projekte, die in Schleswig-Holstein derzeit bearbeitet werden. Dies gilt gerade für die Projekte, die im Bundesverkehrswegeplan stehen; denn insoweit waren wir, das Bundesland Schleswig-Holstein, sehr erfolgreich.

Für uns steht die Frage im Vordergrund, wie es mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LBV weitergeht. Hier herrscht - das ist deutlich geworden - große Verunsicherung; denn in dem Beschluss der MPK finden sich dazu bisher nur zwei weiche Formulierungen:

„Dabei sollen die Interessen der Beschäftigten hinsichtlich Status, Arbeitsplatz und Arbeitsort beachtet werden. Die Personalvertretungen werden eingebunden.“

In dem Beschluss wird aber auch deutlich gemacht, dass es eine feste Vereinbarung gibt, dass **Standorte und Arbeitsplätze** für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesichert sein müssen.

Dennoch müssen wir darauf achten, was der Bund genau plant. Wir wissen ehrlicherweise noch nicht, welches Modell der Bund wirklich bevorzugt, sodass wir für die laufenden Verhandlungen der Länder mit der Bundesregierung folgende Grundsätze beachten müssen:

Erstens. Es darf keine **Grundgesetzänderung** geben, ohne dass man weiß, wie die neue Bundesfernstraßengesellschaft genau aussieht. Der Bund muss offenlegen, was das Errichtungsgesetz beinhalten soll. Ansonsten hätten wir Länder eine Fahrt ins Blaue, wir gäben dem Bund einen Freifahrtschein. Das darf nicht sein.

Zweitens. Wir wollen in Schleswig-Holstein von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Zuständigkeit für die Bundesstraßen in unserem Bundesland zu behalten. Wenn wir dem Ansinnen der CDU gefolgt wären, wäre auch das wahrscheinlich nicht möglich. Über die Frage der B 5 an der Westküste würde dann zentral und nicht hier vor Ort entschieden. Diese Entscheidungshoheit wollen wir behalten. Dafür brauchen wir aber eine **auskömmliche Finanzierung**, vor allen Dingen bei den Planungskosten.

Drittens. Es muss klar sein, dass der Bund bereits in der Übergangszeit die **Planungskosten für die Autobahnen** zu 100 % übernimmt. Ansonsten entstünden für die Länder verlorene Investments. Warum sollen wir noch mit 3 % der Planungskosten planen, wenn der Bund uns anschließend alles abnimmt?

(Minister Reinhard Meyer)

Wir brauchen eine doppelte **Privatisierungssperre**; das ist sehr wichtig. Es reicht nicht aus, dass der Bund Eigentümer der Bundesfernstraßen bleibt. Wir brauchen auch keine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung privater Dritter an einer solchen neuen Gesellschaft. Das ist ein sehr wichtiger Punkt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir brauchen auch klare Zuständigkeiten. Wer für die Planung zuständig ist, macht auch die Planfeststellung. Oder umgekehrt: Wer das eine nicht macht, soll auch das andere nicht machen. Das wären neue Doppelstrukturen, das wäre neue Bürokratie. Diese können wir nicht gebrauchen. Wir brauchen Konsens mit den Ländern. Wir brauchen vor allen Dingen keine Hängepartie; denn jede Hängepartie ginge zulasten der Beschäftigten. Deswegen muss es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbauverwaltungen der Länder eine klare **Beschäftigungs- und Standortgarantie** geben.

Für die Landesregierung ist klar: Die Existenz des LBV ist auch zukünftig gesichert. Mit uns wird es keine Privatisierung geben. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Beratungen.

Wenn ich der Debatte richtig gefolgt bin, dann ist keine Ausschussüberweisung beantragt, sondern es ist Abstimmung in der Sache gewünscht? - Dann schlage ich Ihnen abweichend von der Geschäftsordnung vor, die vorliegenden Änderungsanträge jeweils zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachenummer 18/4822 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind alle übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen sehe ich nicht, damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4880 abstimmen. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind ebenfalls die Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das

sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Es gibt keine Enthaltungen.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4892 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind alle übrigen Fraktionen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse schließlich über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4885 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind alle übrigen Fraktionen. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

3. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 18/4885 4. Ablehnung des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/4892

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich mich bedanken und auf der Tribüne einen weiteren Gast begrüßen. Das ist der Direktor von NAH.SH, Herr Bernhard Wewers. Herzlich willkommen im Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.04.2016 bis 30.6.2016

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 18/4798

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem heutigen Tag möchte ich Ihnen den Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das zweite Quartal 2016 vorstellen. In diesem Zeitraum hat der Petitionsausschuss 93 neue Petitionen erhalten. Ein Drittel dieser Anliegen wurde auf dem Wege einer Online-Petition an den **Petitionsausschuss** herangetragen. 86 Petitionen wurden abschließend beraten. Es ging eine öffentli-

(Uli König)

che Petition zum Thema **Windenergie** und Infra-schall ein, die von 2.899 Bürgerinnen und Bürgern mitgezeichnet worden ist. Dies zeigt, dass das Instrument der öffentlichen Petition von vielen Menschen angenommen wird und dass es eine gute Möglichkeit ist, die Bürger am Parlament zu beteiligen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insgesamt konnten 32 Petitionen im Sinne oder teilweise im Sinne der Petentinnen oder Petenten erledigt werden. Eine Petition hat besondere mediale Aufmerksamkeit erhalten, da die Petenten ihren Fall durch Zeitungen und Fernsehen öffentlich gemacht haben. Im Falle eines beabsichtigten Abrisses eines Hauses wegen einer fehlenden **Baugenehmigung** hat der Ausschuss einen Eilbeschluss gefasst. Ein wichtiger Punkt bei der Beratung war, dass das Haus vor über 80 Jahren gebaut wurde.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war eine gute Entscheidung!)

Das ist schwer nachvollziehbar. Der Petitionsausschuss hat sich dafür ausgesprochen, dass der zuständige Kreis den größtmöglichen Ermessensspielraum in Anwendung bringt und prüft, ob den jetzigen Eigentümern eine lebenslange Nutzung zugesprochen werden kann. Das Haus ist nicht abgerissen worden.

An dieser Stelle möchte ich nochmals betonen, dass der Petitionsausschuss gemäß Artikel 25 der Landesverfassung als politisch handelndes Organ des Parlaments konzipiert ist. Der Petitionsausschuss kann daher in Kenntnis der Bindung an gerichtliche Entscheidungen der Landesregierung Empfehlungen geben, die aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls geboten erscheinen. Davon hat der Ausschuss im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht. Mich freut ganz besonders, dass wir den Menschen helfen konnten.

Aber auch viele andere Petitionen, die vertraulich und unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden, greifen die unterschiedlichsten Themenbereiche im Land auf. In einem Fall begehrt der Petent, dass das Land Schleswig-Holstein Auszubildende finanziell unterstützen möge, deren Berufsschulstandort vom Ort des Ausbildungsbetriebs so weit entfernt ist, dass für die Dauer des Berufsschulblockunterrichts eine zusätzliche Unterkunft finanziert werden müsste. Der Ausschuss hat festgestellt, dass die vom Petenten geschilderte Problematik Gegenstand der Beratungen um die Novelle des § 65 III. Sozialgesetzbuch im Jahr 2011 war. Gleichwohl hat der Ausschuss das Problem der

Härtefälle erkannt, die trotz Ausschöpfung aller eigenverantwortlichen Mittel durch die Kostenlast vor die Wahl gestellt werden, die **Ausbildung** zu beenden oder sie fortzuführen. Aus diesem Grund hat der Ausschuss das Ministerium gebeten zu prüfen, ob § 112 Schulgesetz entsprechend ergänzt werden kann, sobald eine Novellierung des Schulgesetzes beabsichtigt ist.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

In einem anderen Fall beehrte ein Petent Hilfe bei der Klärung seiner Rentenansprüche als Umsiedler. Der Ausschuss konnte ihn auf die Möglichkeit hinweisen, einen Antrag bei der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover zu stellen.

Der Petitionsausschuss hat im vorliegenden Quartal wieder von seiner Möglichkeit Gebrauch gemacht, seine Beschlüsse den Landtagsfraktionen zuzuleiten. So ist er im Rahmen eines Petitionsverfahrens zu dem Schluss gekommen, dass er - durch gesetzgeberische Vorgaben auf Bundes- sowie auf Landesebene - durchzuführenden Debatten über die Errichtung von Windkraftanlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mit einem Votum vorgreifen mag. Der Beschluss wurde den Fraktionen mit Bitte um Berücksichtigung bei politischen Initiativen zur Verfügung gestellt.

Auch im vorliegenden Berichtszeitraum konnte vielen Petitionen jedoch nicht entsprochen werden. Auch wenn der Petition in diesen Fällen nicht entsprochen werden kann, so ist das Verfahren nicht umsonst. Vielen Bürgerinnen und Bürgern konnten wir im Einzelfall erklären, warum die Rechtslage in diesem Fall so ist, wie sie ist. Dies hilft, um das Verständnis der Menschen und den Durchblick im Paragrafenschungel zu erweitern.

(Beifall Jürgen Weber [SPD])

- Danke. - Darüber hinaus stellt der Petitionsausschuss ein Frühwarnsystem für dieses Parlament dar. Wir hören im Petitionsausschuss oft sehr früh, wo die Bürger der Schuh drückt.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle könnte ich noch viele Beispiele bringen, aber ich möchte meine Rede aufgrund des Zeitrahmens abkürzen. Ich bitte Sie, die Erledigung der Petitionen aus dem zweiten Quartal 2016 zu bestätigen, und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. - Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 18/4798 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das ist der Kollege Dr. Breyer. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dies gegen die Stimme des Kollegen Dr. Breyer so von den übrigen Mitgliedern des Hauses angenommen.

Der Kollege Dr. Breyer hat mich davon unterrichtet, dass er nach § 64 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung jetzt zu seinem Abstimmungsverhalten eine persönliche Erklärung abgeben möchte. Dazu erteile ich ihm das Wort.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Nein, Herr Kollege, man kann dies auch nach der Abstimmung machen, und so machen wir es.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Arp, ich wollte es ein bisschen spannend machen. Daher habe ich zuerst abgestimmt, und ich werde dies danach begründen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Schön, dass Sie mir das erklären!)

Es geht darum, dass eine Petition eingereicht worden ist, die sich gegen das Gesetz zur **Digitalisierung der Energiewende** richtet. Das ist ein Gesetz, über das wir hier schon gesprochen haben. Es sieht vor, dass zwangsweise in alle unsere Wohnungen ein Smart Meter eingebaut werden soll. Obwohl wir dies hier vielfach kritisiert haben, hat sich der Petitionsausschuss dem Votum des Energiewendeministeriums im Bundesrat angeschlossen, nicht den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das heißt, der Einbauzwang kommt.

Aus Gründen des Schutzes der Privatsphäre halte ich das für absolut unvertretbar und falsch. Ich glaube auch, dass viele Bürger dagegen protestieren werden. Für mich ist die Problematik nicht erledigt. Deswegen konnte ich nicht zustimmen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Der Tagesordnungspunkt ist damit abgeschlossen und erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Bericht zur Evaluierung des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4800

Zunächst erteile ich für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Gesetzgeber hat die Landesregierung gebeten, das Tariftreuegesetz drei Jahre nach seinem Inkrafttreten auf seine Wirkung hin insbesondere hinsichtlich der Effizienz und Zielerreichung zu evaluieren.

Die Befragung der öffentlichen Auftraggeber und der Unternehmen hat ein externer Gutachter vorgenommen. Das über 200 Seiten starke und aussagekräftige **Gutachten** liegt Ihnen vor. Das **Tariftreue- und Vergabegesetz** hat dabei einerseits Kritik erfahren, es sei zu bürokratisch, zum Teil nicht verständlich genug formuliert und für kleine Unternehmen nicht unbedingt praktikabel.

(Beifall CDU)

Gerade beim vergaberechtlichen **Mindestlohn** werden dem Gesetz andererseits ausdrücklich positive Effekte bescheinigt. Das hat seine sozialpolitische Intention erfüllt. Anforderungen zu ökologischen Aspekten und Energieeffizienz sind keine Schreckgespenster mehr, sondern längst in der vergaberechtlichen Praxis angekommen und überwiegend auch Bestandteil der eigenen Unternehmensphilosophie geworden.

Meine Damen und Herren, das Tariftreuegesetz hat 2013, als es beschlossen wurde, bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Die sogenannten vergabefremden Kriterien sind früher heftig bekämpft worden. Heute sind der Fokus auf ökologische und energieeffiziente Produkte sowie die für gute Arbeit wichtigen ILO-Kernarbeitsnormen wie selbstverständlich in den EU-Vergaberichtlinien und im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verankert. Also der Landtag in Schleswig-Holstein hat hier in der Tat bereits viele Dinge vorausgesehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Reinhard Meyer)

Wir sind weg von einer reinen preisorientierten hin zu einer nachhaltigen und strategischen Beschaffung gekommen. Dort, wo es möglich ist - und genau das wollten wir erreichen, meine Damen und Herren -, haben wir das mit diesem Gesetz erreicht.

Und ja, der Gutachter hat vorgeschlagen, den vergaberechtlichen Mindestlohn bei 9,18 € einzufrieren. Die Landesregierung hat aber im Kabinett entschieden, sich bewusst über diese Empfehlung des Gutachters hinwegzusetzen; denn wir haben ein klares Prinzip: Arbeitnehmer in Privatfirmen, die öffentliche Aufträge erhalten, müssen genauso gut und fair bezahlt werden, als würde die öffentliche Hand diese Aufträge mit den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbst ausführen. Das ist unser Prinzip.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die unterste Entgeltgruppe im TV-L liegt inzwischen bei 9,99 €. Deshalb ist es konsequent, dass man das dann auch entsprechend anpasst, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage Ihnen auch sehr deutlich: Das ist nicht der Untergang des Abendlandes. Bei 90 % der befragten Unternehmen hat der bisherige vergaberechtliche Mindestlohn von 9,18 % zu keiner Anhebung der Löhne führen müssen, sagt das Gutachten. Auch die Angebotspreise sind nahezu unverändert geblieben. Nur in bestimmten Niedriglohnbereichen, wie dem Wach- und Sicherheitsgewerbe, dem Gebäudereinigungsgewerbe, gab es Preissteigerungen von über 10 %. Aber genau das ist das politische Ziel der Erhöhung des vergaberechtlichen Mindestlohns. Schließlich geht es um faire Löhne und gute Arbeit und um höhere Löhne für Menschen, die eben nicht, so wie wir hier, Geld auf die hohe Kante legen können. Die brauchen jeden Cent mehr, und genau deswegen machen wir das.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, der Gutachter hat uns eine Reihe von Handlungsempfehlungen an die Hand gegeben, die wir so weit wie möglich umsetzen wollen. Um die Verständlichkeit zu erhöhen und die Bürokratie abzubauen, wollen wir das TTG redaktionell überarbeiten. Das sollte in der nächsten Legislaturperiode passieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Wird es, oder wird es nicht?)

- Das wird in der nächsten Legislaturperiode passieren, Herr Vogt. Das werden Sie erleben, ob im Parlament oder außerhalb, werden wir auch sehen.

Das, was wir jetzt können, werden wir also auch zeitnah sehen, nämlich wir geben den öffentlichen Auftraggebern den Freiraum, mit einer Unterschrift alle Erklärungen abzugeben. Das war ein Kritikpunkt im Gutachten, den wir ebenfalls aufnehmen werden.

So macht es zum Beispiel Sinn, bei dem ILO-Kernarbeitslohn nur noch von dem Anbieter eine Erklärung einzufordern, der am Ende tatsächlich auch den Auftrag bekommen soll. Das bedeutet weniger Bürokratie.

Diese Landesregierung hat ein klares Ziel: Wir wollen das gute Tariftreue- und Vergabegesetz noch besser machen. Und alle dürfen gerne in den Ausschüssen oder andernorts mitmachen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich eröffne die Aussprache und erteile jetzt das Wort dem Herrn Kollegen Johannes Callsen von der CDU-Fraktion.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist selbstverständlich, dass jedes Gesetz einer laufenden Überprüfung unterliegt. Dass die Koalition allerdings eine Evaluation des Tariftreuegesetzes schon in das Gesetz hineinschreibt, das kann doch nur heißen: Entweder trauen Sie sich in der Koalition selbst nicht über den Weg, oder Sie wussten von vornherein, dass das Ganze Murks ist.

Wenn Sie aber schon eine **Evaluation** in dieses Gesetz hineinschreiben und diese auch durchführen, dann sollten Sie zumindest die Ergebnisse Ihres eigenen Gutachters ernst nehmen. Sie feiern das **Vergabegesetz** - wir haben es auch eben wieder gehört - als sozialpolitische Großtat. Fakt ist aber, dass über 90 % der Unternehmen angeben, trotz des Mindestlohns von 9,18 € keine Lohnanpassung hätten vornehmen zu müssen. Das macht doch deutlich: In über 90 % der Unternehmen gelten **Tarifverträge** mit Löhnen weit über dem bisherigen Landesmindestlohn. Das ist übrigens nicht nur gut,

(Johannes Callsen)

sondern das ist auch die elementare Verantwortung der Tarifpartner.

(Beifall CDU)

Was übrig bleibt, sind laut Bericht die Gebäudereinigung und das Sicherheitsgewerbe. Und auch hier muss festgehalten werden: Für beide gelten allgemeinverbindliche Tarifverträge, deren Höhe schon jetzt auf dem Niveau beziehungsweise über dem bestehenden Landesmindestlohn liegt. Die Tarifverhandlungen für 2017 lassen da durchaus noch Erhöhungen absehen.

Deswegen bleibt festzuhalten: Sozialpolitisch hat Ihr Gesetz überhaupt nichts erreicht. Was Sie erreichen, ist die Diffamierung von ganzen Branchen, in denen die Gewerkschaften allgemeinverbindliche Tarifverträge geschlossen haben, übrigens Tarifverträge, deren Allgemeinverbindlichkeit dieser Wirtschaftsminister, Herr Meyer, unterschrieben hat. Und was macht Herr Meyer? Er fordert im Frühjahr, den **Landesmindestlohn** einzufrieren. Eine Woche später will er ihn ganz abschaffen. Und jetzt soll der Landesmindestlohn plötzlich auf 9,99 € ansteigen. Lieber Herr Meyer, Sie haben offenbar keine Durchsetzungskraft in der Koalition, und glaubwürdig ist das Ganze am Ende nicht.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, so sehr Ihr Gesetz ein sozialpolitischer Flop ist, so sehr bringt es für die Vergabestellen und die Unternehmen überflüssige **Bürokratie** on top. Denn das Urteil der Evaluierung ist doch vernichtend. Das Gesetz ist weder verständlich noch praktikabel, sagt die übergroße Mehrheit der Befragten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen leiden hierunter und werden im **Wettbewerb** benachteiligt. Das sagen übrigens nicht die Betroffenen selbst, sondern die Vergabestellen, die das aus erster Hand mitbekommen.

Nur 17 % sehen im Tariftreuegesetz eine Förderung des Wettbewerbs. Im Umkehrschluss sind es also 83 %, die durch Ihr Gesetz eine Behinderung des Wettbewerbs sehen.

Meine Damen und Herren, diese Ergebnisse sind eine richtige Klatsche für SPD, Grüne und SSW. Dies alleine wäre für den Wirtschaftsstandort schon dramatisch genug. Aber was Sie mit dieser Evaluierung machen, das schlägt nun wirklich dem Fass den Boden aus. Sie nehmen weder die Erkenntnisse und Empfehlungen Ihrer eigenen Gutachter zur Kenntnis; Sie missachten auch noch die Empfehlungen Ihrer Gutachter. Und für diesen ideologischen Blindflug, für ein Gutachten, dessen Ergebnis

Sie überhaupt nicht interessiert, bezahlen Sie auch noch 81.000 €. Dieses Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, hätten Sie wirklich sinnvoller anlegen können.

(Beifall CDU und FDP)

Festzuhalten bleibt: Das Tariftreuegesetz ist ein sozialpolitischer Flop. Es ist ein gutachterlich bestätigtes Bürokratiemonster und eine Wachstumsbremse für den Wirtschaftsstandort, gerade für die kleinen und mittleren Betriebe, die wir hier im Lande haben.

Und Sie belasten nicht nur die Betriebe, die in Schleswig-Holstein schon aktiv sind, sondern Sie schrecken mit Ihrer ideologischen Wirtschaftspolitik auch die Unternehmen ab, die sich für Schleswig-Holstein als neuen Standort interessieren.

(Beifall CDU)

Es hat doch seinen Grund, dass die Zahl der Neuanmeldungen - wir haben schon darüber debattiert - unter Rot-Grün-Blau von 190 Unternehmen im Jahre 2012 auf 134 im Jahre 2015 eingebrochen ist.

Herr Meyer, Sie haben in der letzten Debatte behauptet, dass die Zahl der Arbeitsplätze gestiegen sei. Deswegen nur zur Klarstellung: 2012 waren es 2.800 neue Arbeitsplätze, 2015 waren es aber nur noch 1.734. Eine Steigerung ist das wahrlich nicht.

Nun will ich Ihnen aber zugutehalten: Falls Sie die Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze von 2015 zu 2014 gemeint haben sollten, dann waren das in der Tat sechs Arbeitsplätze zusätzlich. Da haben Sie recht. Herr Meyer, ich muss sagen, Sie sind wirklich mit wenig zufrieden, aber Selbstzufriedenheit ersetzt keine gute **Wirtschaftspolitik**. Sie bringen den Standort nicht voran. Das werden wir im nächsten Jahr ändern. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser **Tariftreuegesetz** steht für die Ausweitung und die Einhaltung von Tarifen. Wer von der öffentlichen Hand Aufträge erhält, soll seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ordentlich bezahlen. Wer sich um öffentliche Aufträge bewirbt, soll kein Lohndumping von Mitbewerbern fürchten müssen.

(Dr. Ralf Stegner)

Das ist unsere Erwartungshaltung an das Tarifreuegesetz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Quartett aus Mitbestimmungsgesetz, Tarifreue- und Vergabegesetz, Landesmindestlohn und Korruptionsregister ist Ihrer Ansicht nach alles Bürokratie. Wir finden, das ist alles **gute Arbeit**. Insofern ist es schön, dass die Wählerinnen und Wähler einen klaren Unterschied sehen werden zwischen Schwarz-Gelb auf der einen Seite und der Küstenkoalition auf der anderen Seite.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist alles gut, und das ist unser Beitrag zur guten Arbeit.

Gleichzeitig geben wir dem Wettbewerb eine soziale Leitplanke; es heißt nämlich „soziale Marktwirtschaft“. Davon profitieren Unternehmen wie Beschäftigte gleichermaßen. Unternehmen, die mit Lohndumping erfolgreich sein wollen, kommen bei öffentlichen Aufträgen nicht zum Zuge, und das ist auch gut so. Außerdem wollen wir, dass öffentliche Auftraggeber ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe berücksichtigen.

Die Opposition wollte uns einreden, das überfordere die Unternehmen. Deshalb wollte die CDU das abschaffen, wie sie es ja immer macht mit solchen Gesetzen. Herr Callsen meinte damals als Oppositionsführer, das konsolidiere den Haushalt. Es hieß, das Gesetz schade der Wirtschaft. Was haben wir gemacht? Wir haben die Wirtschaft selbst gefragt, wie sie denn damit umgeht. Ja, es ist nicht alles perfekt, das stimmt.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

Aber: Richtig ist jedenfalls, dass die Fakten der Evaluation uns zeigen, dass die Unkenrufe von CDU und FDP verhallt sind. Tatsächlich haben nämlich lediglich 10 % der von dem Tarifreuegesetz betroffenen Unternehmen Anpassungen bei den Löhnen vornehmen müssen. War das Gesetz also überflüssig? Nein; denn die gewollte Wirkung hat es sehr wohl gehabt. Im Niedriglohnsektor, also im Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie Gebäudereinigergewerbe, hat es spürbare Verbesserungen von bis zu 12,8 % gegeben. Die Menschen haben real mehr Geld in der Tasche. Hören Sie auf, gegenüber Menschen, die hart arbeiten müssen, so zu reden, als wären sie so privilegiert wie die, die das hier kritisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zahlt die Zeche der Verbraucher? Das war die zweite Feststellung. Im Gegenteil; denn auch die Preise haben sich nicht erhöht.

Fazit: Der faire **Wettbewerb** wurde nicht behindert, wie die Opposition es behauptet. Im Gegenteil, der faire Wettbewerb wird durch das Tarifreuegesetz geschützt. Deshalb werden wir den Weg auch weitergehen.

Wirtschaftsminister Meyer hat zu Recht den vergeberechtlichen **Mindestlohn** auf 9,99 € angehoben; denn es gilt: Wir wollen diejenigen, die Aufträge kriegen, nicht schlechter bezahlen als diejenigen, die im öffentlichen Dienst arbeiten. Das ist völlig richtig so.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht um Löhne, von denen die Menschen auch leben können. Die CDU will ihnen auch dieses Geld - wie schon bei den Kitas - wieder wegnehmen. Sie sind diejenigen, die den Menschen immer das Geld wegnehmen wollen. Das ist Ihr Wahlkampfeschlager. Machen Sie ruhig weiter so. Sie werden sehen, was die Menschen davon halten.

Im Übrigen haben wir, finde ich, auch die Kaufkraft zu beachten. Schon die Erhöhung des Bundesmindestlohns bedeutet laut DGB bei 130.000 Betroffenen ein Plus von 50 Millionen € pro Jahr mehr Kaufkraft.

Übrigens: Anders, als es Herr Callsen glaubt, wird der Landesmindestlohn nicht erhöht. Wir sind jetzt an dem Punkt angekommen, an dem wir uns einfädeln in den Bundesmindestlohn. Das geht übrigens zurück in die **Tarifautonomie**. Das ist auch ein richtiger Punkt. Wir werden den Landesmindestlohn so lange eingefroren lassen, bis der Bundesmindestlohn genau da ist. Das ist Tarifautonomie. Wir haben immer gesagt, wenn der Bundesmindestlohn da ist, dann haben die Tarifpartner wieder das Wort.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Aber gerne.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Vogt, bitte.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Dr. Stegner, das ist das übliche Muster. Sie haben den Bericht mit Sicherheit nicht gelesen und verkünden hier jetzt Sachen, bei denen im Ergebnis das glatte Gegenteil herausgekommen ist. Aber nun wird es wirklich lustig, wenn Sie sagen, Sie lassen es, was den Landesmindestlohn angeht, zusammenlaufen. Wenn man sich anschaut, wie der Bundesmindestlohn erhöht wird und wie Sie den Landesmindestlohn erhöhen, dann stellt man fest, dass die Differenz immer größer wird. Sie führen es also nicht zusammen, sondern bringen es weiter auseinander. Wie Sie das jetzt intellektuell hinbekommen haben, ist mir wirklich ein Rätsel.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das kann ich Ihnen gut erklären. Sie sind ja in der Lage, so etwas zu verstehen. Zunächst sollten Sie von sich auf andere schließen und mutmaßen, ob man Berichte liest oder nicht. Aber Sie haben ja nicht einmal zugehört; denn Sie müssen unterscheiden: Ich habe von dem Vergabemindestlohn gesprochen. Das ist der, der sicherstellt, dass Menschen für Tätigkeiten, die sonst im öffentlichen Dienst gemacht werden würden, nicht geringer bezahlt werden. Das ist also die niedrigste Tarifgruppe. Sie steigt in der Tat mit den Tarifvereinbarungen.

Der Landesmindestlohn, den wir jenseits des Tarifmindestlohns eingeführt haben, diente dazu, dass es bundesweit zum Mindestlohn kommt. Den haben wir jetzt im Bund. Im Bund ist vereinbart worden, dass eine Kommission, bestehend aus den Tarifparteien, das regelt. Jetzt bleibt der Landesmindestlohn da, wo er ist. Das ist also nicht der vergaberechtliche Mindestlohn, sondern der andere. Letzterer bleibt also da, wo er ist. Sobald der Bundesmindestlohn da ist, ist der Landesmindestlohn überflüssig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist doch eigentlich relativ einfach zu verstehen, Herr Kollege Vogt; das müssten Sie schaffen können.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, der Abgeordnete möchte eine weitere Bemerkung machen. Ich frage Sie, ob Sie dies zulassen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich bin sehr für Nachwuchsförderung zu haben. Also, gerne weiter so.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Dr. Stegner, und ich habe ein Herz für ältere Menschen. Insofern passt das sehr gut zusammen.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

- Das sieht man schon bei Ihrem Fraktionsvorsitzenden; das ist wahr.

Ja, aber da sind die grauen Zellen noch frischer, habe ich den Eindruck. Aber egal.

(Heiterkeit)

Auf jeden Fall bin ich etwas überrascht angesichts des Unterschieds, den Sie zwischen dem vergaberechtlichen Mindestlohn und dem Landesmindestlohn gemacht haben. Ich habe die Frage nämlich auch Herrn Dr. Nägele im Wirtschaftsausschuss gestellt, und der hat sie mir - anders als Sie jetzt - so beantwortet, dass der Landesmindestlohn dann auch entsprechend angepasst werden sollte, was ja auch logisch ist. Wenn man den vergaberechtlichen Landesmindestlohn anpasst, dann muss man den richtigen Landesmindestlohn ja auch anpassen. Also, Herr Dr. Nägele hat nach meiner Erinnerung im Ausschuss genau das Gegenteil erzählt. Aber vielleicht klären Sie das ja intern noch.

- Erstens glaube ich, dass Sie Herrn Dr. Nägele entweder nicht zugehört oder ihn nicht verstanden haben. Zweitens würde ich Sie einladen, einmal die Unterlagen zu lesen. Sie haben gerade zu mir gesagt, ich solle die Berichte lesen. Lesen Sie doch einmal die Unterlagen, die der Wirtschaftsminister erstellt hat. Dann werden Sie feststellen, was hier erhöht wird und was nicht. Ich sage es Ihnen noch einmal: Dass jetzt der vergaberechtliche Mindestlohn erhöht wird, hat etwas mit der Systematik zu tun, dass wir sagen, wir wollen keine Anreize für Privatisierung schaffen, dafür, dass Lohndumping stattfindet. Die Mitarbeiter haben es verdient, genau das Gleiche zu bekommen wie die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

Im Übrigen war der Landesmindestlohn ein Instrument, um den Bundesmindestlohn, den Sie ja be-

(Dr. Ralf Stegner)

kämpft haben, zu erreichen. Den haben wir nun. Wir sind zurück in der Tarifautonomie. Das war immer unsere Position. Deswegen wird die Erhöhung des Landesmindestlohns so lange angehalten, bis wir den Bundesmindestlohn da haben, und dann werden wir ihn aufheben können. Das haben wir übrigens schon gesagt, als wir ihn damals eingeführt haben. Also, lesen Sie einmal in den Unterlagen, Herr Kollege Vogt. Da werden sie alles finden. Es ist schön, in den Unterlagen zu lesen. Dabei kann man eine Menge lernen, und man erspart sich Fragen, die man sonst stellen muss.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir halten an den Dingen fest, die wir Ihnen hier angekündigt haben. Wir sind wirklich der Meinung, dass gute Arbeit der Kern ist. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft, sondern sozial ist, was gute Arbeit schafft, Arbeit, von der man leben kann, die nicht krank macht, die nicht befristet ist und die auch die sozialen Sicherungssysteme finanziert. Ich finde, dieses Erfolgsmodell Tarifreuegesetz hat sich bewährt. Gute Arbeit, fairer Wettbewerb, gute Löhne, das steht für uns nicht zur Disposition.

Das Schöne ist ja: Darüber kann man in diesem Landtag so herrlich miteinander streiten. Das Gute daran ist, Herr Kollege Vogt, dass die Menschen dann die Unterschiede erkennen. Da müssen sie gar keine Populisten wählen, sondern sie haben eine Auswahl zwischen den demokratischen Parteien, nämlich den einen, die für gute Arbeit und für Tarifbindung sind, und den anderen, die das für bürokratischen Unsinn halten wie Herr Callsen und Herr Vogt. Dann hat man eine gute Wahl zu treffen. Ich bin da außerordentlich zuversichtlich, wie die meisten Menschen entscheiden werden.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

- Diejenigen, die es gar nicht nötig haben, Herr Kollege Schlie, weil sie genügend Geld haben, meine ich nicht. Aber die meisten Arbeitnehmer, die von guter Arbeit leben, werden das erkennen können. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank, Herr Minister, für den Bericht. Das **Tarifreuegesetz** ist in seiner Wirkung ökologisch, fair und gerecht. Was heißt das konkret? Verbesserung des Umweltschutzes, Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnorm, Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen, Förderung von Chancengleichheit. Was kann man eigentlich dagegen haben?

Das zentrale politische Instrument ist der vergabespezifische **Mindestlohn** von 9,18 €. Wir haben in der Tat die Evaluierung ins Gesetz geschrieben. Wir wollten die Wirkung auf die Menschen, aber vor allen Dingen auf die Wirtschaft und auf das Thema „gute Arbeit“ und „gute Wirtschaft“ überprüfen. Das finde ich erst einmal richtig.

Erstens: Verständlichkeit und Praktikabilität. In der Tat, 60 % der öffentlichen Auftraggeber und 53 % der Unternehmen sehen das kritisch. Es gibt ein leichtes Infodefizit bei Kleinst- und mittelständischen Unternehmen. Empfohlen wird hier eine Verbesserung. Ich finde, darüber muss man nachdenken.

Zweitens. Wirkungen des Tarifreuegesetzes im Hinblick auf den freien **Wettbewerb**. Das fand ich sehr interessant: Die Wettbewerbsstruktur blieb weitgehend konstant. Es gibt eine, wie ich finde, sehr interessante Feststellung im Gutachten - ich zitiere -:

„Die Einführung des vergabespezifischen Mindestlohns hatte keine wesentlichen Auswirkungen ... und konnte auch nicht als ursächlich für ein nachlassendes Bemühen um öffentliche Aufträge identifiziert werden.“

Das ist die wichtigste Erkenntnis. Das sollten Sie in der Opposition auch einmal aus dem Gutachten herausziehen, anstatt zu zetern und alles in Bausch und Bogen zu verurteilen; denn hier ist eine klare Aussage der Gutachter getroffen worden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens: Einsatz von **Niedriglohnkräften** und Entlastung der **sozialen Sicherungssysteme** - wie ich finde, ein voller Erfolg. 65 % der befragten Unternehmen gaben an, das Tarifreuegesetz verhindere Niedriglohn und habe einen positiven Einfluss auf die Entlastung der sozialen Sicherungssysteme.

(Dr. Andreas Tietze)

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

97,8 % haben **keine Verstöße** gegen wichtige Anforderungen festgestellt - übrigens ein wichtiges Argument, wenn dann gleichzeitig im Gutachten in der Tat gesagt wird, es gebe Defizite bei der Kontrolle. Aber wenn sich 97,8 % daran halten, ist der Ehrliche eben nicht der Dumme in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Stefan Bolln [SPD])

Viertens: Berücksichtigung von sozialen und innovativen Aspekten sowie **Umweltschutz** und **Energieeffizienz**. Da habe ich jetzt als Grüner einmal besonders genau hingeschaut: 16,3 % attestieren einen positiven Effekt auf den Umweltschutz - in der Tat 16,3 %. Aus grüner Sicht könnte der Effekt größer sein, aber 16,3 % im Wahlergebnis - da wären wir schon zufrieden.

57 % der Vergabestellen haben aber gesagt: Umweltbezogene Anforderungen sind gestellt worden. Und 53 % der öffentlichen Auftraggeber veranlagten konkrete Aufgaben zu Energieverbrauch und Energieeffizienz. Wenn wir das einmal umsetzen, heißt das: Jeder Zweite hat sich mit dem Thema Energieeffizienz und Klimaschutz befasst. Ich finde, das ist auch eine Wirkung, die man nicht unterschätzen darf.

In der Tat gaben 94,5 % einen höheren **Bürokratieaufwand** an. - Aber ist Bürokratie eigentlich so schlecht? Sind Sie der Auffassung, wir sollten Bürokratie komplett abschaffen?

(Christopher Vogt [FDP]: Unnötige!)

Ich finde nicht. In der öffentlichen Meinung hat die Bürokratie oftmals ein Imageproblem. Es wird von Unternehmen, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern als etwas Negatives empfunden. Aber liest man die Berichte der deutschen Wirtschaft mal genau, ist es eben genau der Wettbewerbsvorteil des Standorts Deutschland, der diese Verlässlichkeit schafft.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das heißt, Bürokratie schafft auch **Investitionssicherheit**, Investitionsverlässlichkeit.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Diese positiven Seiten - Rechtsschutz, Rechtssicherheit, Freiheit von Willkür -, diese positiven Aspekte hat einmal der große Soziologe Max We-

ber in seinem Kopf gehabt, als er in seinem Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“ eben von der permanenten Verbesserungswürdigkeit der Bürokratie gesprochen hat. Wir sollten diese Empfehlungen ernst nehmen.

Tatsächlich habe ich in das, was der Herr Minister angesprochen hat - eine Unterschrift für alle -, auch einmal hineingeschaut: zehn verschiedene Formulare - das kann man besser machen. Das kann man optimieren.

Mein Fazit: Der **Landesmindestlohn** von 9,18 € ist immer noch besser als 8,84 €. Wer möchte wirklich kurz vor Weihnachten den Menschen 34 ct Kürzungen vorschlagen? Ich fände es auch ungerecht! Ich bin auch ein bisschen stolz auf die 9,99 €. Ich meine - das darf man wirklich einmal sagen -: Wir sind das erste Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das einen armutsfesten Lohn garantiert. Nach OECD-Studie liegt der armutsfeste Lohn - das heißt, wir reden darüber, dass man von seiner Hände Arbeit wirklich leben kann - bei 9,84 €.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Wir sind bei 9,99 € - als erstes Bundesland.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich finde, darauf kann man zu Recht stolz sein. Ich frage mich auch Folgendes, wenn die Kontrollthematik im Gutachten angesprochen ist: Wir haben es im Gutachten insbesondere in Bezug auf die **Kommunen** lesen können, wir haben 3,8 Millionen € Konnexitätsausgleich gegeben, damit dies in den Kommunen ordentlich abgearbeitet wird. Wenn wir jetzt im Gutachten lesen, dass das nicht funktioniert, dann haben wir als Haushaltsgesetzgeber auch eine Pflicht, genauer hinzuschauen, warum das nicht passiert. Ich finde, Geld kassieren und keine Gegenleistung erbringen - das geht nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich der Auffassung: Wir haben ein gutes Gesetz vorgelegt. Es ist verbesserungswürdig. Das war uns auch klar. Das Land ist gerechter, sozialer und ökologischer geworden. Ich kann Ihnen auch sagen: Wir haben keine Sorge, uns mit diesem Ergebnis vor den Wählerinnen und Wählern und vor den Bürgerinnen und Bürgern im Mai zur Wiederwahl zu stellen. Ich finde, das kann sich in Schleswig-Holstein sehen lassen. - Vielen Dank.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die FDP hat jetzt der Kollege Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das teure externe **Gutachten** hätte man aus meiner Sicht gar nicht gebraucht, um festzustellen, dass das **Vergabegesetz** den Unternehmen und auch den Verwaltungen im Land in erheblichem Umfang unnötige Bürokratie beschert hat, die kaum jemandem nützt. Herr Dr. Stegner, wenn Sie sagen, das sei sozusagen Ihr Beitrag zur guten Arbeit, dann muss ich sagen: Sie haben kaum jemandem gute Arbeit damit beschert, Sie haben aber sehr, sehr vielen Menschen lästige Arbeit damit beschert,

(Beifall FDP)

weil man sich jetzt in der Tat völlig ohne jede Not mit Bürokratie beschäftigen muss. Das ist schon witzig, Herr Dr. Tietze, und da sieht man auch, wie weit Sie von der tatsächlichen Praxis entfernt sind, dass Sie sich tatsächlich hinstellen und diesen ganzen Unsinn rechtfertigen, diese ganze unnötige Bürokratie, die Sie mit Ihrem Gesetz verursacht haben. Ich werfe Ihnen ja gar nicht vor, dass Sie einen Mindestlohn dort eingeführt haben und so weiter. Diese ganzen Sachen werfe ich Ihnen gar nicht vor.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, nein, ich habe immer gesagt - - Nein, nein, das ist überhaupt nicht neu.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das erste Mal, dass Sie das sagen!)

- Nein, nein, Herr Dr. Tietze, Sie sollten heute wirklich ein bisschen bei der Wahrheit bleiben! Wir haben heute schon viel Unsinn von Ihnen gehört. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das habe ich immer gesagt. Wir würden es anders machen, aber ich werfe Ihnen nicht bestimmte Dinge vor, die Sie in Ihr Gesetz geschrieben haben. Was ich Ihnen vorwerfe, ist dieses enorme Ausmaß an **Bürokratie**, das Sie **ohne jede Not** dort hineingeschrieben haben. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen gegenüber immer vorgebracht haben. Herr Dr. Tietze, das Ergebnis hat auch nichts mit dem zu tun, was Sie uns hier heute zu der 200 Seiten starken Evaluation er-

zählt haben. Es ist übrigens auch nicht so, dass Sie gesagt haben: Wir machen das, weil wir Rücksicht nehmen wollen und so weiter. - Sie haben einen Proteststurm erlebt, als Sie das ganze Ding 2013 losgetreten haben, dass das die erhitzten Gemüter ein bisschen abkühlen sollte. Jetzt haben Sie einen 200 Seiten starken Bericht mit teilweise vernichtender Kritik vorgelegt bekommen und nehmen das gar nicht ernst.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde, das ist eine Art und Weise der Gesetzgebung, die abenteuerlich ist.

Das **Gesetz** ist in der Sache weitestgehend **wirkungslos**. Das haben Sie heute als Erfolg verkauft. Es belastet den Mittelstand und eben auch die vielen Vergabestellen - es sind im Wesentlichen kommunale Vergabestellen - durch viele unsinnige Vergaben.

Es hat übrigens auch für deutlich **weniger Teilnehmer an öffentlichen Ausschreibungen** gesorgt. Ich fand es schon bemerkenswert, Herr Dr. Tietze: Sie, alle drei Koalitionsfraktionen, haben kurz, nachdem der Minister das vorgestellt hat - am selben Tag noch! -, Pressemitteilungen herausgegeben, in denen Sie gesagt haben, es sei ein großer Erfolg, und schon ein relativ deutliches Fazit gezogen haben. Ich habe das für eine Ausschussberatung angemeldet, und Sie haben im Ausschuss gesessen und gesagt: Na ja, 200 Seiten konnten wir noch nicht durcharbeiten. Aber das Fazit hatten Sie schon gezogen. Das fand ich wirklich bemerkenswert.

(Heiterkeit - Beifall Oliver Kumbartzky [FDP] und Uli König [PIRATEN])

Ich habe hier eine schöne Zitatensammlung vorbereitet. Herr Dr. Tietze, ich gebe Ihnen immer gern Unterlagen mit. Schauen Sie sich das an, dann merken Sie vielleicht auch selbst, dass das mit Ihrer Rede wenig zu tun hat.

In allem Ernst: Das **Handwerk** ist derzeit vor allem durch die gute Konjunktur und die anhaltend niedrigen Zinsen nicht so sehr auf öffentliche Aufträge angewiesen. Die niedrigen Zinsen sind quasi ein jahrelanges Dauerkonjunkturprogramm. Das Handwerk - das hat man selten erlebt - ist immer sehr zufrieden, weil die Auftragsbücher wirklich voll sind. Sie sind eben deshalb nicht so auf die Aufträge des Landes und der Kommunen angewiesen. Aber wir

(Christopher Vogt)

müssen ja beten, dass das in den nächsten Jahren so bleibt. Das kann sich ja wieder sehr schnell ändern.

Herr Minister, ich bin erstaunt über die Aussage auch des Kollegen Dr. Stegner, dass der **vergaberechtliche Mindestlohn** und der **Landesmindestlohn** jetzt voneinander abgekoppelt werden. Das habe ich im Ausschuss ganz anders verstanden. Immerhin war das auch das, was Sie beim Landesmindestlohn angekündigt hatten. Wenn das so ist, dann passt es ja zumindest an der Stelle.

Für meine Fraktion steht fest, dass Schleswig-Holstein schnellstmöglich wieder ein **mittelstandsfreundliches Vergaberecht** braucht, von dem dann auch wieder die Inhaber und, Herr Dr. Tietze, eben auch die Arbeitnehmer der Kleinbetriebe profitieren.

(Beifall FDP, Jens-Christian Magnussen [CDU] und Klaus Schlie [CDU])

Es ist schon dramatisch, wie stark sich die **kleinen Betriebe** dort gar nicht mehr beteiligen. Die hatten schon vorher Probleme mit **öffentlichen Ausschreibungen**. Mittlerweile haben viele gar keine Lust mehr, sich damit zu beschäftigen, weil sie auch diesen Overhead gar nicht haben, um das zu bewerkstelligen.

Machen Sie, was Sie wollen, aber ich kann Ihnen nur raten: Nehmen Sie die massive Kritik aus dem Mittelstand ernst. Wischen Sie die Bedenken nicht vom Tisch. Das unsägliche Bürokratiemonster TTG muss umfassend und umgehend entrümpelt werden. Herr Minister, wenn Sie das nicht tun wollen, dann machen wir das eben in der nächsten Wahlperiode. Sie haben ja gesagt: Schauen wir mal, wer noch da ist. - Ich wette mit Ihnen: Ich werde noch da sein, bei Ihnen bin ich mir nicht so sicher. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die PIRATEN hat jetzt der Kollege Uli König.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das wird ja hier alles von den Stenografen mitgeschrieben! Das ist gut!)

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Debatte über das **Tariftrueue- und Vergabegesetz** von vor drei Jahren haben Sie

sich in der Regierungskoalition einer sachlichen Diskussion verschlossen. Alle von uns damals angeregten Verbesserungen haben Sie abgelehnt und sich im Landtag darüber sogar lustig gemacht. Nun liegt der erste **Bericht zur Evaluierung** des Gesetzes vor, und nun dürfen Sie sich ganz allein an Ihrem damaligen Murksgesetz messen lassen.

Der Bericht liest sich wie eine einzige Bankrotterklärung Ihrer Politik: unpräzise formulierte Regelungen, fehlende Kontrolle, Verständlichkeit und Praktikabilität des Gesetzes sind ungenügend. Das sind Ergebnisse der Evaluierung. Damit haben Sie die Quittung erhalten.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muss den ganzen Bericht lesen!)

- Du hast den Bericht gelesen, Andreas, ach? - Damit haben Sie die Quittung erhalten, die Sie für ihr **schlecht gemachtes Gesetz** verdient haben.

Ich freue mich, dass sich die von Ihnen mit der Evaluierung beauftragte Gesellschaft so deutlich geäußert hat. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Sie handwerklich schlecht gearbeitet haben, dass es im Bericht nichts zu beschönigen gibt.

Dabei ist der Grundansatz des Gesetzes gut. Wir PIRATEN sind immer noch der Meinung, dass ein solches Gesetz in Schleswig-Holstein Sinn macht. Nur Ihre eigene Arroganz hat Sie davon abgehalten, kein gut formuliertes Gesetz zu erarbeiten, sondern diese Flickschusterei abzuliefern.

(Beifall PIRATEN)

Dabei haben wir schon damals klargemacht, wo die Probleme im Gesetz sind. Sie haben das einfach ignoriert. Die Unternehmen kritisieren die **Struktur des Gesetzes** und die vielen **Querverweise**. Da muss man als Opposition überhaupt nichts mehr ergänzen; damit ist alles gesagt, Herr Tietze.

Es geht weiter, und ich hoffe, Sie hören gut zu, damit Sie wieder einmal erleben, wie Ihre Gesetze in der Wirklichkeit aufgenommen werden. Denn mit der Wirklichkeit tun sich einige aus der Koalition ein bisschen schwer. Hier wird immer von Erfolgen gesprochen. In den letzten drei Tagen Plenum haben wir wenig Selbstkritik von Ihrer Seite gehört, sondern immer nur Lobhudelei. Es staubt ja richtig, wenn Sie sich die ganze Zeit selbst auf die Schulter klopfen.

Die **Angebote von kleinen und Kleinstunternehmen** sind seit Inkrafttreten des Gesetzes deutlich zurückgegangen. Wie sozial ist das denn?

(Uli König)

(Beifall PIRATEN)

Kleine und Kleinstunternehmen sind diejenigen, die wir fördern und unterstützen sollten. Sie haben es geschafft, dass sich diese Gruppe von Unternehmen weniger oft an **öffentlichen Ausschreibungen** um Aufträge beteiligt. Warum ist das so? - Die Antwort finden Sie im Bericht. Fast 60 % finden, dass das Tariftreue- und Vergabegesetz kleine und mittelständische Unternehmen benachteiligt. Das steht so im Bericht. Da frage ich vor allem die Kollegen von der SPD: Wie sozial ist das denn, wenn man kleine und mittelständische Unternehmen systematisch behindert?

(Lachen Beate Raudies [SPD])

Es ist unsozial, wenn kleine und mittelständische Unternehmen ausgeschlossen werden.

(Unruhe SPD)

Mir gefällt auch der Teil, wie viele Unternehmen **Lohnanpassungen** nach der Einführung dieses Gesetzes machen mussten - nämlich praktisch gar keine. Über 90 % der Unternehmen mussten am Lohn nichts ändern, um dem Tariftreuegesetz zu genügen.

Davon abgesehen gibt es vonseiten der **öffentlichen Auftraggeber** sowieso keinerlei **Kontrollen**. Das wird im Bericht ausdrücklich kritisiert. Jeder kann in die Formblätter eintragen, was er will, und niemand überprüft das. Daher ist das Gesetz, wie es momentan gültig ist, einfach nur ein Bürokratiemonster und Papiertiger.

Noch ein Beispiel gefällig: Das gleiche Bild bei den **Sozial- und Umweltschutzaspekten**, die bei der Vergabe besonders berücksichtigt werden sollten. 84 % der öffentlichen Auftraggeber gaben an, dass Sie institutionell oder personell überhaupt nicht in der Lage seien, die Aspekte zu berücksichtigen, die Sie hier gerade so gelobt haben, Herr Tietze. Deshalb haben wir PIRATEN auch damals abgelehnt, dass sich Kommunen verbindlich an das Gesetz halten müssen.

Zum Schluss noch ein Wort zur fehlenden **Transparenz**. Wir PIRATEN predigen seit fast fünf Jahren, dass Sie mehr Transparenz schaffen müssen. Die Unternehmen bemängeln bei öffentlichen Ausschreibungen die Transparenz. Jetzt wird ihnen ein Online-Portal empfohlen, um Ausschreibungen transparenter zu machen. Das ist zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur raten: Lesen Sie den Bericht, machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben! Anregungen für Verbesserungen finden Sie in unseren Änderungsanträgen von vor drei Jahren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als der SSW im Jahr 2001 den Entwurf für ein **Landesvergabegesetz Schleswig-Holstein** vorlegte, folgte natürlich ein starkes Echo, das bis heute nachhallt. Die einen befürchteten den Untergang des Abendlandes - das haben wir auch heute wieder gehört -, die anderen begrüßten eine solche Initiative ausdrücklich. Es war seinerzeit ein hartes politisches Ringen, das Gesetz auf den Weg zu bringen. Seitdem wurde es immer auf den politischen Prüfstand gehieft, und das ist auch okay so.

Zusammen mit dem **Bauauftragsvergabegesetz aus Bayern** war Schleswig-Holstein damals bundesweit Vorreiter für solch eine politische Initiative. Wenn wir uns die Landkarte heute anschauen, stellen wir fest, dass es mittlerweile in 14 von 16 Bundesländern landesspezifische Vergabegesetze mit Tariftreue- und Mindestlohnregelungen gibt. So ganz verkehrt scheint unser Weg also nicht zu sein, was ich durchaus als Erfolg werte.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Ich stelle fest, dass wir damals absolut richtig lagen und für viele ein gutes Vorbild waren und heute immer noch sind. Dabei handelt es sich mitnichten um Sozialromantikergesetze. Faire Löhne haben nichts mit Sozialromantik zu tun, sie sind ein Teil von guter Arbeit.

(Beifall SSW und SPD)

Vielmehr spielt auch der **wirtschaftliche Aspekt** eine Rolle. Durch die Regelung sind genau die Betriebe bei uns im Land geschützt, die bereits faire Löhne zahlen. Zudem sollte jeder Betrieb ein Eigeninteresse daran haben, denn es ist die beste Möglichkeit, gute Fachkräfte zu finden und zu halten.

Das Vergabegesetz hat bisher allen politischen Versuchen standgehalten, gekippt zu werden. Es wurde

(Lars Harms)

weiterentwickelt oder neuen rechtlichen Voraussetzungen angepasst. Dagegen ist nichts einzuwenden, und auch darüber reden wir heute.

Als Koalition haben wir zu Beginn dieser Legislaturperiode den Entwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz eingereicht. Nach einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren wurde das Gesetz 2013 mit Mehrheit verabschiedet. Damit haben wir ein Gesetz geschaffen, das die **Vergabe öffentlicher Aufträge** regelt.

Wichtige Elemente des Gesetzes sind unter anderem die Einführung eines vergabespezifischen **Mindestlohns** sowie die Verpflichtung zur **Tariftreue** - was ein bisschen mehr ist als nur die Einhaltung von Mindestlöhnen - sowie weitere Verpflichtungen in Bezug auf **Nachhaltigkeit**, das heißt soziale Gerechtigkeit und Ökologie. Zudem wurde festgeschrieben, dass das Gesetz auf seine Wirkung, insbesondere im Hinblick auf die Zielerreichung und Effizienz, zu evaluieren ist. Damit sind wir beim heute vorliegenden Bericht.

Es wundert einen natürlich nicht wirklich, dass eine große Zahl der Rückmeldungen bestätigt, dass das gesamte Vergaberecht zusätzlichen Arbeitsaufwand bedeutet. Zugegeben ist es eine bürokratische Hürde, die zu nehmen ist, wenn bestimmte Kriterien zu erfüllen sind, um den Zuschlag für einen öffentlichen Auftrag zu bekommen. Doch solche Kriterien sind vom Gesetzgeber nicht einfach aus der Luft gegriffen oder nur dafür da, Auftraggeber oder Auftragnehmer zu drangsalieren. Sie haben ihre Berechtigung.

Was den **Bürokratieaufwand** durch das Gesetz und seine **Lesbarkeit** betrifft, sollten wir die Evaluierung zum Anlass nehmen und schauen, wo und wie Vereinfachungen und gegebenenfalls eine Verschlankung möglich sind. Für den SSW steht aber fest, dass wir an den Standards nicht rütteln werden. Standards sind keine Bürokratie, sie sind ein Mehrwert und Grundlage für gute Arbeit und die soziale Marktwirtschaft.

Die Kritik, dass insbesondere **kleine und mittelständische Unternehmen** vom Vergabegesetz benachteiligt werden, teile ich überhaupt nicht. Denn da der Rücklauf der Meldungen relativ gering war, scheint es so zu sein, dass der weit überwiegende Teil der angefragten Unternehmen überhaupt kein Problem mit dem Gesetz hat. Wenn man den Ausführungen des Kollegen Tietze folgt, der alle positiven Rückmeldungen der verbleibenden Umfrageteilnehmer genannt hat, sieht man, dass das Tariftreuegesetz wirkt und ein Erfolg ist.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutlich wird durch die **Evaluation** aber auch, dass die Regelungen des Tariftreuegesetzes einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung des Einsatzes von Niedriglohnkräften bei der Ausführung öffentlicher Aufträge leisten. Damit wird bestätigt, dass wir ein wesentliches **Ziel** mit dem **Gesetz** erreichen, und das ist auch gut so. Etwa 40 % der Rückläufe der Umfrage bescheinigten dem TTG zudem, die sozialen Sicherungssysteme auf diese Weise zu entlasten. Aber auch die Wirkungen des vergabespezifischen Mindestlohns seien in begrenztem Umfang spürbar und hätten in einigen Branchen zu Lohnerhöhungen geführt.

Dass unsere Leute an der Tür, an denen wir jeden Morgen vorbeigehen, einen ordentlichen Lohn und mehr Geld als vorher bekommen, darauf bin ich stolz, darüber bin ich froh. Ich freue mich für die Leute und die Familien.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die Effekte des Tariftreuegesetzes, die ich auch aus persönlichen Gesprächen, nicht nur aus dem Kreis Nordfriesland, bestätigen kann. Fest steht: Wir werden das Tariftreuegesetz weiterentwickeln und neuen Herausforderungen anpassen. Dies gilt beispielsweise für den vergaberechtlichen Mindestlohn, den wir auf 9,99 € anheben werden und damit an das niedrigste TVL-Gehalt anpassen. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass alle Vergabestellen - sprich alle Kommunen - das Tariftreuegesetz anwenden. Es wird eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode sein, das hinzubekommen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Johannsen Callsen von der CDU-Fraktion.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es bemerkenswert, mit welcher Euphorie die Redner der Koalition den Eindruck erwecken, allein das TTG sei schuld, dass es maßgebliche **Einkommenszuwächse** in Schleswig-Holstein gegeben habe. Wer so etwas behauptet, hat das **Gutachten** nicht gelesen.

(Johannes Callsen)

(Zurufe Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Noch einmal: 90 % der Unternehmen zahlen jetzt schon über dem **Mindestlohn**. Es bleibt das Gebäudereiniger-Handwerk. Die haben jetzt schon 10 €. Das liegt über Ihrem neuen Mindestlohn. Auch das Sicherheitsgewerbe wird entsprechend auf dieses Niveau anziehen.

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den anderen 10 %?)

Was ich allerdings in dieser Debatte viel interessanter finde, ist der Unterschied, den wir jetzt zwischen Ihren Ansichten zum **vergaberechtlichen Mindestlohn** und zu dem üblichen **Landesmindestlohn** herausgearbeitet haben. Beim vergaberechtlichen Mindestlohn sagen Sie, es sei sozial gerecht, dass jemand, der öffentliche Aufträge für die öffentliche Hand erhält, mindestens 9,99 € pro Stunde bekommt. Das ist soziale Gerechtigkeit à la Koalition.

Der Landesmindestlohn ist der Mindestlohn, den die Zuwendungsempfänger, die vom Land Schleswig-Holstein Zuwendungen bekommen, zahlen müssen. Das betrifft den ganzen Bereich der Jugendarbeit, der Kultur, die sozialen Verbände, die Arbeiterwohlfahrt und so weiter. Da sagen Sie: Na ja, dieser Landesmindestlohn, der bleibt so, wie er ist, bei 9,18 €.

Das müssen Sie mir erklären, warum diese unterschiedliche Behandlung von zwei Personengruppen Ihrer Ansicht nach sozial gerecht ist. Dazu werden wir im Wirtschaftsausschuss ja ausreichend Gelegenheit haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Dr. Ralf Stegner von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Callsen, ich versuche es noch einmal in aller Ruhe mit Ihnen. Erst beklagen Sie hier, wir hätten mehrere Mindestlöhne. Das haben Sie die ganze Zeit beklagt.

Im Bund waren Sie übrigens gegen den **Mindestlohn**. Im Land waren Sie gegen die beiden anderen. Dann erklären wir Ihnen, dass unser Ziel ist, mit dem Mindestlohn Arbeitnehmer ganz nach unten

abzusichern, damit der Staat nicht länger Dumpinglöhne mitfinanziert.

Dann wird der Mindestlohn auf unseren Druck hin eingerichtet - am Ende in der Großen Koalition von der Union abgezwungen -, und wir kehren zur **Tarifautonomie** zurück. Die Tarifautonomie finden wir übrigens richtig. Das ist eigentlich der Prozess, wie Löhne gefunden werden sollten. Das passiert im Bund jetzt mit einer Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Vorschläge machen. Dann werden die Landesmindestlöhne, die wir haben, überflüssig, weil wir den Bundesmindestlohn erkämpft haben.

Ich füge hinzu: Wir finden es gut, wenn die Löhne steigen, und zwar nicht nur die Mindestlöhne, sondern generell die Löhne. Wir wollen, dass die Menschen ordentlich verdienen. Die erwirtschaften nämlich unseren Reichtum in Deutschland, und nicht diejenigen, die hier klug daherreden und gegen höhere Löhne sind und immer von Bürokratie reden.

Bei dem anderen Punkt, beim **Tariftreue-Vergabemindestlohn**, geht es um etwas ganz anderes. Da geht es darum, dass wir keine Privatisierungsanreize schaffen wollen, indem Menschen, die Aufträge von uns bekommen, schlechter bezahlt werden als diejenigen, die für uns arbeiten. Das hat etwas mit Gerechtigkeit zu tun, Herr Kollege.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gut, dass wir uns da unterscheiden und dass Sie das so prima herausarbeiten, Herr Callsen.

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Ja!)

Wir verstehen unter **sozialer Marktwirtschaft**, dass die Menschen an den Erträgen ihrer Arbeit beteiligt werden und eine vernünftige Absicherung haben, und nicht, dass es nur den Privilegierten gut geht. Das ist nicht unsere Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es, ehrlich gesagt, ziemlich abgefahren, dass Sie alles **Bürokratie** nennen, was die Bedingungen für Menschen verbessert. Das muss ich ehrlich sagen. Sie haben es ja sogar als Bürokratie bezeichnet, dass die Arbeitszeiten aufgeschrieben werden müssen. Handwerker machen das schon seit Jahrhunderten. Wenn wir in Deutschland damit überfordert sind, Arbeitszeiten aufzuschreiben,

(Dr. Ralf Stegner)

kann ich nur sagen: Gute Nacht, Deutschland. Das kann nun wirklich jeder, Anfang und Ende aufschreiben. Selbst das haben Sie als Bürokratie beschimpft.

Deswegen: Ich wundere mich wirklich darüber, dass soziale Absicherung und gute Arbeit das ist, was eine Partei, die das „C“ als ersten Buchstaben in ihrem Namen trägt, ernsthaft problematisiert. Es gab in der Geschichte Ihrer Partei auch einmal andere Programme, in denen Sie sich mehr für soziale Verhältnisse und Arbeitsthemen interessiert haben, als Sie das heute tun. Inzwischen überlassen Sie das komplett der Küstenkoalition. Da ist es aber auch gut aufgehoben, insofern ist es konsequent. - Vielen herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat jetzt der Herr Kollege Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Callsen: Es waren nur wenige **Rückläufe**, das muss man immer dazusagen. Wenn man 100 fragt und 20 antworten, weiß man, statistisch gesehen, nicht, was die anderen 80 gesagt hätten. Aber: Von denen, die geantwortet haben, wurde angegeben, dass 10 % der Menschen - das haben Sie ja auch selbst erwähnt -, die von dem **Tariftreugesetz** betroffen waren, durch den vergabespezifischen Mindestlohn mehr Lohn bekommen haben.

Ich finde, dass das eine Leistung ist. Das ist in der Tat auch eine Leistung dieser Koalition, das wieder hinbekommen zu haben. Sie wollten das Tariftreugesetz abschaffen. Sie wollten es nicht anwenden, und Sie wollten den Leuten diesen Lohn, den sie verdient haben, nicht geben. Das ist in der Tat der Unterschied!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen noch etwas sagen: Es geht ja nicht nur um den Mindestlohn, sondern um die **Absicherung der Tariftreue**, das heißt, der tarifarisch ausgehandelte Lohn soll bei öffentlichen Aufträgen bezahlt werden.

Sie können sich vielleicht noch daran erinnern, dass man beim Kreis Dithmarschen bei der Vergabe des Nahverkehrs

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gutes Beispiel!)

den Busfahrern ihr Geld nicht geben wollte, sondern den Bundesmindestlohn von damals 8,50 € anwenden wollte. Die haben jetzt auf politischen Druck das Tariftreugesetz wieder angewandt. Das führt dazu, dass die Leute dort weiterhin weit über 13 € verdienen, ihre Familien ernähren können, ihre Häuser abbezahlen können und ihrer Arbeit nachgehen können. Ich finde, dass die Leute das verdient haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Letztes, lieber Kollege Callsen: Wenn Sie schon selbst nicht so schlau sein wollen, bitte ich Sie wenigstens, einmal nachzufragen, wie man das an Ihrer eigenen Basis macht. Fragen Sie einmal bei der Kreistagsfraktion in Nordfriesland nach. CDU und FDP haben dort automatisch und ohne lange Diskussion zugestimmt, dass man den ÖPNV selbstverständlich tariftreu ausschreibt. Das kann gar nicht anders sein, weil es Politiker sind, die jeden Tag den Menschen in die Augen gucken. Das scheinen Sie ja inzwischen nicht mehr zu tun, und das ist schade.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Es ist kein Antrag gestellt. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

(Johannes Callsen [CDU]: Ich hatte Ausschussüberweisung beantragt! - Unruhe)

- Sie hatten Ausschussüberweisung beantragt? Sie könnten es zwar auch im Wege der Selbstbefassung im Ausschuss behandeln, aber ich bin gern bereit, darüber abstimmen zu lassen. Es tut mir leid.

Dann frage ich Sie, wer den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/4800, zur abschließenden Beratung dem Wirtschaftsausschuss überweisen möchte. - Das sind alle Fraktionen. Damit ist das einstimmig so beschlossen. Ich entschuldige mich für diese Unaufmerksamkeit.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 29 B:

Situation der NOB auf der Strecke Hamburg-Westerland

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN
Drucksache 18/4891

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4896

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen worden.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dem Dringlichkeitsantrag, der hier vorliegt, wird die Landesregierung gebeten, umgehend zur Situation der **NOB** auf der Strecke **Hamburg-Westerland** zu berichten. Dem will ich gerne nachkommen.

In der Tat herrscht dort eine unhaltbare Situation für alle, die gerne nach Sylt fahren wollen, vor allen Dingen aber für die **Pendlerinnen und Pendlern**, die auf diese Bahnverbindung angewiesen sind. Die Fahrgäste sind dort im Moment wirklich gebeutelt. Nach dem Ärger mit den Autozügen, den Problemen auf der Strecke mit den neuen Loks von Bombardier und aktuellen Baumaßnahmen sind die aktuellen Ereignisse das, was die Fahrgäste wirklich auf eine Geduldprobe stellt.

Wir haben - damit kann man sich technisch auseinandersetzen; das sollten wir nicht tun - Probleme mit den Kupplungen der Fahrzeuge, die zu entsprechenden Einschränkungen führen.

Meine Damen und Herren, wir wissen: Mobilität ist von zentraler Bedeutung. Insbesondere die Insel Sylt ist auf den Zugverkehr mit dem Festland besonders angewiesen. Das ist im wahren Sinn des Wortes eine Nabelschnur.

Was ist nun genau passiert: Aufgrund von **Schäden** an den **Wagenkupplungen** mussten 90 Personenwagen auf der Strecke Hamburg-Sylt aus Sicherheitsgründen außer Betrieb genommen werden. Das

bedeutet nicht, dass alle Kupplungen Schäden aufweisen, aber die **Sicherheit der Fahrgäste** hat absoluten Vorrang.

(Zuruf SPD: Richtig!)

Bis nicht alle Kupplungen geprüft sind, können die Wagen nicht eingesetzt werden. Das sollten wir alle auch akzeptieren.

(Beifall SPD)

Was ist die aktuelle Situation? Die NOB bemüht sich bundesweit um **Ersatzwagen** oder Triebzüge. Allerdings gibt es bei allen Verkehrsunternehmen keine großen Reservepools, aus denen man sich einfach so bedienen könnte. Auch die Hersteller haben keine Wagen auf Lager, da diese nur auftragsbezogen produziert werden. Den Eindruck zu erwecken, man könne mal eben in der Bundesrepublik 90 Wagen bereitstellen, zieht nicht. Das stimmt nicht, denn das ist eine schwierige Aufgabe. Meine Damen und Herren, wir wollen nicht in Bayern oder Baden-Württemberg den dortigen Fahrgästen Züge wegnehmen, um sie auf den hiesigen Strecken einzusetzen. Das funktioniert nicht von heute auf morgen.

Die NOB und auch die DB Regio, die die Linie im Dezember übernehmen wird, arbeiten - das ist gut - eng und konstruktiv zusammen. Nachdem sich gestern Morgen in Niebüll ein den Umständen entsprechend relativ moderates Bild bot, gab es heute früh erhebliche Beeinträchtigungen. In der morgendlichen Hauptverkehrszeit in Klanxbüll konnten circa 30 bis 50 Fahrgäste wegen der Überfüllung der Züge nicht mitgenommen werden. Grund hierfür war der **Ausfall** zweier **Ersatzzüge** durch andere technische Effekte. Das hat übrigens auch damit zu tun, dass versucht wird, alles Mögliche an Fahrzeugmaterial heranzuschaffen und dass es sich hierbei um altes Fahrzeugmaterial handelt, das natürlich auch störanfälliger ist.

Infolgedessen kam es zu einer erheblichen **Überbesetzung** der regulär fahrenden Züge. Derzeit fehlen rund 40 % der ansonsten vorhandenen Sitzplätze. Viele Passagiere können nur stehend befördert werden, jedenfalls in den Hauptpendlerzeiten.

Eigentlich hatte sich durch den Einsatz der Ersatzfahrzeuge die Lage etwas entspannt, zumindest im Rahmen des aktuell gültigen Notfallfahrplans. Die erneuten Zugausfälle heute Morgen sind, wie gesagt, auf das Alter der Ersatzfahrzeuge zurückzuführen und haben natürlich die Bemühungen noch einmal sichtbar über den Haufen geworfen.

(Minister Reinhard Meyer)

Glauben Sie mir aber, meine Damen und Herren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NAH.SH, von der NOB und von der Deutschen Bahn arbeiten mit Hochdruck daran, die Situation so gut und so schnell, wie es geht, zu verbessern. NAH.SH berichtet täglich über den **aktuellen Sachstand** auf der **Homepage**, um auch die Fahrgäste möglichst transparent und umfänglich über die jeweilige Situation zu informieren.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Waren Sie mal da?)

Positive Nutzerberichte zeigen, dass diese Informationsstrategie durchaus richtig ist. Wie geht es weiter?

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Was lesen Sie denn?)

- Also, Herr Breyer, ich bin natürlich durch NAH.SH informiert worden! Wenn NAH.SH mir sagt, man stelle das auf die Internetseite, will ich daran zunächst einmal nicht zweifeln.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das sind die Informationen, die bereitgestellt werden. Wie geht es weiter? Zu Beginn der kommenden Woche werden weitere 18 Wagen und ein Triebwagen erwartet. Dies sollte die Situation entspannen. NAH.SH erhält von der NOB tägliche Lageberichte und beteiligt sich aktiv an der **Beschaffung zusätzlicher Ersatzfahrzeuge**. Das wird nicht nur mit der NOB zusammen gemacht, sondern auch mit DB Regio und DB Autozug.

Apropos Autozug: Es gibt die Idee, **Busse** auf den Autozug zu bringen, um dann die Menschen nach Sylt oder von der Insel zu bringen. Dazu lautet die ganz eindeutige Aussage: Das ist zu aufwendig. Das dauert zu lange. Das führt zu längeren Fahrzeiten.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Aber auch hierzu müssen wir uns Gedanken machen mit Blick auf Bonussysteme, dass diejenigen, die den **Autozug** nutzen, entsprechende Vergünstigungen bekommen, wenn sie Pendlerinnen und Pendler mitnehmen. Der zweite wichtige Punkt lautet: Wir prüfen derzeit, ob **Doppelstockwagen** auf der Strecke eingesetzt werden können. Das ist bisher noch ein offener Punkt wegen des Seitenwindes auf dem Hindenburgdamm. Aber auch das wird aktuell geprüft.

Der nächste Punkt, der aktuell geprüft wird, ist die **Freigabe des Sylt Shuttle** plus beziehungsweise der Intercity-Züge der Deutschen Bahn AG für den

Nahverkehr. Eine entsprechende Anfrage an die DB AG haben wir gestellt, weil jede Hilfe zur Entlastung beitragen kann.

Wir werden weitere **Gespräche** mit allen **Akteuren** führen. Herr Wewers war gestern in Husum und hat vor allen Dingen mit der NOB und mit den Herstellern gesprochen. In der nächsten Woche werden die Gespräche insbesondere auf der Insel Sylt weitergehen. Denn wir müssen ständig an der Situation arbeiten, um sie Zug um Zug zu verbessern.

NOB und der Hersteller der Waggons, Bombardier, arbeiten an einer Lösung, aber ich sage sehr deutlich: Sie wird nicht von heute auf morgen gelingen. Wir werden auf Sicht mit dieser Übergangssituation leben müssen.

Fazit: Die Situation ist für die vielen Menschen, die auf diese Zugverbindung angewiesen sind, äußerst misslich. Das kann niemand bestreiten; auch wir werden das nicht tun. Vor allen Dingen ist sie so nicht hinnehmbar. Deswegen arbeiten alle Beteiligten intensiv daran, das Problem zu lösen, sowohl durch kurzfristige Ersatzmaßnahmen als auch an der Lösung des ursächlichen Problems bei den Kupplungen.

Die Landesregierung hat die klare Erwartung an die Bahnunternehmen, dass sie die Situation in den Griff bekommen, dass wir täglich informieren, dass wir denjenigen, die davon betroffen sind, eine Auskunft darüber geben können, wie sie am besten auf die Insel und wieder zurückkommen können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister, für diesen Bericht. - Ich mache Sie alle darauf aufmerksam, dass wir gerade aufgrund der Länge des Berichts des Ministers entschieden haben, jeder Fraktion 6 Minuten Redezeit zur Verfügung zu stellen. Ich erteile zunächst dem Kollegen Uli König von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle haben heute Morgen die Bilder in den Nachrichten gesehen. Wir haben gesehen, welche üblen Szenen sich dort abgespielt haben.

(Uli König)

Die **Situation der Marschbahn** zwischen Hamburg und Westerland ist katastrophal. Die Kuppelungsproblematik ist seit dem 6. Oktober bekannt, aber die Entwicklung in den letzten 24 Stunden hat zu einer weiteren Eskalation geführt. Bei der NOB sind vor einer Woche, wie gerade schon vom Minister erwähnt worden ist, ganze Wagengarnituren aufgrund eines technischen Defekts ausgefallen. Zwar wurde versucht, vonseiten der NAH.SH eine Notlösung zu finden, aber die Kapazitäten reichten bei Weitem nicht aus.

Jetzt ist es wichtig, auch an **kreative Lösungen** zu denken. Der Minister hat das gerade schon angesprochen. Thema: Schienenersatzverkehr mit dem Bus über den Sylt Shuttle. Wichtig ist, dass wir hierbei die Kapazitäten erhöhen, denn es ist nicht in Ordnung, wenn die Leute nicht mehr in die Züge hineinkommen.

(Beifall PIRATEN)

Obwohl NAH.SH versucht hat, die **Ersatzzüge** zu organisieren, fallen Verbindungen aus, oder es werden Züge eingesetzt, die es nicht schaffen, alle Fahrgäste aufzunehmen.

Normalerweise werden auf diesen Strecken Züge eingesetzt, die sechs bis zehn Waggons haben. Heute Morgen sind teilweise Doppeltriebwagen eingesetzt worden, um einen Zug, der normalerweise mit zehn Waggons fährt, zu ersetzen. Dass das nicht klappen kann, muss auf der Hand liegen.

Im NDR und auch in mehreren Gruppen bei Facebook waren Bilder von vollen Bahnsteigen zu sehen und von Menschen, die sich in Züge gequetscht haben. Meine Damen und Herren, solche Szenen kennen wir sonst nur aus der Tokioter U-Bahn.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Beate Raudies [SPD]: Nein! - Weitere Zurufe)

Viele Fahrgäste können überhaupt nicht mehr mit der Bahn fahren, weil sie keinen Platz haben. Aufgrund der Enge in den Zügen sind auch heute Morgen schon Leute zusammengebrochen. Der Zug musste anhalten, und der Notarzt musste diese Person behandeln.

Auch in anderen Zügen gibt es **Engpässe**. Auch Ersatzbusse, die eingesetzt werden, sind leider schon von Überfüllung - -

(Zurufe SPD)

- Das ist ein ernstes Thema! Ich möchte Sie bitten, das mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit zu behandeln.

(Sandra Redmann [SPD]: Wie ich ernsthaft oder nicht ernsthaft reagiere, ist immer noch meine persönliche Angelegenheit!)

- Gut, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen!

(Sandra Redmann [SPD]: Das habe ich auch nicht nötig! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich wollte darauf hinweisen, das auch Busse eingesetzt werden und dass diese Busse teilweise an den Haltestellen vorbeifahren und Pendler stehen lassen.

Informationen, welche Züge und Busse fahren, sind nicht oder nur teilweise vorhanden. Auch das wird von den Pendlern reihenweise kritisiert. Das heißt: Man weiß überhaupt nicht, wie man jetzt zur Arbeit kommt.

Die Situation ist nicht nur unangenehm für die Fahrgäste, sondern sie hat auch ernsthafte Konsequenzen.

So kamen heute Morgen einige Lehrer nicht zur Arbeit. Unterricht musste ausfallen, da in den Schulen kein Lehrer anwesend war. Auch in Kindergärten gab es Ausfälle. Was in meinen Augen noch wesentlich übler ist: dass zum Beispiel in Altenheimen die Nachtschicht deutlich in den Tag hinein arbeiten musste, weil die Tagschicht nicht verfügbar war. Da geht es auch um Leib und Leben. Angeht dessen muss umgehend gehandelt werden.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ist Ihre Lösung? Wo ist Ihre Antwort? - Martin Habersaat [SPD]: Was schlagen Sie denn vor, Herr Kollege?)

- Herr Habersaat, ich habe gerade auf eine kreative Lösung hingewiesen. Das ist eine Möglichkeit, die man nutzen kann. Ich bitte darum, den Vorschlag ernst zu nehmen und nicht ins Lächerliche zu ziehen, wie Sie es hier probieren.

(Beifall PIRATEN)

Es ist weiterhin völlig unklar, wie mit dem **technischen Defekt** der **NOB-Wagen** umgegangen werden soll und wann die Wagen wieder einsetzbar sind. Teilweise hören wir, dass es bis zu acht Monate dauern kann. Auch deshalb ist es zu kurz gedacht, wenn - wie in dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen - gefordert wird, dass die Bahnunternehmen das Problem untereinander klären.

Verschärft wird das Problem durch den **Mangel an bezahlbarem Wohnraum auf Sylt**. Dort gibt es zwar viele Arbeitsplätze, aber relativ wenig bezahlbaren Wohnraum.

(Uli König)

(Beifall PIRATEN)

In einer solchen Situation ist die Landesregierung gefragt; denn es ist doch für jeden offensichtlich, dass die NOB nicht in der Lage ist, für Abhilfe zu sorgen. Wozu haben wir denn den NAH.SH, wenn er nicht in der Lage ist, in einer solchen Situation Unterstützung zu leisten und sich um die vielen Pendler zu kümmern? Im Interesse der Fahrgäste muss schnell eine Lösung gefunden werden, die wirklich Verbesserungen bringt.

Herr Wewers scheint nicht mehr da zu sein; das ist schade.

(Zurufe SPD: Dort hinten sitzt er!)

- Ach, dort! Entschuldigung, Herr Wewers! Ich habe gedacht, Sie seien auf der Besuchertribüne. Da habe ich Ihnen unrecht getan.

Deshalb wiederhole ich meinen Appell an Verkehrsminister Meyer: Übernehmen Sie Verantwortung für die vielen Schleswig-Holsteiner, die jeden Tag die Züge der Marschbahn nutzen!

(Beifall PIRATEN)

Kümmern Sie sich - gern in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen - um die Bereitstellung von mehr Zügen mit ausreichenden Kapazitäten! Informieren Sie die Fahrgäste regelmäßig und aktuell über die eingesetzten Züge oder Ersatzverkehre! Versuchen Sie nicht, die Verantwortung allein auf die Bahnunternehmen abzuwälzen!

(Beifall PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Fragen Sie in den Nachbarbundesländern nach, ob kurzfristig **Waggonkapazitäten** verfügbar sind! Ich weiß, die Kapazitäten sind knapp. Aber vielleicht findet sich hier noch ein Waggon und da noch ein Waggon. Auch kleine Hilfen bringen uns weiter.

(Beifall PIRATEN - Regina Poersch [SPD]: „Hier ein Waggon, da ein Waggon“? Unglaublich!)

Spätestens am Montagmorgen werden es Ihnen die Pendler danken, wenn wir hier nach vorne kommen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Liebe Koalition, ich bitte Sie, das Thema mit etwas mehr Ernsthaftigkeit zu betrachten. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN - Unruhe SPD - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gab keinen ernsthaften Vorschlag!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bericht des Ministers lässt keinen **Pendler** hoffen, dass in absehbarer Zeit besser wird. Herr Minister, das, was wir von Ihnen hören mussten, war traurig. Es gibt **keine Hoffnung**. Ich hatte auch nicht den Eindruck, dass Sie ernsthaft bemüht sind, an dieser Situation etwas zu ändern.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Es gibt einen Brandbrief der Sylter Bürgermeister: Lehrer fehlen, Pflegekräfte kommen zu spät zur Arbeit, das öffentliche Leben ist in Gefahr, Pendler müssen weiterhin mit Einschränkungen leben. Das, was wir auf vielen Seiten in der Presse lesen müssen, schadet dem Standort Schleswig-Holstein, schadet dem Standort Sylt, schadet der Westküste. Herr Minister, Sie aber sagen, Sie könnten eigentlich nichts machen. Sie fänden keine weiteren Loks und keine weiteren Waggons. Die Leute müssten eben noch eine Zeitlang damit leben. - Von einem Minister erwarte ich, dass er den Menschen Hoffnung macht, dass er ihnen ehrlich sagt, wie es weitergeht.

(Bernd Heinemann [SPD]: Eben! Ehrlich!)

Sagen Sie jetzt bitte nicht, das alles sei überraschend gekommen. Am 6. Oktober 2016 blieb zum ersten Mal ein Zug der NOB in Elmshorn liegen. Grund waren die gleichen **Kupplungsschäden**, die auch heute aufgetreten sind. Seitdem wussten Sie, dass das Problem auf Sie zukommen kann. Vom 6. Oktober bis heute sind sechs Wochen vergangen. In dieser Zeit ist nichts geschehen. Gar nichts haben Sie getan. Jetzt haben Sie das Problem.

Sie haben übrigens ein **Systemproblem**. Das Problem ist nicht zufällig entstanden. Heute fahren keine Züge von Kopenhagen über Lübeck nach Hamburg; das geht nicht. Im Moment fahren keine Züge von Elmshorn nach Heide. Das Problem an der Westküste haben Sie selbst beschrieben. - Sie können weder Straße noch Schiene, Herr Minister! Das ist Ihr Problem.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

(Hans-Jörn Arp)

In den vergangenen Wochen gab es auf der Strecke Elmshorn-Kiel immer wieder Ausfälle oder Verspätungen.

(Beate Raudies [SPD]: Bauarbeiten!)

Heute gibt es, wie gesagt, nicht einmal eine Bahnverbindung zwischen Kopenhagen und Hamburg.

Fragen Sie einmal Herrn Wewers: Fast täglich erhalten wir **Sachstandsberichte** zum Zustand auf der Bahnstrecke zwischen Glückstadt und Hamburg. Wir haben einen treuen Freund, der uns immer wieder sagt, welche Züge ausgefallen sind. Was noch viel schlimmer ist: Es gibt noch nicht einmal eine **Ansage**. Dass die Menschen nicht informiert werden, ärgert sie am meisten.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Herr Minister, ich würde Ihnen keinen Vorwurf machen, wenn es nur um ein technisches Problem ginge; das kann ein Minister nicht lösen - selbst Sie nicht. Aber Sie haben mit der Bahn ein Systemproblem. Überall in Schleswig-Holstein, wo wir Bahnbetrieb haben, kommt es zu Verspätungen oder zu Zugausfällen. Es ist überall das Gleiche. Jeder, der von Hamburg nach Schleswig-Holstein, auch nach Kiel, fahren will, sagt: Ich weiß nicht, ob ich den Termin einhalten kann, da ich nicht weiß, ob der Zug pünktlich ist oder überhaupt fährt. Ich weiß also nicht einmal, ob ich überhaupt hier ankomme. - Das ist ein Zustand, der dem Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein schadet.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Angesichts dessen können Sie sich doch nicht hinstellen und sagen, die Pendler müssten einfach damit leben. Wissen Sie, dass die Pendler die Leistungsträger der Gesellschaft sind? Das sind diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit fahren.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Da könnte auch einmal Herr Dr. Stegner klatschen. - Das sind die Leistungsträger der Gesellschaft, denen wir unseren Wohlstand zu verdanken haben. Sie erfahren hier von einem Minister, dass sie noch ein paar Wochen mit diesem Zustand leben müssen. Der Minister kann noch nicht sagen, wann sich die Situation bessert. Schlechter als heute kann sie jedenfalls nicht werden. - Danke.

(Lebhafter Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Kai Vogel das Wort.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Koch, woher Sie wissen wollen, wie oft ich mit dem Auto und wie oft ich mit der Bahn fahre, entzieht sich meiner Kenntnis. Das weiß ich von Ihnen auch nicht. Wir haben uns noch nie darüber unterhalten. Insofern mögen Sie bitte künftig im Vorwege darüber nachdenken, ob Sie irgendwelche Zwischenrufe tätigen.

(Lachen Tobias Koch [CDU])

Herr König, warum suggerieren Sie hier, die Mitarbeiter der NAH.SH und des Ministeriums würden sich in keiner Weise um die augenblickliche Angelegenheit kümmern? Sie erwecken den Eindruck, dass erst die PIRATEN einen Dringlichkeitsantrag hätten stellen müssen, und just in dem Moment werde über Herrn Wewers das Problem angegangen, und just in dem Moment befasse man sich überhaupt mit dem Problem. Das ist vollkommener Quatsch!

(Beifall SPD)

Auch Sie wissen, dass seit über einer Woche intensiv daran gearbeitet wird. Seit über einer Woche bemüht sich die **NAH.SH** intensiv darum, der **NOB** zu helfen. 30 zusätzliche Waggon, „Schleswig-Holstein-Express“-Waggon, sind mittlerweile organisiert worden. Mit den Nahverkehrsunternehmen in den anderen Bundesländern werden Gespräche geführt. Tun Sie doch nicht so, als ob all das hier nicht passiere. Das ist Quatsch!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dennoch bin ich dankbar, dass wir heute den Bericht des Ministers gehört haben. Damit haben wir die Möglichkeit, zu einem aktuellen, wirklich massiven **Problem im Schienennahverkehr** zu sprechen. Die Vorredner haben bereits gesagt, dass teilweise unzumutbare Zustände herrschen. Zuggäste warten über lange Zeit und erhalten dann in einigen Fällen noch nicht einmal eine Zustiegsmöglichkeit. Viele Züge der NOB sind zwischen Sylt und Itzehoe ausgefallen. Die Ersatzverkehre sind teilweise sehr, sehr holperig gewesen.

Was ist passiert? Die **Kupplung** eines Steuerwagens am Zugende ist abgerissen. Aus Gründen der

(Kai Vogel)

Vorsicht wurden daraufhin auf einen Schlag 90 Reisezugwagen aus dem Verkehr genommen. Ich bin anscheinend der Erste - darüber bin ich erstaunt -, der sagt, dass er dankbar dafür ist, dass bei uns so ehrlich mit dem Problem der Schäden an Zügen umgegangen wird. Bei uns werden solche **Schäden** öffentlich gemacht. Aus Gründen des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger sind diese Züge von der Schiene genommen worden. Das ist doch das Entscheidende.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man möge sich bitte vorstellen, dass wir heute über ganz andere Probleme sprechen würden als darüber, dass wegen der Überprüfung von Waggons diese im Augenblick nicht rollen können. Der Ausfall von 90 Reisewaggons kann nicht sofort kompensiert werden. Das muss jedem klar sein. Mithilfe der NAH.SH - ich sagte es bereits - wird versucht, Besserung zu erreichen. Leider gelingt dies nicht ganz so schnell, wie es notwendig wäre; aber mehr, als es zu versuchen, kann man nicht. Wir können nicht Waggons einfliegen lassen, die es nirgendwo im Bundesgebiet gibt.

Ich sehe es auch nicht als primäre Aufgabe der NAH.SH an. Die Aufgabe hat die NOB zu lösen. Man darf in der Schuldfrage deshalb auch nicht die NAH.SH zum Sündenbock machen, werter Herr Arp. Die NAH.SH hat das Problem nicht erzeugt, sondern sie hilft bei der Abhilfe.

Situationen wie diese sollten wir natürlich in der Zukunft vermeiden. Insofern denke ich, dass wir im verkehrspolitischen Beirat einmal darüber sprechen sollten, was in bestimmten Situationen, wenn so etwas noch einmal auftreten sollte, gegebenenfalls zur Beschleunigung von bestimmten Verfahren führen kann. Dass die jetzige Situation, in der 90 Waggons auf den Schlag ausfallen, nicht in der Planung war, das kann, so glaube ich, wirklich keinem vorgehalten werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Kai Vogel [SPD]:

Entschuldigung, das hatte ich nicht bemerkt. Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass der Kollege Arp in seinem fulminanten Redebeitrag mit keinem

einzigem Wort die NAH.SH verantwortlich gemacht hat. Vielmehr hat er zu Recht auf die Mitverantwortung des zuständigen Landesverkehrsministers hingewiesen.

(Beifall FDP)

- Herr Garg, mit der Mitverantwortung, das wissen Sie auch, ist es manchmal ein wenig schwierig. Zuständig für die Organisation des Nahverkehrs ist in Schleswig-Holstein NAH.SH. Deswegen habe ich die Worte des Kollegen Arp so assoziiert, als er vom Minister sprach. Ich habe gehört, dass er zuständig sei. Sie wissen selbst um die **Zuständigkeiten** im Bereich der **NAH.SH**. Die NAH.SH ist bei uns diejenige, die die Nahverkehre organisiert. Sie sind selbst in der Ministerverantwortung gewesen. Ich glaube nicht, dass Sie oder Herr Arp davon ausgehen - -

(Zurufe)

- Herr Arp war nicht in Ministerverantwortung, aber der Kollege Garg war in Ministerverantwortung. Ich glaube nicht, dass Sie oder der Kollege Arp davon ausgehen, dass sich unser Verkehrsminister in die Richtung der Schienenstrecke bewegt und versucht, die Verkehre zu organisieren. Ich glaube, dass das Quatsch ist. Das wissen Sie auch. Mehr wollte ich nicht zum Ausdruck bringen. Die NAH.SH ist meines Erachtens dafür zuständig, und diese organisiert das auch in vernünftiger Art und Weise.

Schön fände ich es im Übrigen, wenn bei Anträgen zur Dringlichkeit auch die Koalition eingebunden worden wäre. Der Kollege König stellt sich hier heute Morgen hin und sagt, er werbe um die Stimmen der Koalition und der Opposition für die Zustimmung zu dem Antrag der Dringlichkeit. Auf dem Antrag stehen aber bereits die Oppositionspolitiker drauf. Das heißt, diese haben den Antrag irgendwann einmal unterschrieben. Ich muss ganz ehrlich sagen: Hier merkt man, Sie wollen eigentlich nur die Koalition in irgendeiner Art und Weise vorführen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ich persönlich habe davon Kenntnis genommen. Sie haben mich um 9:48 Uhr angesimt und mir mitgeteilt: Wir stellen übrigens einen Dringlichkeitsantrag. Ich vermute, Sie haben das gestern Abend gemacht. Warum haben Sie uns nicht eingebunden?

(Zurufe)

(Kai Vogel)

- Selbst wenn das heute Morgen um 7 Uhr gewesen wäre. Sie hätten mich dann auch anrufen können. Warum haben Sie nicht gegebenenfalls die Möglichkeit genutzt? Dann hätten wir mit einem gemeinsam formulierten Dringlichkeitsantrag ein Signal des gesamten Hauses auf den Weg bringen können. Diese Chance haben Sie bedauerlicherweise überhaupt nicht genutzt, denn so funktioniert Dialog.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regierungskoalition hat deswegen einen Änderungsantrag vorgelegt, der die Erwartung des Landtags formuliert. - Nein, ich lasse keine Zwischenfrage mehr zu. Wir erwarten, dass die beteiligten Bahnunternehmen die Verkehre in Kürze so organisieren, dass es zu spürbaren Verbesserungen der Abläufe im Bahnverkehr nach Sylt kommt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat, die **Lage im Bahnverkehr vor Sylt** ist ernst. Wenn dies ein Einzelereignis wäre, dann könnte man sagen, dies sei nicht so schlimm. Ich spreche aber mittlerweile vom *annus horribilis*, dem schrecklichsten Jahr. Wir kennen diesen Begriff aus dem Jahr 1992, als die Queen dieses Wort geprägt hat. Die Leute sind aus unterschiedlichen Gründen in einen Systemkonflikt hineingeraten. Ich will all das nicht wiederholen, was wir im Zusammenhang mit Autozug plus alles erlebt haben. Ich glaube, dass jeder und jede in diesem Haus merkt: **Sylt** ist als **Insel**, die so vom Bahnverkehr abhängig ist, in einer besonderen Lage.

Wir können froh sein, dass wir nicht in der Hochsaison sind. Ich will darauf hinweisen: Es gibt 20.000 Sylter, in der Hochsaison gibt es in der Regel 200.000 Gäste. 20.000 bis 30.000 Tagesgäste kommen auf die Insel, es gibt 5.000 bis 6.000 Pendlerinnen und Pendler. Die Dynamik, die wir hier im Sommer haben, ist eine völlig andere, als wir sie im November haben.

Trotzdem möchte ich sagen: Eine Situation, in der 90 Waggons komplett ausfallen, ist ungewöhnlich. Ich schaue einmal Herrn Wewers an. Ich glaube, das ist in Deutschland in dieser Form noch nicht passiert.

Ein Argument wurde in der Debatte überhaupt noch nicht genannt: Was wäre, wenn man mit diesem Wagenmaterial weiterfahren würde? Im Bahnverkehr gilt *safety first*. Ich glaube, darin dass diese ernsthafte **technische Überprüfung** dieser **Kuppung** ansteht, sind wir uns alle einig. Niemand will, dass diese Eisenbahnwaggons mit Personen durch die Gegend fahren, bevor sie nicht vom Eisenbahnbundesamt und von den zuständigen technischen Prüfbehörden als sicher gekennzeichnet sind.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Alle Parteien haben immer die Ausschreibung und den Bahnverkehr, wie er jetzt in Deutschland stattfindet, zu verantworten, auch mit den Folgen der Ökonomisierung im Bahnverkehr. Es ist eben kein Staatsunternehmen mehr, das Waggons auf Halde hat, wie es früher der Fall war, als es immer irgendwo Waggons gab. Die **betriebswirtschaftlichen Optimierungen** des DB-Konzerns haben auch dazu geführt, dass man **Waggons** eben nicht mehr auf Vorrat hat. Man hat sie alle verkauft und abgeschrieben. Die Folge ist, dass man das Netz auf knappste Ressourcen zusammengeschrumpft und ökonomisiert hat. Dass man jetzt auf die Schnelle keine neuen Waggons herbeizaubern kann, sollte an dieser Stelle klar sein. Da helfen auch keine Schuldzuweisungen, weil wir alle gleichzeitig für diese Entwicklung politische Verantwortung tragen.

Herr König, in Ihre Richtung will ich sagen: Es ist eine abgrundtiefe Art von Populismus, die Sie hier heute Morgen gezeigt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie spielen bewusst mit den Ängsten von Menschen. Natürlich sind diese Bilder schrecklich. Natürlich machen wir uns alle, die wir auf dieser Insel leben, ernsthaft Sorgen. Ich darf Ihnen sagen: Auch unter denjenigen, die auf der Insel als Notärztinnen und Notärzte arbeiten, sind Menschen, die jeden Tag pendeln und nicht auf die Insel kommen. Das zeigt, wie fragil das Ganze ist. Das zeigt, wie wir alle bemüht sind, jetzt nach Lösungen zu suchen. Ich möchte Herrn Wewers ausdrücklich sagen: Das ist der NAH.SH und das ist ihm voll und ganz bewusst. Bei dem, was Sie jetzt tun, gehen auch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Grenzen

(Dr. Andreas Tietze)

des Möglichen. Dies wird deutlich, wenn man noch um 23:45 Uhr eine Mail bekommt, in der ein Mitarbeiter aus Ihrem Hause die Situation noch einmal aufarbeitet. Das heißt, dass Ihre Mitarbeiter an dieser Krise arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es gehört sich einfach, in der Krise in einem solchen Haus zusammenzustehen. Es gehört sich nicht, uns gegeneinander aufzubringen. Das sage ich Ihnen als Sylter bewusst ganz deutlich.

Es würde mich sehr freuen, wenn wir das Thema des Bahnverkehrs in Schleswig-Holstein, was die Versorgung und die **Versorgungssicherheit der Insel** in der Zukunft betrifft, wirklich gemeinschaftlich angehen. Wir haben als Grüne hierzu einige Konzepte vorgelegt. Es kann nicht darum gehen, dass wir auf Dauer - für die nächsten 20 bis 30 Jahre - in dieser wichtigen Frage der Infrastruktur Opfer eines ökonomischen Konkurrenzkampfes zweier Eisenbahnunternehmen werden. Wir brauchen die Versorgungssicherheit. Wir brauchen eine öffentliche Daseinsvorsorge. Das Leben auf dieser Insel und die Infrastruktur dieser Insel hängen von dieser Sicherheit ab. Wir alle, die wir hier sitzen, haben eine Verantwortung, diese über Parteigrenzen hinaus zu sichern. Ich würde mich freuen, wenn wir endlich einmal die Konzepte diskutieren, die wir bereits seit einem halben Jahr vorschlagen. Ich würde mich freuen, wenn wir sie ernsthaft diskutieren, nicht in parteipolitischer Art und nicht, indem wir in Populismus verfallen. Ich würde mich freuen, wenn wir vielmehr an diesen Lösungen arbeiten, Herr Minister.

Herr Minister, das kann ich Ihnen an dieser Stelle zusichern: Meine Fraktion wird an Ihrer Seite stehen, wenn es um diese sachgerechten Lösungen geht, wenn es darum geht, diese Krise jetzt zu bewältigen, wenn es aber vor allem darum geht, in der Zukunft Gestaltungselemente dahin gehend zu haben, dass wir solche Krisen, wie wir sie heute erleben, in Zukunft vermeiden können. Wir stehen an Ihrer Seite. Wir werden diese politische Verantwortung übernehmen und annehmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten der FDP-Fraktion hat Herr Kollege Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, richtig und angemessen, dass wir heute über dieses Thema debattieren. Es ist egal, es ist den Pendlern egal, wer diesen Tagesordnungspunkt nun als Erster beantragt hat. Herr Vogel, ich fand Ihre Aussagen dazu wirklich peinlich.

(Beifall FDP)

Es war peinlich, die Hälfte Ihrer Rede darauf zu verwenden, wer wen mit auf den Antrag hätte nehmen sollen.

Herr Verkehrsminister Meyer, nach Ihrer Rede frage ich mich wirklich, ob Sie im richtigen Film sind. Sie reden davon, die Pendler seien vor eine Geduldsprobe gestellt. Wir reden doch hier nicht über eine Geduldsprobe, sondern wir reden hier über einen echten Ausnahmezustand, den wir an den Bahnhöfen Richtung Sylt haben. Ganz besonders deutlich wurde das heute Morgen in Richtung Sylt, wo sich die Pendler wirklich eng gedrängt haben, wo jemand kollabiert ist, sodass in Morsum sogar ein Krankenwagen kommen musste.

Was dort alles geschehen ist, das können wir auch nachlesen in der Facebook-Gruppe „NOB Pendler Husum-Westerland“, der immerhin 3.000 Mitglieder angehören. Daraus möchte ich jetzt ein Zitat von heute Morgen bringen:

„Niebüll: Der Zug, Abfahrt 5:31 Uhr, war noch nicht da, dafür der Zug für 6:01 Uhr. Dort sollten erst mal alle einsteigen, bis der andere Zug kommt. Im Zug kam die Durchsage, dass das Zugpersonal um 2:00 Uhr nachts geweckt wurde, um den Zug für 6:01 Uhr bereitzustellen, da der für 5:31 noch nicht da sei und somit ausfällt. In Langenhorn wusste keiner Bescheid, da war plötzlich ein Bus erschienen und hat alle Zugreisenden nach Niebüll gebracht. Vorab gab es keine Informationen. In Niebüll gab es dann wie aus dem Nichts reichlich Kaffee umsonst. Katastrophe.“

Katastrophe ist wirklich die **Informationspolitik** an den Bahnsteigen. Da muss dringend etwas geschehen. Das ist ein konkreter Vorschlag, Meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Die Menschen drängen sich auf den Bahnsteigen. Es gibt Gedränge beim Einsteigen, tumultartige Szenen, wenn die Menschen in die Züge einsteigen oder wenn sie aussteigen.

(Oliver Kumbartzky)

Ein weiterer Facebook-Nutzer beschrieb seine Eindrücke von heute Morgen wie folgt:

„Zug 7:00 ab Husum hat einen Wagen. In Worten: EIN! Kurzzug! Das ist wirklich unverschämt.“

Ein anderer schrieb:

„6:12 ab Klanxbüll in Doppelreihen in den Gängen. Hut ab NOB!“

Meine Damen und Herren, der Schienenpersonen-nahverkehr ist aus den bekannten Gründen stark eingeschränkt. Deshalb ist die Entscheidung, die Waggon aus **sicherheitsrelevanten Gründen** aus dem Verkehr zu ziehen, durchaus nachvollziehbar. Das bestreitet hier auch keiner, Herr Dr. Tietze. Die NOB ist nun dabei, die Kapazitäten zu erhöhen. Dass es nicht einfach ist, 90 Reisezugwagen zu ersetzen, ist ebenfalls nachvollziehbar.

Nichtsdestotrotz sind die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend. Für die Fahrgäste - die Pendlerinnen und Pendler - wie auch für das Zugpersonal - an die müssen wir auch mal denken - ist die Situation wirklich katastrophal. Dass damit auch das **Leben und Arbeiten auf der Insel** betroffen ist, ist logisch. Es ist ja schon beschrieben worden: Kindergärten, der Schulbetrieb sowie der Dienstleistungssektor - alle leiden unter dieser Situation. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, endlich wirklich richtig tätig zu werden und die Menschen an der Westküste nicht hängen zu lassen.

Nun legen Sie einen Änderungsantrag vor, liebe Kolleginnen und Kollegen von der **Koalition**. In diesem **Änderungsantrag** schreiben Sie, dass Sie erwarten, dass die beteiligten Bahnunternehmen die Verkehre in Kürze so organisieren, dass es zu einer spürbaren Verbesserung der Abläufe im Bahnverkehr nach Sylt kommt.

Ja, natürlich sind die Bahnunternehmen gefordert. Aber auch hier gilt: Lassen Sie die Unternehmen nicht im Stich, sondern unterstützen Sie sie.

(Beifall FDP - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo werden die denn im Stich gelassen?)

- Ja, Sie machen sich mit Ihrem Antrag doch jetzt wirklich aus dem Staub. Sie schlagen sich damit in die Büsche.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Warum wird eigentlich nicht europaweit nach Ersatzwagen gesucht? Das ist nur ein Punkt, Frau von Kalben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Matthiessen, bitte.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, bei Ihnen und den Beiträgen der anderen Oppositionsredner warten wir die ganze Zeit - und Ihre Redezeit ist auch fortgeschritten - auf einen konkreten Vorschlag.

(Anita Klahn [FDP]: Den hat er doch gerade gemacht! Europaweit!)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Matthiessen, bei allem Respekt: Sie sollten wirklich einmal zuhören. Ich habe gesagt: Die Informationspolitik an den Bahnsteigen muss deutlich verbessert werden.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Zweitens habe ich gefragt: Warum wird nicht europaweit nach anderen Wagen gesucht?

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Anita Klahn [FDP]: Also bitte!)

Außerdem bin ich noch nicht fertig, Herr Matthiessen. Es gibt noch weitere Vorschläge.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung?

(Unruhe)

Meine Damen und Herren! Es geht, glaube ich, leichter, schneller und vor allem klarer, wenn immer nur einer redet. Das bin jetzt gerade ich. Und ich frage den Herrn Abgeordneten Kumbartzky, ob er bereit ist, eine Bemerkung der Frau Kollegin von Kalben zu gestatten.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat Frau von Kalben jetzt das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Kumbartzky! Ich habe verstanden, dass Sie einige Vorschläge haben, zum Beispiel bessere Informationspolitik an den Bahnsteigen. Wer sollte etwas dagegen haben? Alle hier im Haus wollen, dass Fahrgäste gut informiert werden.

Die Frage ist doch aber: Welchen Vorwurf machen Sie eigentlich der Landesregierung und dem Landesminister? Was hier, gerade auch vorhin von dem Kollegen Arp, rübergekommen ist, war: Aus Ihrer Rede kommt nicht genug das Gefühl rüber, dass Sie die Sache ernst nehmen. Das alles ist sehr unkonkret und in den Raum geworfen.

Ich frage Sie nicht, welche Vorschläge Sie denn generell haben, wie das besser werden kann, sondern was der Landesminister denn tun soll - ich betone: der Landesminister und nicht der CDU-Verkehrsminister, der auf einer anderen Ebene sitzt -, um die Situation konkret jetzt zu verbessern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich stelle zunächst einmal fest: Von Ihren Rednern von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kam kein konkreter Vorschlag. Ich dagegen habe Vorschläge genannt.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich stelle zweitens fest und frage: Wer ist denn bei der hier genannten NAH.SH Gesellschafter? - Das Land. Wer ist denn da Aufsichtsratsvorsitzender? - Staatssekretär Dr. Nägele.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Damit ist eben die Regierung in der Verantwortung. Und was macht der Verkehrsminister? Er stellt sich hier hin, spielt das runter und sagt: Ja, die Menschen stehen vor einer Geduldsprobe. - Ich finde, das ist deutlich zu wenig.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Kollegen Dr. Tietze?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kollege, zu Ihrem konkreten Vorschlag: Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass es in Europa unterschiedliche Eisenbahnsysteme und unterschiedliche Sicherheitsrichtlinien gibt, dass das in der Kürze der Zeit überhaupt nicht möglich ist - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Denken Sie auch mal an die NOB!)

- Ja, ich will deutlich sagen: Auch die NOB, lieber Herr Garg, müsste eine Genehmigung des Deutschen Eisenbahnbundesamtes haben, um in Deutschland zu fahren. Jede Regulierung und jede Genehmigung wird durch das Eisenbahnbundesamt stattgegeben.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP] - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können europaweit Personenverkehr nicht einfach mal ausschreiben und Waggons herbeizaubern, sondern Sie müssen sich an europäische Sicherheitsrichtlinien halten. Glauben Sie doch nicht, dass die Leute, die jetzt um Lösungen bemüht sind, nicht wissen, was sie tun müssen. Das sind doch keine Stümper. Die sind genau an der Frage dran: Wo kriegen wir Ersatzfahrzeuge her? Insofern ist das doch ein völlig populistischer Vorschlag, den Herr Kumbartzky hier macht.

(Beifall SPD - Zuruf Anita Klahn [FDP] - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke Präsidentin)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter Matthiessen und Herr Abgeordneter Dr. Garg! Ich bitte Sie, Ihre Unterhaltung jetzt einzustellen. Das Wort hat der Herr Kollege Kumbartzky, und zwar nur der Herr Kollege Kumbartz-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

ky, der sicherlich in der Lage ist, allein auf die Anmerkung von Herrn Tietze zu antworten.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Um auf die Frage zu antworten: Ich habe doch nur in den Raum geworfen, dass man doch einmal prüfen sollte, ob man sich nicht auch europaweit umschauen kann. Dass nicht aus Finnland irgendwelche Waggons mit einer anderen Spurweite eingeflogen werden müssen, ist klar. Aber schauen wir doch einmal nach Frankreich, schauen wir in die direkte Nachbarschaft. Warum wird das nicht gemacht? Warum wird immer nur nach Deutschland geguckt?

(Anhaltend große Unruhe)

Herr Dr. Tietze, die Menschen stehen vor einer extrem schwierigen Situation. Sie erwarten Antworten. Da müssen Lösungen her. Wir brauchen auch endlich ein vernünftiges und effektives **Krisenmanagement**. Das ist der Punkt.

Um es abzuschließen: Wir erwarten, dass in der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am kommenden Mittwoch vom Verkehrsminister Stellung genommen wird zu der Frage, wie die Woche angefangen hat, was aus den Ankündigungen geworden ist.

Die Prüfung der Doppelstockwagen - auch das hatte ich mir noch notiert - ist ein wichtiger Punkt; insofern hoffe ich, dass das klappt. Das war übrigens auch ein konkreter Vorschlag des Ministers, der von Ihnen leider nicht kam. Das zu prüfen, ist durchaus richtig. Da sind wir gespannt auf den Bericht am kommenden Mittwoch. - Ich danke ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Kumbartzky, ich gehe davon aus, dass Ihre vorletzte Bemerkung darauf hinauslief, dass der Wirtschaftsausschuss sich noch einmal in Selbstbefassung mit diesem Thema beschäftigt, denn wir werden dann gleich wahrscheinlich die beiden Anträge in der Sache abstimmen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ja!)

- Okay. Das nur zur Klärung, wunderbar.

Dann hat jetzt der Herr Kollege Lars Harms für die Abgeordneten des SSW das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst kann man feststellen: Sicherheit geht vor. Dass die **Wagen aus dem Verkehr** gezogen worden sind, übrigens in Übereinstimmung und in Absprache zwischen der NOB und dem späteren Betreiber DB Regio, ist vernünftig. Man muss da vorsichtig sein.

Auch wenn man schon am 6. Oktober 2016 wusste, dass da etwas passiert ist, hat man bei Nachuntersuchungen festgestellt: Es könnte bei allen anderen Waggons auch etwas sein. Deshalb hat man gesagt: Wir wollen lieber vorsichtig sein und ziehen die Waggons aus dem Verkehr. Sicherheit geht vor. Bevor auch nur ein Mensch zu Schaden kommt, müssen wir das irgendwie anders regeln. - Ich glaube, das ist okay.

(Beifall Kai Vogel [SPD])

Man muss auch wissen, wenn man 90 Wagen, also praktisch den gesamten Fuhrpark, den man zur Verfügung hat, ersetzen muss, dass das nicht von heute auf morgen mal ganz locker und flockig gemacht werden kann. Auch das wissen wir alle. Darüber müssen wir nicht diskutieren. Wenn man dann noch weiß, dass die Reparatur dieser Fahrzeuge beziehungsweise die Überprüfung dieser Waggons frühestens im Januar 2017, für einige Wagen vielleicht sogar noch später, abgeschlossen sein wird, dann weiß man, dass man neue Wagen braucht. Man hat sich vonseiten der NOB in Zusammenarbeit mit der DB und in Abstimmung mit der NAH.SH darum gekümmert. Ich glaube, auch das ist okay. Natürlich kriegt man nicht von heute auf morgen blitzschnell Wagen.

Auch die **europäische Lösung**, die sich erst einmal ganz smart anhört, ist ein bisschen schwierig umzusetzen, weil die Zulassungen für die einzelnen Fahrzeuge, die irgendwo in einem nationalen System fahren dürfen, sehr unterschiedlich sind. Das kann man sich ungefähr so vorstellen wie bei den Autos: Wenn wir mit unseren Autos in Deutschland durch die Gegend fahren, dann müssen wir eine TÜV-Zulassung haben. Holen wir ein Auto aus dem Ausland und wollen es hier fahren lassen, dann muss es ebenfalls durch den TÜV. Das ist mit Waggonmaterial im Prinzip genauso; mit den Zügen ist es entsprechend. Deswegen ist es, wenn man schnell an etwas rankommen will, einfacher, erst einmal in Deutschland zu suchen, weil die Fahrzeuge bei anderen Eisenbahnunternehmen eine solche Zulassung bereits haben. Europaweit zu suchen, mag eine Alternative sein, aber nur eine längerfri-

(Lars Harms)

stige. Das heißt, es würde den Leuten vor Ort heute nichts nutzen.

Vor dem Hintergrund glaube ich, ist das Verhalten, wie es jetzt an den Tag gelegt wird, wirklich das vernünftigste und das richtige Verfahren, auch wenn es unbefriedigend ist, dass wir einen **Notfall-Fahrplan** haben, der erst zu 50 bis 70 % erfüllt wird; das ist zumindest meine persönliche Einschätzung. Ich glaube, hier eine Lösung anbieten zu können - auch wenn anderes behauptet wird -, ist nicht so einfach.

Das Einzige, was einem immer einfällt, ist: Mensch, kann man auf dem Festland nicht mehr Schienenersatzverkehr machen? Kann man das nicht zwischen Husum und Niebüll machen, um dort ein paar Züge freizuschaukeln, die man dann auf der Sylt-Strecke fahren lässt? Auch das ist aber wahrscheinlich gar nicht so einfach. Diese Fahrzeuge müssen nämlich regelmäßig gewartet werden. Sie müssen regelmäßig untersucht werden. Es ist also nicht so ganz easy. Deswegen glaube ich auch, ist es klug, es den Fachleuten zu überlassen, wann man welche Züge fahren lassen kann.

Es ist wichtiger, hier genau zu gucken, dass man informiert. Ich glaube, das ist das Kernthema an dieser Strecke. An der **Information** hat es in der Vergangenheit gehapert. Das liegt vielleicht auch an irgendwelchen Homepages. Ich habe es gerade eben noch einmal bei NAH.SH versucht. Es ist nicht ganz so einfach herauszufinden, wann denn der nächste Zug fährt; das ist nicht so ganz einfach. Das will ich aber auch niemandem vorwerfen, weil die Programmiererei auch bei der NOB nicht so ganz einfach ist. Das ist wahrscheinlich nur etwas für Cracks. Deswegen kommt es darauf an, dass diejenigen, die am Bahnhof stehen, es hören. Es scheint allerdings Schwierigkeiten zu geben, was die **Ansagen** angeht. Das machen aber die Station & Service von der DB. Das ist, wenn man denn so will, die Aufgabe von Herrn Dobrindt, wenn man schon einen Politiker dafür verantwortlich machen wollte.

(Unruhe CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben es gerade gerade eben gehört: Ich habe im Konjunktiv gesprochen: wenn man es denn wollte. Wenn ich es dem Minister so vorwerfen wollte, wie Sie das tun, dann müsste man das eben tun. Aber da ich im Gegensatz zu Ihnen ein seriöser Politiker bin, mache ich das natürlich nicht; vielmehr meine ich, das ist eine Sache zwischen den Leuten vor Ort, die dort die Ansagen machen, und eine Sache der Abstimmung zwischen NOB und NAH.SH.

Es mag sein, dass das ab und zu nicht funktioniert hat, aber es wird immer besser. Es mag auch sein, dass wir hier die politische Bitte - die Bitte und nicht die Aufforderung; denn das wäre arrogant gegenüber den Mitarbeitern - äußern, da noch besser zu werden. Ich glaube, das ist richtig, aber mehr eben auch nicht. Die Leute, die dort tätig sind, geben sich so große Mühe, wie es nur irgend geht. Sie sehen an den Bahnhöfen in Niebüll und Westerland selber, dass das schwierig ist. Sie sehen natürlich auch die Leute auf den Bahnsteigen stehen und wollen es ändern. Aber auch da braucht eben alles seine Zeit, meine Damen und Herren. Deswegen müssen wir uns auf das konzentrieren, was wirklich geändert werden kann. Der Minister ist dafür nicht verantwortlich; das sind NAH.SH, NOB und DB im Zusammenspiel.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Hören Sie doch erst einmal zu, lieber Kollege Arp. Ab **Montag** werden es 18 Wagen und ein Triebfahrzeug mehr sein. Das ist nicht viel; das gebe ich zu. Aber es wird sich ab Montag wieder etwas ändern, und es wird sich auch in den darauffolgenden Tagen etwas ändern.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die DB, die am 10. Dezember 2016 diese Bahn übernehmen wird, ist jetzt schon dabei, dafür Sorge zu tragen, es so gut wie möglich hinzubekommen. Nun geben Sie sich doch wenigstens einen Ruck und sagen einmal denjenigen danke, die wirklich Tag und Nacht dafür arbeiten. Ich jedenfalls will das tun und sage herzlichen Dank

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an NOB, an DB und auch an NAH.SH. Die machen einen ordentlichen Job. Sie machen es so gut, wie es geht, und das finde ich in Ordnung so.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich gern bei allen Mitarbeitern, die versuchen, die Kohlen jetzt aus dem Feuer zu

(Dr. Patrick Breyer)

holen. Aber die Frage, die wir stellen, ist doch: Wie konnte es dazu kommen, dass die da überhaupt hineingekommen sind?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Klugscheißerei!)

Das ist die Frage nach den **Ursachen**. Wir dürfen uns jetzt doch nicht darauf beschränken, die Symptome zu bekämpfen, sondern es geht darum zu klären, wie es dazu kommen konnte. Da möchte ich zwei Punkte ansprechen. Der erste Punkt ist, dass die Kupplungsprobleme - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Entschuldigen Sie, Herr Kollege Breyer. - Meine Damen und Herren, ich glaube, es würde uns allen helfen - egal, welcher Ansicht man in diesem Fall ist -, zuzuhören, statt dass wir einen Lärmpegel haben, als würde jeder Privatgespräche führen. Ich bitte Sie im Interesse des Redners und im Sinne der Achtung vor diesem Haus, dass Sie jetzt Ihre Gespräche und Ihr Gemurmel einstellen und zuhören.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich fahre fort. Die erste Ursache ist, dass wir seit Anfang Oktober 2016 von den Kupplungsproblemen gewusst haben und dass dann augenscheinlich wochenlang überhaupt nichts passiert ist.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Augenscheinlich!)

Plötzlich wird die **komplette Garnitur aus dem Verkehr gezogen**. Wie konnte es dazu kommen? - Ich habe heute noch keine plausible Erklärung dafür gehört, wie das sein kann. Warum hat man nicht rechtzeitig gehandelt und geplant? Dann hätte man auch mehr Zeit gehabt, um die Garnitur zu ersetzen.

(Beifall PIRATEN)

Das zweite Versäumnis ist: Warum ist eigentlich diese Bahnstrecke so eine **Nabelschnur für Sylt**? Warum sind die Menschen so darauf angewiesen? Doch nur deswegen, weil immer weniger Menschen es sich noch leisten können, auf der Insel selbst zu wohnen.

Das ist hier nicht zum ersten Mal Thema, Herr Kollege Dr. Tietze. Sie erinnern sich daran, dass wir schon 2013 einen **Gesetzentwurf** vorgelegt haben, um gegen die grassierende **Zweckentfremdung**, den Leerstand und das Verfallenlassen von Wohnungen auf Sylt vorzugehen. Was aber haben Sie

getan? Sie haben gar nichts getan. Der Gesetzentwurf liegt unerledigt im Ausschuss, obwohl die Sylter Gemeindevertretung uns sogar aufgefordert hat,

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsidentin)

etwas gegen Zweckentfremdung zu tun.

Der Innenminister vertröstet uns auf einen eigenen Gesetzentwurf, an dem er angeblich arbeitet, beantwortet aber unsere permanenten Anfragen nach dem aktuellen Stand damit, er sehe vor Ort keinen Bedarf. Ich glaube, dass gerade das Beispiel Sylt deutlich macht, wie groß der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ist. Es darf nicht sein, dass diese Insel weiterhin so am Tropf des Festlands hängt; denn nur so kann es überhaupt zu den Zuständen kommen, dass heute wichtige Versorgungsträger, dass zum Beispiel Lehrer und Feuerwehrleute, nicht mehr auf der Insel wohnen können, weil es an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Das gehört sehr wohl auch zu den strukturellen Ursachen dieses Problems dazu.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Landesregierung hat jetzt erneut der Minister Reinhard Meyer.

(Volker Dornquast [CDU]: Das Kabinett hat ihn heute ein bisschen im Stich gelassen!)

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mir gerade vorgestellt, diejenigen, die betroffen sind, sehen diese Debatte und fragen sich: Was nun?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Peinlich!)

Ich habe in meinem Bericht - Herr Kumbartzky, ich weiß nicht, ob Sie hingehört haben - mehrere Maßnahmen genannt, die wir jetzt ergreifen.

(Zuruf CDU: Jetzt!)

Ich habe in meinem Bericht aber auch sehr deutlich gemacht, dass wir nicht sofort die Lösungen haben. Ich glaube, wir sind es den Menschen schuldig, ihnen die Wahrheit zu sagen und nicht zu suggerieren: Wir lösen mal eben so die Probleme.

(Minister Reinhard Meyer)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lieber Herr Arp, da kommt ein Populismus in dieser Debatte zum Tragen -

(Beifall Peter Eichstädt [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Sie können mich gern für alles verantwortlich machen -: Wenn das der Wahlkampf ist, der uns erwartet, dann ist das Wasser auf die Mühlen von Parteien, die wir hier alle nicht sehen wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU, FDP und PIRATEN - Klaus Schlie [CDU]: Das kann doch wohl nicht angehen!)

Die Menschen haben eine klare Erwartungshaltung. Die wollen, dass wir gemeinsam die Probleme lösen, die da vor Ort bestehen. Und an den Problemen sind wir dran, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das werden wir auch tun. Ich will nur einmal sehr deutlich sagen, dass ich verschiedene **Maßnahmen** hier genannt habe, die jetzt ergriffen worden sind. Ich will das nicht alles wiederholen. Sie können das im Protokoll nachlesen. Wir reden über die Autozüge, wir reden über die Nutzung der DB-Züge. Wir reden über zusätzliches Zugmaterial. Wir reden - ja, das sehe ich ein, das ist auch berechtigt - darüber, dass wir die Information für die Menschen vor Ort verbessern müssen. Daran arbeiten wir. Daran arbeitet NAH.SH, und zwar ununterbrochen. Ich will ausdrücklich die Arbeit von Herrn Wewers und seinen Leuten loben, weil sie wirklich an dem Problem dran sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will noch eine Sache der Vollständigkeit halber sagen, weil sie angesprochen wurde: Am 6. Oktober 2016 gab es in der Tat eine Kupplung, die defekt war. Daraufhin hat das Unternehmen das gemacht, was man vorbildlicher Weise machen muss: Es hat eine Woche später einen ganzen Zug untersucht. Man hat dann festgestellt, dass fünf von zehn Wagen diese **Defekte** an den **Kupplungen** mehr oder weniger haben. Daraufhin hat man weitere Stichproben genommen und dann entschieden, aus **Sicherheitsgründen** alle 90 Wagen aus dem Verkehr zu ziehen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Aber warum dann erst nach fünf Wochen?)

- Moment, das sind Prüfungen, die umfangreich sind. Sie können das nämlich von außen nicht sehen. Ich bitte, hier auch auf die Unternehmen zu vertrauen, die die Sicherheit derjenigen, die mit den Zügen fahren, immer als Erstes im Blick haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn man den Menschen, die zwischen Sylt und dem Festland und umgekehrt pendeln, helfen will, müssen wir jetzt diese Maßnahmen Zug für Zug umsetzen, im wahrsten Sinne des Wortes. Aber ich sage noch einmal: Wir müssen ehrlich sein. Wir müssen den Menschen sagen: Wir werden nicht morgen die Lösung haben. Wir werden ein wenig Zeit benötigen, um dieses Zugmaterial zu bekommen. - Ich finde, das gehört zu einer ehrlichen Debatte dazu. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch den erneuten Redebeitrag der Landesregierung hat jede Fraktion erneut die Möglichkeit, 3 Minuten zu sprechen. - Ich sehe, dass davon kein Gebrauch gemacht wird. Deswegen schließe ich die Beratung.

(Unruhe)

Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsansträge in der Drucksache 18/4891 Nummer 1 und in der Drucksache 18/4896 Nummer 1 durch die Berichterstattung der Landesregierung jeweils ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen anschließend zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werde ich so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP, Drucksache 18/4891 Nummer 2, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind alle anderen Fraktionen. - Danke schön.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/4896 Nummer 2, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind alle übrigen Fraktionen. - Vielen Dank.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Knapp gewonnen!)

Wir kommen nunmehr zu der Abstimmung über die Sammeldrucksache.

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/4862

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/4862. Voraussetzung für die Abstimmung

ist, dass keine Abgeordnete und kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar auch nicht der Fall.

Wir kommen also jetzt zu der Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/4862 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich schließe diese Tagung und gebe Ihnen vorher noch bekannt, dass die nächste Tagung, die 48. Tagung des Landtags, am Mittwoch, dem 14. Dezember 2016, um 10 Uhr beginnt. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine gute Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:55 Uhr